PROLETARIER ALLER LÄNDER UND UNTERDRÜCKTE VÖLKER, VEREINIGT EUCH !

kommunistische volkszeitung

ZENTRALORGAN DES KOMMUNISTISCHEN BUNDES WESTDEUTSCHLAND (KBW)

Wochenzeitung P 21903 C

Herausgeber: Zentrales Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Für die Redaktion verantwortlich: W. Maier – Erscheint im Verlag: Kühl KG, Verlagsgesellschaft Kommunismus und Klassenkampf, Sandhofer Straße 29, 6800 Mannheim, Telefon 0621 / 75 20 15 – Druck: Caro-Druck, Am Ochsenhorn 6, 6831 Plankstadt – Auflage: 40 000 – Redaktion: Sandhofer Str. 29, 6800 Mannheim, Telefon 0621/75 20 14 - Ständiger Ausschuß des ZK des KBW: Telefon 0621/75 20 12 – Jahresabonnement: incl. Porto 36 DM, In- und Ausland. Abonnements-Einzelbestellung durch Einzahlung auf Konto Buchvertrieb Hager GmbH, Volksbank Mannheim, Nr. 18 909 05, oder: PSchA Karlsruhe Nr. 958 37-753 – – Die Zeitung wurde am Dienstag, 13. April 1976, fertiggestellt.

15. April 1976 Nr. 15 Jg. 4 50 Pfennig

Nach den Lohnraubabschlüssen nicht auf den Aufschwung hoffen! Den Klassenkampf fortsetzen!

Nach der IG Metall hat nun auch die Gewerkschaft ÖTV die Tarifverträge für das Jahr 1976 abgeschlossen. DPG und GdED haben sich angeschlossen. 5,4 Prozent in der Metallindustrie, 5 Prozent, mindestens jedoch 85 DM in den öffentlichen Diensten.

Den vereinigten Anstrengungen der Kapitalistenklasse, ihres Staatsapparates sowie der Sozialdemokraten in den Gewerkschaften ist es gelungen, die Arbeiterbewegung an der Entfaltung ihrer Kraft zu hindern. Mit diesen Abschlüssen ist es der westdeutschen Bourgeoisie zum ersten Mal seit Kriegsende gelungen, einen schweren Einbruch in den Preis, zu dem die Arbeiter im Kapitalismus ihre Arbeitskraft verkaufen müssen, zu erreichen. Das ist ein Erfolg der Kapitalistenklasse.

Aus der bürgerlichen Presse kann man jedoch entnehmen, daß die Bourgeoisie sich über den relativen Charakter dieses Erfolges im klaren ist.

„Und die zu kurz Gekommenen werden spätestens im nächsten Jahr mit aller Macht versuchen, die Scharte mehr als auszuwetzen. Und dabei werden sie andere Tarifbereiche unvermeidlich in den Strudel des Anspruchsdenkens mit hineinziehen. Der Impuls dürfte vom öffentlichen Dienst ausgehen."

Das schreibt das „Handelsblatt" in einem Kommentar zur Lage. Wer könnte auch die Augen davor verschließen. Schon in der Lohnbewegung Metall bedurften die Kapitalisten der vollen Schützenhilfe der Sozialdemokraten in der IG Metall. Sie mußten erstaunt feststellen, daß die Arbeiter, „wo sie wollen und wann sie wollen", zur einheitlichen Aktion fähig waren. Und ist es nicht erstaunlich, obwohl nach dem Metallabschluß die Kampfbedingungen wirklich schwieriger geworden waren, haben sich die Belegschaften im öffentlichen Dienst zu machtvollen Aktionen während der Arbeitszeit aufgeschwungen. Dazu kommt, daß auf jede solche Aktion, die stattfand, zehn kommen, die von den sozialdemokratischen Kreisverwaltungen unterbunden wurden. Und selbst jetzt, wo die 4,5 Millionen Metallarbeiter sowie die 3,5 Millionen Beschäftigten in öffentlichen Diensten in Lohnraubabschlüsse gedrängt worden sind, setzen die Drucker ihre Kampfaktionen fort, und in einzelnen Betrieben der Metallindustrie flackern bereits wieder Kämpfe gegen betriebliche Lohnkürzungen auf.

Entscheidendes Merkmal dieser Lohnbewegungen ist, daß es den Sozialdemokraten nicht gelungen ist, die Kampfkraft der Belegschaften von innen heraus zu zersetzen. Heinz Klunkker hat den ÖTV-Abschluß, der vielleicht der empörendste von allen ist, als ein Wagnis bezeichnet. Ein „Wagnis", weil die Gefahr bestünde, daß die Kapitalisten den „Tarifabschluß durch Preissteigerungen gegenstandslos" machen. Und dann werden die Sozialdemokraten in den Gewerkschaften viel zu reden und zu erklären haben, warum es richtig war, die Kampfkraft der Bewegung für 5 Prozent und 85 DM zu verscherbeln. Schon der Verlauf der jetzigen Tarifbewegung zeigt: Die Methoden, mit denen die Sozialdemokraten versuchen die Interessengegensätze zu verkleistern und Unklarheit über die Klassengegensätze zu verbreiten, haben nicht mehr gezogen. Nicht Verbreitung von Klassenversöhnung, Ausbreitung von Bitterkeit über die kapitalistische Gesellschaftsordnung, Mißtrauen in die Sozialdemokratie und Haß gegen die herrschende Klasse ist das Ergebnis der Manöver der Klassenversöhnler.

Darüber macht sich die herrschende Klasse Sorgen. Die „Bild"-Zeitung bringt es in dicken Lettern heraus. „Die Krise ist vorbei". 1976 wird es ein Wirtschaftswachstum geben von an die 6 Prozent. Die Preissteigerungsrate soll unter 6 Prozent liegen. Einige Tausend Ausbildungsplätze, mehr als im Vorjahr, wurden von Industrie und Handwerk geschaffen. Insbesondere der Export sei stark geworden. So wird versucht, den Arbeitern vorzugaukeln, irgendwann kämen die süßen Früchte für den Lohnverzicht schon nachgeliefert. Als einziger Fleck auf dieser glänzenden Zukunftsperspektive, wird gesagt, bleibt die Million Arbeitslose. Abér ansonsten ist die Wirtschaft gestärkt und alles großartig.

Fragt sich bloß, für wen. Für die Arbeiterklasse jedenfalls nicht. Woher wird denn das enorme Wirtschaftswachstum kommen? Von den Knochen der Arbeiter, durch Intensivierung der Arbeitshetze und weitere Rationalisierungen. Nachdem zuerst der Lohn gedrückt wird, soll sich die Arbeiterklasse darüber freuen, daß sie für diesen gedrückten Lohn auch noch um 6 Prozent mehr schaffen soll. Schon im letzten Jahr wurden die „Investitionshilfen" von den Kapitalisten ausgenutzt, um die Ausbeutung durch Rationalisierungsinvestitionen zu steigern. Zwar hat es kein hohes Wirtschaftswachstum gegeben, aber im Vergleich zum Vorjahr waren es viel weniger Arbeiter, die die gleiche Produktion erarbeitet haben.

Fortsetzung Seite 2

> Während der Tarifabschluß im öffentlichen Dienst für die Masse der Arbeiter lumpige 85 DM bedeutet, haben sich die höheren Beamten damit Beträge bis zu 800 DM gesichert.
>
> Die Bundestagsabgeordneten sind gerade jetzt in Beratungen eingetreten, ob die Diäten verdoppelt werden sollen. Das läuft auf 8 000 DM monatlich plus 4 000 DM „Aufwandspauschale" hinaus.

Staatsschutz ist Volksunterdrückung

Die Staatsschutzkammer beim Landgericht Westberlin hat Christian Heinrich, Vorsitzender des Regionalkomitees der Gruppe Rote Fahne (KPD) sowie den ehemaligen Polizeibeamten Sieghard Gummel zu einem Jahr bzw. neun Monaten Gefängnis verurteilt.

Zur Verurteilung benutzte die Staatsschutzkammer die §§ 89 sowie 91 des Strafgesetzbuches. Die Paragraphen handeln von „Verfassungsverrat" und „verfassungsverräterischer Zersetzung".

Die Paragraphen sind in der Öffentlichkeit kaum bekannt und Verurteilungen aufgrund dieser Paragraphen bislang selten. Es handelt sich um ausgesprochene Terrorparagraphen gegen die Kämpfe der Arbeiterklasse und der Volksmassen.

Den Angeklagten im Westberliner Staatsschutzprozeß wurde es als „Verfassungsverrat" angelastet, daß die Gruppe Rote Fahne (KPD) im vergangenen Jahr dazu aufgerufen hat, das Bethanien-Krankenhaus, das vom Senat geschlossen worden war, zu besetzen, um so den Westberliner Senat zur Errichtung einer Kinderpoliklinik zu zwingen.

Als „verfassungsverräterische Zersetzung" wurde es gewertet, daß in diesem Zusammenhang Flugblätter vor Westberliner Polizeikasernen verteilt wurden, in denen an die Polizisten appelliert wurde, gegen diese Absicht nicht einzuschreiten und gegebenenfalls vom Dienst fernzubleiben oder zu kündigen.

Daß dieses Urteil jetzt kommt, ist kein Zufall. Damit soll die demokratische und revolutionäre Bewegung eingeschüchtert werden.

Wer hätte schon geglaubt, daß er wegen „verfassungsverräterischer Zersetzung" bis zu fünf Jahren eingesperrt werden kann, wenn er angesichts eines Polizeieinsatzes den Polizisten zuruft: „Geht doch nach Hause!" und Polizisten, denen man ansieht, daß sie ihr schmutziges Werk mit Widerwillen verrichten, etwa sagt: „Du solltest von der Polizei weggehen!"

verrichten, etwa sagt: „Du solltest von der Polizei weggehen!"

Für die Bourgeoisie ist es eine Selbstverständlichkeit, daß ihre Gewaltorgane vor solcher demokratischen Einwirkung geschützt werden müssen. Sie hat schließlich Erfahrung im Klassenkampf. Noch in jeder Revolution war es so, daß Meutereien im stehenden Heer und in der kasernierten Polizei ein entscheidender Punkt waren. Dazu bedarf es einer gewissen Vorbereitung. Davor will sich die Bourgeoisie schützen. Dazu dieses Gesetz.

Für die Massen ist es eine Selbstverständlichkeit, die Polizei und die Armee zu zersetzen. Es liegt doch auf der Hand, daß die Masse der Soldaten und auch der Polizisten gar kein Interesse haben kann, sich für die Reichen und die Kapitalisten in die Schanze zu werfen. Schließlich sind sie nicht reich und haben keine Fabriken.

Bei den Straßenbahnaktionen in Heidelberg im letzten Sommer war es so, daß die Polizeitruppen fast nach jedem Einsatz ausgewechselt werden mußten. Niedrig geschätzt, hat es etwa fünftausend Verbrechen nach § 91 gegeben. Die ganze Stadt hatte sich in eine Brutstätte der „verfassungsverräterischen Zersetzung" verwandelt. Das ist in Wyhl auf dem Bauplatz auch nicht anders gewesen, und die Polizeigruppen, die bei den jüngsten Metallarbeiterstreiks in Baden-Württemberg vor die Betriebe geschickt wurden, um diese Streikbewegung auszuspionieren, waren auch Opfer von „verfassungsverräterischer Zersetzung", unternommen von Arbeitern, die den Polizisten Bescheid gesagt haben.

Den Angeklagten im Berliner Staatsschutzprozeß wird fernerhin vorgeworfen, sie hätten sich des „Verfassungsverrates" schuldig gemacht. Weil sie festgestellt haben, daß man sich gegenüber dem Westberliner Senat ein Faustpfand verschaffen muß, wenn man eine Kinderpoliklinik will, und daß Bitten und Betteln nichts nützen kann. Diese schlichte Weisheit „gefährdet den Bestand der BRD" und kann mit Gefängnis bis zu fünf Jahren bestraft werden. Es ist aber heute schon eine praktische Erfahrung von Hunderttausenden. Geht der Kapitalist Konkurs, so tut er es auf Kosten der Arbeiter. Wenn diese nicht auf die bürgerliche Eigentumsordnung pfeifen und den Betrieb besetzen, zahlen sie drauf. Wenn die Straßenbahnpreise erhöht werden, erzwingt man entweder die Einstellung des Fahrbetriebes oder man zahlt höhere Preise. Will man sich gegen die Zustände im Schulwesen wehren, muß man den Schulstreik ausrufen und darf sich nicht um die Schulgesetze kümmern. Fängt der Kapitalist zu rationalisieren an und steigert die Arbeitshetze, so darf man sich nicht an die Einschränkungen des Streikrechts halten, sondern muß gleich streiken, sonst gelingt dem Kapitalisten die Steigerung der Ausbeutung.

Alle diese schlichten Wahrheiten und praktischen Erfahrungen „gefährden den Bestand der BRD" und sind „Verfassungsverrat".

Weil die Angeklagten im Westberliner Staatsschutzprozeß „an ihrer staatsfeindlichen Einstellung festhal-

ner Staatsschutzprozeß „an ihrer staatsfeindlichen Einstellung festhal-

ten", hat das Gericht ihnen die übliche Aussetzung der Strafe zur Bewährung versagt. Im Strafgesetzbuch gibt es einen extra Paragraphen über die „tätige Reue". Er besagt, daß das Gericht die Bestrafung mildern oder von ihr ganz absehen kann, „wenn der Täter aus freien Stücken seine Tätigkeit aufgibt und den Erfolg abwendet. Unterbleibt der Erfolg ohne Zutun des Täters, so genügt sein ernstliches Bemühen, den Erfolg abzuwenden."

Unvermeidlich, täglich, tausendfach laufen in der bürgerlichen Gesellschaft die Fälle von „Verfassungsverrat" und „verfassungsverräterischer Zersetzung". Die Bourgeoisie kann sie nicht alle bestrafen. Deswegen hat sie diese Judasklausel. Sie hofft auf die gerechten Kämpfe der Massen einen zersetzenden Einfluß zu nehmen, indem sie diejenigen, die sie zu fassen bekommt, zum Abschwören bewegt. Die Bourgeoisie rechnet sich aus, daß ein solcher Verrat so schwer auf der Massenbewegung lastet, daß man die „Täter" ruhig davonlaufen lassen kann.

Diesen Gefallen haben die Angeklagten im Westberliner Staatsschutzprozeß der herrschenden Klasse nicht getan, und dafür gebührt ihnen unsere Solidarität. Staatsanwalt und Gericht wollen Christian Heinrich und Sieghart Gummel einsperren, um die Massen bei der Durchsetzung ihrer gerechten Interessen einzuschüchtern und zu terrorisieren. Diese Vorstellung der Staatschützer ist absurd. Noch jede untergehende Klasse hat die Gesetze drakonisch verschärft, wenn ihre Zeit gekommen war. Das hat im Laufe der Geschichte aber noch keiner herrschenden Klasse etwas genützt. Die Sklavenhalter, die feudalen Herren, die absoluten Fürsten haben unter den Schlägen der Volksmassen geendet. Der Kapitalistenklasse und ihrem Staatsapparat wird es nicht anders gehen; das nennt man Fortschritt.

Großmachtpolitik im Mittelmeer

Großmachtpolitik im Mittelmeer und die Klassenkämpfe im Libanon

Vergangenen Samstag hat das libanesische Parlament eine Verfassungsänderung beschlossen. Sie ermöglicht die Abwahl von Präsident Frandschieh. Dadurch soll Frandschieh legal abgelöst werden und die gültige Verfassung, eine Verfassung der besitzenden Klassen, in Kraft bleiben. Sein Rücktritt soll als Geschenk, ermöglicht durch die reaktionäre Verfassung, erscheinen, nicht als Erfolg des Kampfes der Massen. Frandschieh muß jedoch diese Verfassungsänderung gegenzeichnen, bevor sie in Kraft tritt. Das zögert er hinaus. Die Reaktionäre, in der Defensive und stark angeschlagen, wollen jede Chance nutzen, um den Vormarsch der Massen zu stoppen. Sie lauern auf jede Möglichkeit, zurückzuschlagen. Nach diesem Parlamentsbeschluß soll der ursprünglich auf zehn Tage begrenzte Waffenstillstand bis Ende April verlängert werden. Seine Einhaltung kann jedoch nicht vollständig erzwungen werden. In den Bergen nördlich Beiruts ist weitergekämpft worden; die Phalangisten haben weitere Niederlagen erlitten.

In dieser Situation verstärkten die Imperialisten ihre Anstrengungen und ihren Druck, um diesen Vormarsch zu stoppen und die Niederlage der Reaktion abzuwenden. Sie wollten die Situation unter ihre Kontrolle bekommen, und der Reaktion mußte eine Atempause verschafft werden. Die sofortige Invasion wie 1958 durch die USA kam nicht in Frage. Waldheim, UNO-Generalsekretär, mußte herhalten und brachte die Vereinten Nationen ins Spiel. Der Sicherheitsrat sollte sich mit dem Libanon befassen. Abgesprochen war dies ausdrücklich mit den USA, die Sowjetunion hat nicht widersprochen. Der Konflikt soll „internationalisiert" werden, d.h. dem libanesischen Volk soll die Entscheidung aus den Händen genommen werden und die Souveränität des Libanon angegriffen werden. Dieser Vorstoß hatte jedoch bisher keinen Erfolg, weil die Mitglieder des Sicherheitsrates aus der Dritten Welt sich ihm widersetzten.

Der US-Imperialismus gibt die Entsendung eines Sonderbeauftragten bekannt. Bei diesen handelt es sich immer um Spezialisten der Konterrevolution. In diesem Fall um Herrn Brown. Brown ist Präsident des „Middle East Institute". 1970 war er als Botschafter in Jordanien und Einsatzleiter im Kampf der jordanischen Reaktion gegen das palästinensische Volk im Schwarzen September. Außerdem war Brown verantwortlicher Leiter des „Evakuierungswerks für die vietnamesischen Flüchtlinge", durch das die vietnamesischen Konterrevolutionäre

Fortsetzung Seite 2



Bei den Gemeinderatswahlen im vom Israel besetzten Westjordanland bekamen trotz Klassenwahlrecht und unter der Kontrolle der israelischen Besatzer die Kandidaten 75 Prozent der Stimmen, die den Befreiungskampf des palästinensischen Volkes unter Führung der PLO für nationale Selbstbestimmung und Wiederherstellung der nationalen Rechte auf seinem nationalen Territorium unterstützen.

Nach den Lohnraubabschlüssen den Klassenkampf fortsetzen

Fortsetzung

Von sowas wird dann der Export stark und die Wirtschaft gesund. Die Arbeitslosen werden davon arm und die Arbeiter, die Arbeit haben, gehen dran kaputt. Die Bourgeoisie will, daß sich die Arbeiter darüber freuen. Weil die „deutsche Industrie" auf dem Weltmarkt jetzt so stark ist.

Tatsächlich, die imperialistische Bourgeoisie wird eine Exportoffensive einleiten und hat damit begonnen. Das erste, was die Imperialisten „exportieren", sind Arbeitsplätze. Sie haben den Kapitalexport gewaltig beschleunigt, und die westdeutschen Kapitalisten sind mittlerweile an der Ausbeutung der Arbeiter in anderen Ländern stark beteiligt. Gegenüber der Arbeiterklasse in Westdeutschland benutzen die Konzerne diese Tatsache als Drohmittel. Daß sie in „Niedriglohnländer" gingen, wenn man hier der wüsten Steigerung der Ausbeutung Widerstand entgegensetzt. Genau das gleiche machen sie mit den „Exportmärkten". Zuerst schreien sie, daß die Arbeiter sich bis aufs Blut ausbeuten lassen sollen, damit Exportmärkte erobert werden können. Aber wenn Exportmärkte erobert sind, dann schreien sie bloß weiter, daß sie jetzt gegen die Konkurrenz gehalten werden müssen.

Die Arbeiter der großen Konzerne kennen das Lied von jeder Betriebsversammlung. Der Refrain ist immer gleich: Mehrarbeit und Lohndruck.

Die ganze „Exportstärke" beruht auf verstärkter Ausbeutung der Arbeiter und hat absolut nichts als weitere Verschärfung der Ausbeutung zur Folge. Das ist eine Erfahrung. Deswegen hofft die Bourgeoisie auch nicht ernstlich, daß die Arbeiterklasse den notwendigen Kampf für ihre Interessen aus Bewunderung für die Exportstärke von allein aufgibt.

Gerade jetzt werden allerhand Gesetzesmaßnahmen ergriffen, die es der Kapitalistenklasse erleichtern sollen, ihren Staatsapparat mit aller Wucht gegen die Kämpfe der Arbeiterklasse und der Volksmassen einzusetzen. Dazu wird zum Beispiel der Schnüffel- und Unterdrückungsparagraph 218 verschärft. Dazu dient das 14. Strafrechtsänderungsgesetz, das letzten Freitag im Bundesrat gebilligt wurde und durch das die Arbeiterklasse jeder Möglichkeit beraubt werden soll, die entschiedene Vertretung ihrer Interessen auch bloß zu beraten, indem das staatliche Gewaltmonopol perfekt und die politische Entrechtung der Volksmassen vollendet werden soll.

Wenn auch die „Bild"-Zeitung und andere Presseorgane so tun, als ob die Exportoffensive, die die westdeutschen Imperialisten in der Tat verstärken können, wenn sie die Ausbeutung der Arbeiter steigern, für die Arbeiter honigsüße Folgen hätte, die Wirklichkeit schaut anders aus. Das sieht man aus den Vorbereitungen der herrschenden Klasse selber am besten.

Man wird es erleben, wie in der nächsten Zeit verstärkt versucht werden wird, die Schwierigkeiten der Kapitalistenwirtschaft auf die „unsichere Versorgung mit Rohstoffen" zurückzuführen. Schon jetzt stehen in den Militärzeitschriften Aufsätze wie „Die Bedeutung der Sicherung der Kap-Route für die Wirtschaft der BRD". Und es ist kein Zufall, daß der Bundestag das milliardenschwere Fregattenprogramm verabschiedet hat.

Die ganze bürgerliche Agitation läuft auf zweierlei hinaus: Erstens sollen die Arbeiter in ihren notwendigen wirtschaftlichen Kämpfen zurückstecken, damit die Wirtschaft stark wird. Das geht bloß auf Kosten der Arbeiter. Ist es nicht bezeichnend, daß die schulärztlichen Untersuchungen berichten, daß der Gesundheitszustand der Kinder sich wieder zu verschlechtern beginnt und das Größenwachstum zurückgeht? Diese Wirtschaftsstärke geht auf die Knochen der Arbeiterklasse, das kann man ruhig wörtlich nehmen. Zweitens soll die Arbeiterklasse auch noch damit gelockt werden, sich für die Beraubung anderer Völker an ihren Rohstoffen und natürlichen Ressourcen einspannen zu lassen und freudig das „Recht und die Freiheit des deutschen Volkes zu verteidigen", wie es im Soldateneid heißt, und wenn es auch auf der Kap-Route ist.

... Libanon

Fortsetzung

vor dem Volk gerettet wurden. Bei seinem Eintreffen im Libanon hat er sich gleich mit den Reaktionären zusammengehockt, mit Chamoun, Gemayel und Frandschieh. Gleichzeitig wird die Mittelmeerflotte der Supermacht in Marsch gesetzt: „Ein Geschwader der sechsten Flotte hat sich Libanon genähert; es besteht aus dem Helikopterträger Guadalcanal, zwei Begleitzerstörern und vier Landungsschiffen mit 1 700 Marinesoldaten an Bord." (Neue Zürcher Zeitung, 2. April)

Die andere Supermacht hat sofort reagiert. Sie steht mit dem USA-Imperialismus im Kampf um die Hegemonie über den Nahen Osten wie im Kampf um die Beherrschung des Mittelmeers. An das US-Geschwader soll sich gleich ein schwerer russischer Kreuzer angehängt haben. In Washington hat die Sowjetunion ihren Gesandten vorsprechen lassen und eine „Erklärung über die Flottenbewegung" verlangt.

Beide führen sich als Mittelmeermächte auf, obwohl sie mit dem Mittelmeer rein gar nichts zu tun haben. Ihre Flotten im Mittelmeer sollen die Mittelmeeranrainerstaaten einschüchtern und bedrohen. Sie sind Instrument ihres erbitterten Kampfes gegeneinander um Hegemonie. Gemeinsam ist ihnen aufgrund ihrer imperialistischen Interessen, das Voranschreiten des Kampfes des libanesischen Volkes zu fesseln und zu unterdrücken. Zum Waffenstillstand ist es auch gekommen „in der Folge des diplomatischen Drucks durch die Sowjetunion, die dazu durch die Vermittlung ihres Botschafters in Beirut beigetragen hat". (Le Monde, 3./4. April) Der Sonderbeauftragte der einen Supermacht will den Kräften der Reaktion eine Atempause verschaffen und sie erneut stärken. Während des Waffenstillstandes werden die Phalangisten mit Nachschub versorgt: „ . . . In der christlichen Hafenstadt Jounieh (sind) drei ausländische Schiffe mit 30 Panzerwagen, zwei Schnellbooten, 5 000 Maschinengewehren und umfangreicher Munition eingetroffen." (Frankfurter Allgemeine Zeitung, 8. April) Der Botschafter der sozialimperialistischen Supermacht setzt auf die bürgerlichen Führer der Massenbewegung, „um den Libanon auf der Grundlage gemäßigter Reformen zu stabilisieren". (Nach Süddeutsche Zeitung, 5. April)

So sollen die Widersprüche zwischen arm und reich, zwischen dem revolutionären Nationalismus der Massen und dem Imperialismus abgestumpft werden, was im ureigenen Interesse des Sozialimperialismus liegt. Gleichzeitig hat die Sowjetunion zusätzlich die revisionistische KP Libanons, die die Massen ideologisch und politisch entwaffnet und fesselt.

Beide Supermächte wollten auch die PLO für ihre Zwecke einspannen. Die PLO hat jedoch ein Zusammentreffen mit dem US-Sonderbeauftragten abgelehnt, auch nachdem der sowjetische Botschafter sich für dieses Treffen eingesetzt hat.

Auf den Waffenstillstand haben sich auch die bürgerlichen Führer der libanesischen Nationalbewegung eingelassen. Die syrische Regierung hat durch militärischen Druck und Drohung nachgeholfen. Dieser Druck hält an.

Bereits während der Verhandlungen über die Verfassungsänderung begannen die Gespräche über den Nachfolger Frandschiehs. Welche Namen werden hier genannt? Es sind Leute wie Elias Sarkis, Direktor der libanesischen Zentralbank, wie Raymond Edde, Führer des Nationalen Blocks, der früher eine französische Kollaborationspartei gewesen ist und heute sich nach dem Wind des US-Imperialismus dreht. Sogar Chamoun wird genannt, jener Ex-Präsident, der 1958 zur Niederschlagung der Rebellion die Marineinfanteristen der USA ins Land holte. Soll schon Frandschieh aufgrund des Kampfes der Massen fallen, so soll er doch durch eine Figur ersetzt werden, die aus den herrschenden Klassen kommt und ihnen dient. Ihre Verfassung soll gültig bleiben. Allerdings: Das Instrument der Armee ist ihnen im Verlauf des Klassenkampfes bereits zerbrochen worden. Bedauernd stellt die „Frankfurter Allgemeine Zeitung fest: „So leicht läßt sich der Libanon nicht retten." (12. April) Mit dem Kopf Frandschiehs können die Massen nicht abgespeist werden. – (hjh)

An der Kleidung wird gespart

„Stricken hat in den letzten Jahren zunehmend an Beliebtheit gewonnen", stellt die Handstrickgerätefabrik Schöller Eitorf AG fest. Der Pro-Kopf-Verbrauch von Handstrickgarnen in der Bundesrepublik, der in den Konjunkturjahren 1971 bis 1973 zwischen 170 und 180 Gramm stagnierte, stieg 1974 auf 219 und 1975, dem Höhepunkt der Krise, auf 248 Gramm, dem höchsten Verbrauch seit 20 Jahren. Die Beliebtheit des Strickens entwickelt sich offenbar parallel mit der Arbeitslosigkeit, die die höchste seit 20 Jahren ist, und mit der Verarmung breiter Massen. (Blick durch die Wirtschaft, 8.4.76)

Als Herrenreiter durch die Krise

„Stärkere Nachfrage nach Reitpferden" meldet „Blick durch die Wirtschaft" vom 29. März. Im Gebiet der hannoverschen Warmblutzucht, dem größten geschlossenen Warmblutzuchtgebiet Europas, sind zur Zeit 13 500 Warmblutstuten eingetragen, die höchste Zahl seit 30 Jahren. Der Umsatz an von den Züchtern abgesetzten Warmblutpferden ist 1975 bei einem Durchschnittspreis von 15 000 DM um über 1 Million DM auf 6,8 Millionen DM gestiegen. Allein im Raum Hannover hatten 1975 also 450 Leute das Geld, sich für das Jahreseinkommen eines Arbeiters ein Reitpferd anzuschaffen.

Verstärkter Kapitalexport in die Dritte Welt

Der Kapitalexport der BRD in die Länder der Dritten Welt erreichte 1975 insgesamt 12,2 Milliarden DM und lag über der Marke von 1 Prozent des Bruttosozialprodukts. 4,15 Milliarden DM davon waren staatliche Entwicklungshilfezahlungen, wodurch dem Kapitalexport der Weg gebahnt wurde. Die Verschuldung der Entwicklungsländer hat darüber erheblich zugenommen. Die Bundesregierung hat verlauten lassen, daß sie zu einer Schuldenerleichterung pauschal nicht bereit sei, sondern nur bereit sei, in Einzelverhandlungen neue Rückzahlungsbedingungen auszuhandeln. Die Abhängigkeit jedes verschuldeten Landes soll damit geregelt werden. (Frankfurter Allgemeine, 13.4. / Blick durch die Wirtschaft 13.3.)

Wahlniederlage der SPD:

Reformismus in der Arbeiterbewegung treibt das Volk in die Arme der Reaktion

Nach der Wahlniederlage in Baden-Württemberg sucht die SPD die Schuldigen. Hans Koschnick, stellvertretender Parteivorsitzender der SPD seit dem Mannheimer Parteitag im Herbst und Nachwuchshoffnung der Parteiführung, hat in der Wochzeitung „Die Zeit" ein Interview gegeben, in der er für die Niederlage verantwortlich macht: Den Streit zwischem linkem und rechtem Parteiflügel, oder wie er sagt „das Erscheinungsbild der SPD". Sodann das Land Baden-Württemberg, in dem „wir nie eine so breite Zustimmung gefunden haben wie im norddeutschen Raum", obwohl doch jeder weiß, daß die Stimmenverluste der SPD etwa in Bremen, wo Koschnick seit Jahren Bürgermeister ist, noch höher waren. Und schließlich die Arbeitslosen, von denen Koschnick mit Recht annimmt, daß sie keine Veranlassung haben, SPD zu wählen und viele gleich gar nicht zur Wahl gegangen sind.

So gibt es in Koschnicks Analyse viele Schuldige für die Niederlage, um das Entscheidende aus der Welt zu reden: Die Wahlniederlage ist eine Quittung auf die Politik der Schmidt-Regierung und der Partei, die diese Regierung trägt. Koschnick empfiehlt, „die Ziele müssen deutlicher werden" und „die Partei (muß) noch enger an den Kanzler heranrücken". Wer den Reformismus für einen gefährlichen Feind der Arbeiterbewegung hält, wird das nur begrüßen. Je deutlicher die SPD ihre Ziele herausstellt und je enger sie an den Bundeskanzler Schmidt als den Verwirklicher ihrer Ziele heranrückt, umso sicherer hat das zur Folge, daß im Volk die Abkehr von dieser Partei sich verstärkt und die Möglichkeit, den Reformismus zu schlagen, besser wird.

Konservative Ziele, reaktionäre Mittel

Koschnick trägt in seinem Interview gleich dazu bei. Über die Ziele führt er aus: „Wir werden jene gesellschaftlichen Reformen fortsetzen, die begonnen wurden, um das nach 1945 Aufgebaute zu schützen!" Da hat die SPD schon einiges vorzuweisen. Aufgebaut haben nach 1945 die Arbeiter und das Volk. Angeeignet aber hat sich den gesellschaftlichen Reichtum eine immer kleinere Schicht von Kapitalmagnaten, die die Masse des Volkes als Lohnabhängige für sich arbeiten läßt. Das kann nur beibehalten und geschützt werden durch polizeilich-bürokratische Bevormundung und Unterdrückung des Volkes.

Von den Notstandsgesetzen 1968 über die gesetzliche Freigabe des Bundesgrenzschutzes für den Einsatz gegen das Volk, den Ausbau des Bundeskriminalamtes, die politische Entrechtung und Beschnüffelung im öffentlichen Dienst, den § 218, die Maulkorbgesetze 88 a und 130 a ist es bis heute eine lange Kette von sozialdemokratischen Reformen, „um das nach 1945 Aufgebaute zu schützen". Die meisten davon gemeinsam mit der CDU beschlossen. Gerade wegen dieses durch und durch konservativen Ziels und der reaktionären Mittel, die die SPD zu seiner Durchsetzung anwendet, muß sie ja eine Wahlniederlage nach der anderen hinnehmen.

Wenn klar ist, warum die SPD verliert, warum kann dann die CDU gewinnen? Koschnick zeigt sich beunruhigt darüber, daß der CDU-Slogan „Freiheit oder Sozialismus" „sich in bestimmten Bereichen mehr ausgewirkt hat, als wir es vorgesehen haben". Als ob das so verwunderlich wäre, daß der Ruf nach „Freiheit" vom Staat verfängt, wenn unter dem Firmenschilde des demokratischen Sozialismus die Reaktion auf das Volk losgelassen wird.

Mit Freiheitsrechten des Volkes nichts im Sinn

Die Art und Weise, wie Koschnick den CDU-Slogan zurückweist, ist denn auch eher geeignet, ihn zu bestätigen: „Was viele nicht sehen wollen, ist gleichwohl wahr: Wenn früher der bürgerliche Besitz die entscheidende Grundlage für die individuelle Freiheit war, so sind es heute die gesetzlich normierten sozialen Sicherungen", hält er der CDU entgegen. Das sind tolle Wahrheiten! Wann je war der **bürgerliche** Besitz entscheidende Grundlage für die ‚individuelle Freiheit' der arbeitenden Massen! Der bürgerliche Besitz war früher, was er auch heute ist: die entscheidende Grundlage für die Abhängigkeit und Unfreiheit der arbeitenden Massen. Die arbeitenden Massen haben diesen bürgerlichen Besitz ja gerade nicht, ihr einziger Besitz ist die Arbeitskraft, die sie an den nichtarbeitenden Bourgeois verkaufen müssen, um leben zu können. Geschichtsfälschung und Verdrehung der gegenwärtigen Verhältnisse, Leugnung der Lohnabhängigkeit als der entscheidenden Unfreiheit gehen Hand in Hand.

Und was soll nun laut Koschnick heute „entscheidende Grundlage für die individuelle Freiheit" sein? Die „gesetzlich normierten sozialen Sicherungen"! – Das ist eine Entdeckung: Das Arbeitsamt, in dem die Arbeitslosen herumgestoßen und zu schlechter bezahlter Arbeit verpflichtet werden, eine Stätte der Freiheit! Die gesetzlichen Krankenversicherungen und Rentenversicherungen, auf die der Staat und die Kapitalisten den Daumen haben und von denen der Lohnabhängige als Bittsteller behandelt wird, als Freiheitsgarant! Und die Finanzämter, worüber die fiskalische Blutsaugerei betrieben wird, als Inbegriff der Freiheitsrechte. Alles das Einrichtungen, die sich Freiheiten gegenüber dem Volk herausnehmen. Für diese Sorte „individuelle Freiheit", verwaltet von der Bürokratie und als Last getragen von den Massen, wird sich das Volk bedanken.

CDU-Propaganda in der Steuerfrage links von der SPD

Im baden-württembergischen Wahlkampf konnten sich Filbinger und die CDU immer den Beifall ausrechnen, wenn sie die drückende Steuerlast angriffen, für sparsame Regierung eintraten und die SPD-Regierung in Bonn beschuldigten: „Die machen Schulden wie die Säutreiber!" Vor allem den „neuen Mittelstand und höher qualifizierte Beschäftigte aus dem Dienstleistungsgewerbe" (CDU-Generalsekretär Biedenkopf) haben sie damit ansprechen können.

Weiter die Bauern, Handwerker, kleinen Händler, die ohnehin um ihre Existenz kämpfen und von der Steuerlast zusätzlich gedrückt werden. Wenn Filbinger erklärte, sich „auf die Seite des Einzelnen zu stellen und dessen Freiheiten gegen den Staat und mächtige Verbände zu verteidigen", bedeutete das für diese Schichten etwas sehr Konkretes: weniger Steuern und Gebühren, Mehrung des kleinen Vermögens. Bis in die Arbeiterklasse hinein, besonders da, wo die ideologische Bindung an den kleinen bäuerlichen Besitz noch eng ist, wirkt diese CDU-Propaganda.

Die SPD trat unter der Parole an: „Für eine ehrliche Politik", und das bedeutete: Die schwere Besteuerung muß sein, und wir sind so ehrlich es zu sagen. Sie trat in der wichtigen demokratischen Frage nach dem wohlfeilen Staat hinter die CDU auf und gab auf alle anderen demokratischen Fragen reaktionäre Antworten, die denen der CDU nicht nachstanden. Gerechtfertigt hat sie ihre offen reaktionäre Politik in der Steuerfrage durch den Pfaffen Eppler mit ihrem Streben nach sozialer Gerechtigkeit. Sie hat damit das Volk der bürgerlichen Reaktion in Gestalt der CDU geradezu in die Arme getrieben und die Arbeiterbewegung, die unter ihrer Führung steht, im Volk isoliert. Die Politik der SPD und ihre Vorherrschaft in der Arbeiterbewegung erlaubt es der Bourgeoisie, die Vorstellung von Freiheit und von Rechten gegenüber dem Staat mit den bürgerlichen Eigentumsverhältnissen zu verbinden, während die Arbeiterbewegung in Gestalt der SPD dem Volk als Steuereintreiber, Gebührenerhöher, Bürokratie und Ämterschikane entgegentritt.

Die ganze Weisheit sozialdemokratischer Politik besteht immer darin, daß die Arbeiterklasse auf die radikale Verfechtung ihrer Interessen an Beseitigung der bürgerlichen Eigentumsverhältnisse verzichten müsse, um „Mehrheiten" zu gewinnen. Tatsächlich ist es so, daß die SPD damit das Volk nur gewinnen kann, wenn sie an ihrem Ziel festhält, das Privateigentum aufzuheben und mit der Enteignung der Ausbeuter die Wurzel des Übels der Abhängigkeit zu beseitigen. Nur dann wird sie jede Aufforderung, sich an den Staat zu klammern, zurückweisen können und gegenüber dem bürgerlichen Staat, den sie zerschlagen muß, um ihr Ziel verwirklichen zu können, als radikale Kämpferin für die Freiheit des Volkes auftreten.

Das ist die Lehre, die die Arbeiterbewegung aus den letzten Wahlen ziehen kann und der stellvertretende SPD-Vorsitzende Koschnick zu verdunkeln trachtet. (wm)

Sowjetunion gegen „extremistische Forderungen" der Entwicklungsländer

Gegen „extremistische Forderungen" wendet sich ein Artikel „Aus Moskauer Sicht" zum Thema „Das Weltmeer gehört allen" in der offiziellen Zeitschrift „Sowjetunion heute". Es geht dabei um die Nutzung des Meeresbodens in internationalen Gewässern, insbesondere um das Schürfrecht für Manganknollen vom Meeresboden. Die Zeitschrift berichtet, die Entwicklungsländer forderten eine internationale Institution, die das Monopol auf die Schätze des Meeresbodens haben solle und an der alle Staaten teilhaben, also auch die, welche sich die teure Meerestechnologie selbständig nicht leisten könnten. Einige Westmächte dagegen hätten sich dagegen ausgesprochen, „daß dieser Institution das Recht auf selbständige Gewinnung der in den Tiefen des Ozeans lagernden Bodenschätze eingeräumt werden soll". Die Sowjetunion schlägt vor: „sowohl einzelnen Staaten als auch der internationalen Institution Zutritt zu den Ressourcen des Meeresbodens zu gewähren". Die Forderung der Entwicklungsländer, wie sie im vorliegenden Entwurf enthalten ist, hält die Sowjetunion für extremistisch, weil sie „den souveränen Staaten ihr unveräußerliches Recht auf Zutritt zu den Ressourcen des Internationalen Gebiets nehmen" würde. Ein Recht, das nur den reichen imperialistischen Staaten nützt.

Meeresforschung rücksichtslose Ausbeutung der Meere

und wissenschaftliche Erkenntnisse, die die Regierung nicht tolerieren kann

Buchvertrieb Hager
1,50 DM Postfach 5129
6800 Mannheim

Politbüro des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Chinas beschließt die Absetzung Teng Hsiao-pings

„Den Klassenkampf als Hauptkettenglied nehmen"

Millionen Arbeiter, Bauern, Soldaten, Studenten und Schüler haben in Peking und in der ganzen Volksrepublik China die Ernennung Hua Guo-fengs zum Ministerpräsidenten und stellvertretenden Vorsitzenden des ZK der Kommunistischen Partei Chinas gefeiert und machtvolle Demonstrationen für die Fortsetzung des Klassenkampfes und die Festigung der Diktatur des Proletariats durchgeführt. Damit antworteten die breiten Massen unter Führung der Arbeiterklasse und der Kommunistischen Partei Chinas auf die konterrevolutionären Zwischenfälle letzter Woche auf dem Tien-An-Men-Platz, die von der chinesischen Presseagentur Hsinhua als das Ergebnis einer „vorbedachten, geplanten und organisierten" Aktion bezeichnet wurden. Bei diesen Zwischenfällen, die durch konterrevolutionäre Elemente unter Ausnutzung von Trauerfeiern für Tschou En-lai herbeigeführt worden sind, sind über hundert Arbeitermilizionäre teilweise schwer verletzt worden, die die Diktatur des Proletariats gegenüber diesen konterrevolutionären Elementen verteidigten. Die vollständige Isolation der konterrevolutionären Kräfte von den Massen zeigt die Tatsache, daß die Arbeitermilizionäre bei diesen Aktionen vollständig unbewaffnet vorgingen. Das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Chinas hat auf diese Vorkommnisse mit der Absetzung Teng Hsiao-pings geantwortet. Die Entschließung hat in der Übersetzung der Deutschen Presse-Agentur (dpa) folgenden Wortlaut:

„Nachdem es den konterrevolutionären Zwischenfall auf dem Tien-An-Men-Platz und Teng Hsiao-pings jüngstes Verhalten erörtert hat, ist das Politbüro des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Chinas der Auffassung, daß das Problem Teng Hsiao-ping zu einem antagonistischen Widerspruch geworden ist. Auf Vorschlag unseres großen Führers Vorsitzenden Mao stimmt das Politbüro einmütig überein, Teng Hsiao-ping aller seiner Posten innerhalb und außerhalb der Partei zu entheben, während es ihm erlaubt, seine Parteimitgliedschaft zu behalten, um zu sehen, wie er sich künftig aufführen wird."

Diese Absetzung Teng Hsiao-pings ist das Ergebnis einer langandauernden Massenkampagne zur Fortsetzung des Klassenkampfes, der Festigung der Diktatur des Proletariats, der Kritik an Lin Biao und Konfuzius und des Studiums des Marxismus-Leninismus, insbesondere der Theorie der Diktatur des Proletariats. Teng Hsiao-ping hatte sich dieser Kampagne entgegengestellt und seit Mitte letzten Jahres eine Gegenkampagne eingeleitet, durch die die Ergebnisse der Kulturrevolution revidiert werden sollten. Im Kampf gegen diesen Wind der rechten Abweichung haben sich die Massen weiter gestählt und haben Teng Hsiao-ping, der sich erneut als Machthaber in der Partei entpuppte, der den kapitalistischen Weg geht, als Vertreter der Bourgeoisie in der Partei entlarvt und isoliert. Statt sich zu ändern, hat Teng Hsiao-ping an seinen bürgerlichen Auffassungen festgehalten. Es kam zu den Zwischenfällen auf dem Tien-An-Men-Platz und ähnlichen Zwischenfällen in anderen Teilen der Volksrepublik China. Die Arbeitermilizen haben den konterrevolutionären Elementen eine Abfuhr erteilt. Der Stadtrat von Peking hat inzwischen in einem Bericht an das Zentrale Komitee der Kommunistischen Partei Chinas festgestellt, daß hinter diesen Zwischenfällen die Anhänger Teng Hsiao-pings steckten. Er weist darauf hin, daß der Kampf gegen die Konterrevolutionäre fortgesetzt werden müsse. Daß die chinesische Arbeiterklasse und die Massen für diesen Kampf durch die Fortsetzung und Vertiefung der proletarischen Kulturrevolution gut gerüstet sind, haben die Ereignisse der beiden letzten Wochen bewiesen. Noch vor der Absetzung Tengs hat die Pekinger Volkszeitung in einem Leitartikel geschrieben:

„Die Arbeiter, die Bauern, die Soldaten, die Kader und die revolutionären Intellektuellen haben alle gewissenhaft eine Reihe von wichtigen Weisungen des Vorsitzenden Mao studiert, sie haben die Waffen benutzt, wie die Massendebatte, die breite Kritik und die Dazibao (große Wandzeitungen), und sie haben den Klassencharakter dieses Parteimachthabers offengelegt, der sich auf dem kapitalistischen Weg befindet und nicht bereut, der den Wind von rechts, der bereits gefällte richtige Urteile umstoßen sollte, entfacht hat. Sein revisionistisches Programm ‚Die drei Weisungen als das Hauptkettenglied betrachten', seine revisionistische Linie, seine Vorschläge und seine reaktionären Handlungen, um die richtigen Beschlüsse der Kulturrevolution umzustoßen, mit der er abrechnen wollte, wurden von den breiten Massen mit großer Heftigkeit kritisiert.

‚Das Anzweifeln der richtigen Beschlüsse richtet sich gegen den Willen des Volkes.' Dieser Parteimachthaber auf dem kapitalistischen Weg, der nicht bereut, ist zur Zielscheibe geworden und sehr isoliert. Die sozialistische Revolution in den verschiedenen Bereichen des Überbaus vertieft sich immer mehr. Die neuen sozialistischen Dinge werden im Kampf gesund und wachsen beständig. Die Frühjahrsbestellung ist im vollen Gange, die Industrieproduktion nimmt einen ständigen Aufschwung. Unsere Arbeit wird besser geführt in allen Bereichen. Wir haben schon einen großen Sieg errungen. Aber der Klassenkampf bleibt scharf und vielschichtig und es bestehen noch Windungen und Wendungen auf dem Weg, dem wir folgen. Wir müssen den Klassenkampf als Kettenglied nehmen, an der Hauptrichtung des Kampfes festhalten und bis zum Ende den Kampf gegen den Wind von rechts, der die richtigen Beschlüsse umstoßen soll, führen. Der Vorsitzende Mao hat erklärt, als er den Wind von rechts kritisierte: ‚1949 ist behauptet worden, daß der Hauptwiderspruch innerhalb des Landes jener ist zwischen Proletariat und Bourgeoisie. 13 Jahre später wurde erneut die Frage des Klassenkampfes aufgeworfen und hinzugefügt, daß die Lage sich zu bessern beginnt. Worin besteht die Große Kulturrevolution? Das ist Klassenkampf! Liu Schao-tschi predigte die Theorie vom Erlöschen des Klassenkampfes; er selber hat ihn nicht ausgelöscht, er wollte eine Handvoll Renegaten und ihm höriger Fanatiker schützen. Lin Biao wollte das Proletariat niederschlagen. Er hat einen Staatsstreich geplant. Ist der Klassenkampf nun erloschen?'

Die Weisung des Vorsitzenden Mao stellt den reaktionären und betrügerischen Charakter der Theorie vom Erlöschen des Klassenkampfes bloß, mit der Liu Schao-tschi und Lin Biao und dieser Machthaber, der sich auf dem kapitalistischen Weg befindet und nicht bereut, hausieren gehen.

Er beweist in eindringlicher Weise den Charakter der Großen Proletarischen Kulturrevolution und lehrt uns einmal mehr, daß man vom Standpunkt des Klassenkampfes aus die Widersprüche der sozialistischen Gesellschaft analysieren muß. Der Kampf gegen den rechtsabweichlerischen Wind, der die richtigen Urteile umzustoßen sucht, ist die Fortsetzung und Vertiefung der Großen Proletarischen Kulturrevolution und ist auch ein schwerer Klassenkampf. Vom Standpunkt des Kampfes der Arbeiterklasse gegen die Bourgeoisie aus müssen wir den Klasseninhalt der verschiedenen Parolen und Tendenzen analysieren, die im Verlauf der Bewegung zum Vorschein gekommen sind. ‚Wir dürfen auf keinen Fall abgleiten in den Schematismus und den komplizierten Klassenkampf nicht in vereinfachender Weise betrachten.'

Das Studium einer Reihe wichtiger Weisungen des Vorsitzenden Mao ist an die erste Stelle zu setzen. Diese Weisungen sind für uns eine scharfe Waffe im Kampf, um den Wind von rechts abzuwehren.

Sie sind ein Licht, das den Weg der Fortsetzung der Revolution unter der Diktatur des Proletariats erleuchtet. Wir müssen sie sorgsam studieren, um gut den Charakter des gegenwärtigen Kampfes zu verstehen, ebenso wie seine Prinzipien und seine politische Bedeutung. Wenn wir nicht studieren, verlieren wir die richtige Richtung, werden betrogen werden und in die Falle gehen."

(Renmin Ribao, 6.4., Editorial, nach Hsinhua, 6.4., französische Ausgabe)

Die bürgerliche Presse stellt die Auseinandersetzungen in der Volksrepublik China gern so dar, daß irgendwelche undurchschaubaren Entscheidungen über die Köpfe der Massen hinweg getroffen werden. Gleichzeitig müssen sie immer wieder zugeben, daß die Massen von den Ereignissen keineswegs überrascht sind, sondern selber die Auseinandersetzungen bewußt als Klassenkampf führen. Sie können das, weil sie unter Führung der Kommunistischen Partei Chinas und des Vorsitzenden Mao immer besser gelernt haben, den Marxismus-Leninismus vom Revisionismus zu unterscheiden und den Marxismus-Leninismus als Wissenschaft der Arbeiterklasse anzuwenden. – (g.s.)

Körperschaftssteuerreform:

Steuerpolitik für die Kapitalexpansion

Während sich jetzt erweist, daß die Änderung der Lohnsteuer zu Anfang letzten Jahres eine Zeitbombe war, bereiten Regierung und Bundestag weitere Steuererhöhungen für die Volksmassen und Steuererleichterungen für die besitzenden Klassen vor.

Als erster Teil der als „Jahrhundertwerk" angekündigten Steuerreform wurde die Einkommens- und Lohnsteuer zum 1. Januar 1975 geändert. Der Anteil der Lohnsteuer an den Bruttolöhnen und -gehältern hatte mit 15,8 Prozent im Jahre 1974 einen Höchststand erreicht. Letztes Jahr ist diese Quote durch die Reform auf 15,46 Prozent gefallen und wird bereits in diesem Jahr nach den neuesten amtlichen Schätzungen auf 16,1 Prozent zunehmen und dann rasch weiter steigen. (Handelsblatt, 2. April)

Diese Absicht der Steuerreform war von vorneherein festgelegt, und wir hatten das in der KVZ vom 21. August 1974 ausführlich gezeigt.

Dem Finanzkapital aber reicht das nicht aus. Im letzten Herbst wurde das Haushaltssicherungsgesetz diktiert und die Bundesregierung will unbedingt zum Januar 1977 eine Erhöhung der Mehrwertsteuer, der Branntwein- und Tabaksteuer um zusammen 8,2 Milliarden DM durchsetzen, obwohl der Betrug mit der „Steuerreform" schon geplatzt ist.

Diese Steuern sind indirekte Steuern, das heißt, man bezahlt sie beim Kauf jeder Ware im Preis schon mit, ohne daß die Steuererhebung direkt wie bei der Lohnsteuer auf der Steuerkarte und dem Lohnstreifen sichtbar wird. Nichts, aber auch gar nichts, kein Brot, keine Wurst, kein Paar Schuhe können sich die Lohnabhängigen kaufen, ohne daß sie indirekte Steuern bezahlen müssen. Selbst der Arbeitslose oder Rentner muß diese Steuer noch bezahlen. Unmerklich steigt die indirekte Steuer mit der Inflation, und die unmittelbare Erhöhung jetzt, insbesondere der Mehrwertsteuer, hilft der direkten Verelendung nach.

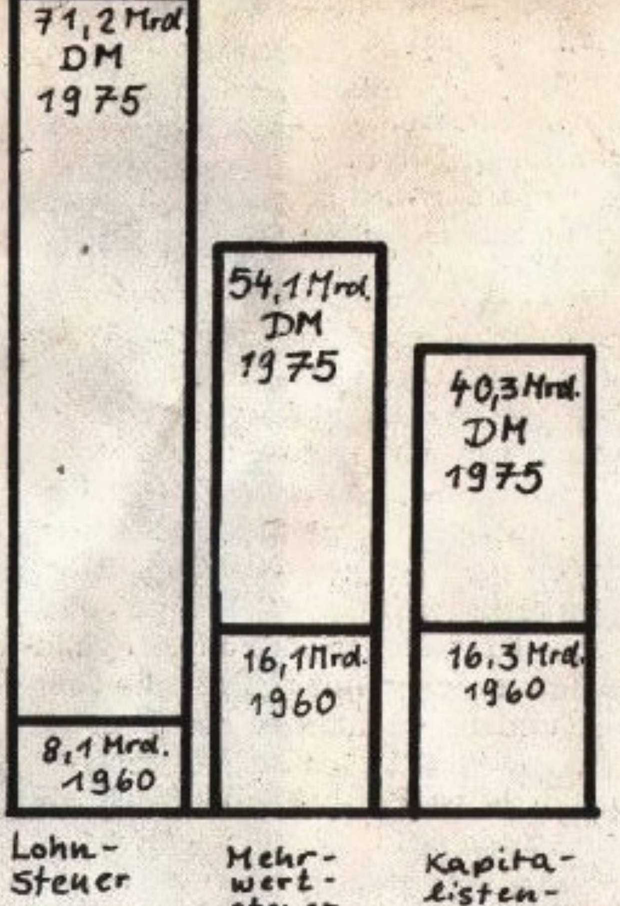
Der erste Teil der Steuerreform, der für die arbeitenden Klassen eine Verringerung der Lohnsteuerquote um ganze 0,35 Prozent gebracht hat, hat für die Kapitalisten eine Verringerung um 1,8 Prozentpunkte bei der Einkommenssteuer gebracht. Weiter wird in diesem Jahr die Körperschaftssteuer um voraussichtlich 3 Milliarden DM auf den Stand von 1967 sinken. Dafür gibt es vor allem drei Gründe: Erstens spart die Investitionszulage, die ohnehin schon eine „Göttergabe" war, auch noch Steuern. Zweitens können die Unternehmen durch die Änderung des § 6 a des Einkommenssteuergesetzes höhere Pensionsrückstellungen bilden. Und die können sie von der Steuer absetzen. Drittens schließlich sinkt sie durch die letzte Woche im Bundesrat genehmigte Einführung des „Verlustrücktrages". Damit können die Kapitalisten den bilanzmäßigen Verlust, den sie in einem Jahr eventuell gemacht haben, auf den Gewinn des Vorjahres anrechnen und müssen dann für dieses Jahr weniger Steuer bezahlen.

Körperschaftssteuerreform für die Expansion des Kapitals

Die eigentliche „Reform" der Körperschaftssteuer wird zur Zeit in den Ausschüssen des Bundestags beraten, und in der Presse wird eine gezielte Werbung dafür gemacht. Zu Anfang nächsten Jahres schon soll die Änderung in Kraft treten, von der der Staatssekretär im Finanzministerium Offergeld behauptet, es würde „eine der wichtigsten wirtschaftspolitischen Entscheidungen für die Zukunft gefällt". In der Tat geht es um mehr als bloß den Kapitalisten und ihrem Anhang eine weitere Milliarde an Steuern zu schenken.

Körperschaftssteuer muß bezahlt werden von den Kapitailgesellschaften wie Aktiengesellschaften und Gesellschaften mit beschränkter Haftung. Diese Unternehmen sind schon ihrer Form nach Mittel der Zentralisation des Kapitals. Kaum ein einzelner Kapitalist könnte soviel Kapital aufbringen (und folglich Produktion in Bewegung setzen) wie in den Aktiengesellschaften zusammengefaßt ist. „Das Kapital, das an sich auf gesellschaftlicher Produktion beruht und eine gesellschaftliche Konzentration von Produktionsmitteln und Arbeitskräften voraussetzt, erhält hier direkt die Form von Gesellschaftskapital (Kapital direkt assoziierter Unternehmen) im Gegensatz zum Privatkapital, und seine Unternehmungen treten auf als Gesellschaftsunternehmungen im Gegensatz zu Privatunternehmungen. Es ist die Aufhebung des Kapitals als Privateigentum innerhalb der Grenzen der kapitalistischen Produktionsweise selbst." (Karl Marx, Das Kapital, Band 3, Seite 452)

Längst bestimmen die Kapitalgesellschaften die Industrie, wenngleich sie nur einen Teil der Produktion bestreiten. Und mittels der Kapitalgesellschaften und der Banken – selbst Aktiengesellschaften – beherrscht eine Handvoll Finanzkapitalisten die Wirtschaft, genügt doch bereits der Besitz eines Teils der Aktien oder Anteile, um die ganze Gesellschaft in der Hand zu haben.



Von 1960 bis 1975 sind die Lohnsteuern um das 8,8-fache gestiegen. 1975 sind sie auf Grund der Steuerreform um 2 % gesunken, aber nur, um schon 1976 erneut wieder viel stärker zu steigen als die nominalen Lohnerhöhungen. Steigen die Löhne weniger als die Preise, sinken sie also real, dann steigen auf Grund der Steuerprogression die Lohnsteuerabzüge dennoch überproportional, so daß die realen Nettolöhne noch stärker geschröpft werden. Diese Wirkung ist durch die Steuerreform nur verstärkt worden.

Zum Beispiel:

Bei 5 % Lohnerhöhung auf 1300 DM brutto steigen die Lohnsteuern von 101,10 DM auf 113,10 DM, also um 11,8 % (Lohnsteuerklasse III ohne Kind).

Bei 5 % auf 1500 DM brutto steigen die Lohnsteuerabzüge von 138,50 DM auf 152,80 DM, also um 10,3 %. Man kann die Beispiele beliebig fortsetzen. Dazu kommen die gestiegenen Sozialabzüge, so daß von einer Lohnerhöhung im Schnitt 40 % übrig bleiben.

Ebenfalls mit der Inflation steigen die indirekten Steuern, die nochmal über 20 % vom Nettolohn fressen. So ist allein das Mehrwertsteueraufkommen von 1960 bis 1975 um das 3,4-fache angewachsen. Die Steuern der Kapitalisten, Einkommenssteuern, Kapitalertragssteuern und Körperschaftssteuern, sind im gleichen Zeitraum dagegen nur um das 2,5-fache gestiegen.

Für die Konzentration in den großen Aktiengesellschaften

Die Körperschaftssteuer wird erhoben auf den jährlichen Gewinn der Kapitalgesellschaften. Der Steuersatz beträgt für einen Teil des Gewinns, der einbehalten wird und das Eigenkapital der Besitzer erhöht, derzeit 52,5 Prozent und für den Teil, der ausgeschüttet wird, 24,6 Prozent. Der Unterschied wird damit begründet, daß auf den ausgeschütteten Gewinn zusätzlich noch Einkommenssteuer erhoben wird. Die geplante Steueränderung soll nun darin bestehen, daß der Aktienbesitzer die Körperschaftssteuer, die auf den ausgeschütteten Gewinn erhoben wird, voll von seiner Einkommenssteuer abziehen kann. Tatsächlich erhält er damit eine Dividende, die etwa 25 Prozent höher ist als bisher.

Natürlich profitieren davon in erster Linie die Großbourgeois. Denn knapp zwei Prozent der privaten Haushalte besitzen 90 Prozent des gesamten Aktienkapitals, im Durchschnitt 125 000 DM, soweit bekannt. Vor allem aber werden die großen Kapitalgesellschaften überhaupt gegenüber den Personengesellschaften wie die KG, Einzelfirmen usw. günstiger gestellt.

Der Bankenverband, die bürgerlichen Parteien und ihre Presse schwelgen davon, wie attraktiv und rentabel die Steuerreform den Aktienbesitz für „mittlere Einkommensschichten" mache. Sie rechnen vor, daß ein höherer Beamter etwa, wenn er sein Geld in festverzinslichen Papieren, auf dem Sparkonto usw. angelegt oder auch verjubelt hat, keine Steuer bezahlen mußte. Wenn er es aber in Aktien angelegt hat, mußte er bisher auf die Dividende etwa 25 Prozent Körperschaftssteuer bezahlen. Das ändert sich nun. Alles verfügbare Vermögen soll verfügbar gemacht werden für die Kapitalgesellschaften, „angelegt" werden, d.h. in Kapital verwandelt und unter der Fuchtel des Finanzkapitals konzentriert werden.

Natürlich wird es jenen Existenzen, die sich gerade hochgedienert haben in die besitzende Klasse, lieb sein, wenn für ihr Wohl gesorgt wird. Der Kern der Sache aber ist, daß das Finanzkapital mehr und alles haben will.

Für die Eroberungsschlachten des Finanzkapitals

Gewaltig haben die Kapitalisten im letzten Jahr die Auspressung der Arbeitskraft gesteigert. Allein von August bis Dezember ist das „Produktionsergebnis je Arbeiterstunde" um etwa 8,5 Prozent auf einen neuen Höchststand gestiegen. Gleichzeitig wurden die Löhne und Gehälter gedrückt, so daß sie bezogen auf die Umsatzeinheit seit Mitte letzten Jahres bis Dezember auf den Tiefstand von Anfang 1974 gesunken sind. Und im gleichen Tempo wie die Arbeiter schneller arbeiten mußten, sind die Profite gesprudelt und die Börsenkurse gestiegen. Die Deutsche Bank schüttet eine um 25 Prozent, die Dresdner Bank eine um 30 Prozent erhöhte Dividende aus. Der Kapitalexport hat im letzten Jahr den höchsten Stand seit Bestehen der BRD erreicht, namentlich betrieben durch die westdeutschen Banken. Benutzt wurde er zur schärferen Erpressung und Ausdehnung des Einflusses gegenüber der Dritten Welt, zum Ausbau der Vorherrschaft unter den Staaten Westeuropas, um gemeinsam mit dem US-Imperialismus den Polizisten zu spielen. Nach dem Kredit an Italien, dessen Vergabe dies vollständig enthüllt hat, berichtete die Wirtschaftspresse bereits darüber, Großbritannien solle nun entsprechend behandelt werden. Letzten Montag hat sich der Vorstand der Deutschen Bank vor der Presse verärgert gegeben, daß dies schon an die Öffentlichkeit gelangt sei. Das könne „nur schaden" – wenn ihre Machenschaften zu öffentlich diskutiert werden. „Der Großindustrie folgen – der mittelständischen Industrie vorauseilen" hat die Commerzbank ihre Rolle bei der Expansion des westdeutschen Finanzkapitals zusammengefaßt. Dazu bedarf es der verschärften Auspressung der Arbeitskraft und der riesenhaften Zusammenballung des Kapitals unter der Fuchtel des Finanzkapitals. Beides wird begünstigt durch die Steuerreform. Konzentration des Kapitals, Stärkung der Monopole bedeutet Aufrüstung für die imperialistische Expansion, Heranschaffung neuer Waffen für die Schlacht der Imperialisten um Märkte, Rohstoffe und Besitz der Welt. Und auch die Einführung des Verlustrücktrags – scheinbar nur den kleineren Kapitalisten dienlich – paßt hervorragend in dieses Konzept; er unterstützt die „mittelständische Industrie", damit sie dem Finanzkapital folgen kann auf seinem Feldzug. – (fb)

Gegen Lohnabbau, kapitalistische Rationalisierung, politische Entrechtung!

Die Gewerkschaft ÖTV hat die Lohn- und Gehaltstarife mit 5 Prozent sowie 85 DM mindestens abgeschlossen und hat in den Strudel dieses Abschlusses auch noch die DPG und die GdED hineingerissen. Als in den letzten Wochen in immer mehr Städten sich die Belegschaften mit ihrem Verlangen nach Kampfaktionen durchsetzten und es zu machtvollen Demonstrationen kam, hatte die Bourgeoisie die Hosen voll. Das Aufatmen, das nach diesem Abschluß durch die Presse ging, spricht Bände. Die „Bild"-Zeitung sprach es in einer Überschrift aus: „Man kann auch von Kluncker lernen." So wild hatte es Heinz Kluncker getrieben: ein Mann, von dem Springer noch lernen kann. Welch ein Lob! Verdient hat sich der Sozialdemokrat das redlich. Es war in den letzten Jahren die Situation lange nicht mehr so günstig für die Arbeiter und so schlecht für ihre Feinde. „Die Welt" beginnt ihre Stellungnahme am Montag mit einem Ausspruch, den sie „einem Gewerkschafter" in den Mund legt. „Entweder wir kriegen einen neuen Bundeskanzler oder einen neuen Gewerkschaftsvorsitzenden." Helmut Schmidt, der sich inzwischen schon über die Grenzen Westdeutschlands hinaus als genialer Lohnsenker feiern läßt, hätte nachgeben müssen. Ohne die Mithilfe der Sozialdemokraten-Fraktion in der ÖTV – geschart um Heinz Kluncker – war dieser Abschluß nicht durchzubringen.

Bundesinnenminister Maihofer bezeichnet den Abschluß als „annehmbaren Kompromiß". Dieser Bewertung haben sich Grotegut von der DAG, Heinz Kluncker von der ÖTV und Boenisch von der „Bild"-Zeitung angeschlossen. Die Millionen Beschäftigten hat keiner gefragt. Ein Kompromiß! Es werden Stellen gestrichen, es wird rationalisiert, Überstunden müssen geleistet werden, kurzum, die Auspressung der Arbeitskraft wird gesteigert. Per Gesetz werden Lohnbestandteile weggekürzt, wie es durch das Haushaltssicherungsgesetz geschah und durch Länderverordnungen weitergetrieben wird. Dann kommt zur gesteigerten Auspressung eine Senkung des Tariflohnes. Als einen „fairen Kompromiß" kann das nur bezeichnen, wer eigentlich Sklaverei einführen will. Das will Maihofer, man soll sich nur sein Aktionsprogramm anschauen und sich an die Schubladengesetze zum Entzug des Streikrechts erinnern.

Gottseidank sei ein Interessenausgleich erreicht worden. Der Abschluß diene der wirtschaftlichen Stabilität, fördere das Wachstum und davon hätten dann die Arbeiter einen Vorteil. Von wegen Interessenausgleich. Für die gesamte Arbeiterklasse bedeutet der Abschluß eine Verletzung ihrer Interessen. Die Arbeiterklasse hat ein Interesse daran, daß der Preis für die Ar-
hat ein Interesse daran, daß der Preis für die Ar-
beitskraft nicht unter das Existenzminimum gedrückt wird. Dazu hätten die 135 DM gerade gereicht. Der jetzige 85-DM-Abschluß wird nicht nur große Teile der Beschäftigten im öffentlichen Dienst in eine sehr schwierige wirtschaftliche Lage bringen. Er wird sich über den Arbeitsmarkt auch auf die anderen Branchen auswirken und den Kapitalisten den Lohndruck erleichtern. Im Unterschied zu den industriellen Abschlüssen, die sich tatsächlich nur auf Lohn beziehen, holt sich die herrschende Klasse bei dem Abschluß im öffentlichen Dienst unter dem Deckmantel einer „Lohnerhöhung" auch noch Milliardenbeträge aus der Staatskasse. Der Abschluß hat die öffentlichen Haushalte mit 8,38 Milliarden DM belastet. Auf alle 3,5 Millionen Beschäftigte verteilt, würde das eine Lohnerhöhung von 161 DM brutto ermöglicht haben. Anders berechnet: Die Mindesterhöhung von 85 DM für alle gleich ausgerechnet, hätte die Kassabelastung bloß 4,4 Milliarden betragen. Wo bleiben diese Milliarden? Sie fließen in die Taschen von Leuten wie Maihofer, von Richtern, höheren Staatsanwälten, Polizeipräsidenten und was man will. Alles unter dem Deckmantel einer Lohnerhöhung. Es ist aber Bereicherung der Bourgeoisie. Da paßt es gut dazu, wenn Tage nach dem Abschluß die Bundestagsabgeordneten beginnen, über eine Verdopplung ihrer Diäten zu verhandeln.

Als „bestandene Bewährungsprobe der Tarifautonomie" hat Innenminister Maihofer diese Sorte von Interessenausgleich bezeichnet. Die „Frankfurter Allgemeine Zeitung" sagt es auch offen: „Der Forderung nach einer Überprüfung der Tarifautonomie im öffentlichen Dienst wäre dann nicht mehr auszuweichen." Aber obwohl Heinz Kluncker die Tarifautonomie vor ihrer Ausnutzung gerettet hat, kommt dieser Tage schon in der bürgerlichen Presse der Ruf nach einer „Reform des öffentlichen Dienstrechts" wieder verstärkt auf. Warum ist das so? Das Streikrecht hat die herrschende Klasse der Arbeiterklasse nicht geschenkt. Es hat die Arbeiterklasse riesenhafte Opfer gekostet, das Streikrecht durchzusetzen. Die herrschende Klasse ist immer bestrebt, das Streikrecht abzuschaffen. Sie arbeitet fortwährend an gesetzlichen Einschränkungen. Das Streikrecht ist bloß soviel wert wie die Kampfkraft der Arbeiter. Deswegen stärkt jeder Streik das Streikrecht, und jedes Nachgeben schwächt es. Das wird man sehen und das sieht man schon. Alles andere ist dummes Geschwätz und Illusionenmacherei über die Ziele der herrschenden Klasse.

Es ist bitter, die Sozialdemokraten in der ÖTV haben die gewaltige Kraft der gewerkschaftlich Organisierten ins Tote laufen lassen können. Jedoch, ein Festival der Klassenversöhnung ist daraus nicht geworden. Die Belegschaften sind jetzt in der Fortführung der Kämpfe, die jetzt unvermeidlich gegen die Rationalisierung, weitere Lohnkürzung und Ausdehnung der Arbeitszeit sowie gegen die politische Entrechtung aufgenommen werden müssen, nicht geschwächt. Sie haben Klarheit über den Charakter der Gewerkschaftsspitze, das ist eine Stärkung, keine Schwächung. Was ist die entscheidende Voraussetzung für Erfolge im Kampf? Daß man sich gar keine Illusionen über die Tatsachen der Klassengesellschaft macht. Solche Illusionen sind in dieser Lohnbewegung zehntausendfach zerbrochen. Das ist eine gewaltige Triebkraft für die weitere Kampfführung.

Die Gewerkschaftsführung schreibt jetzt überall: „Eine Niederlage für die ÖTV war es nicht." Heinz Wolf, Bezirksvorsitzender der ÖTV in Hessen, schreibt: „Trotzdem wir dem Tarifergebnis nicht zustimmen konnten, werten wir es in keinem Fall als Niederlage der ÖTV. Derartigen Deutungen treten wir mit aller Entschiedenheit entgegen. Extremen politischen Spaltergruppen, die solches jetzt sicher behaupten wollen, müssen wir geschlossen und solidarisch begegnen." Das ist durchsichtig. Die selbständige Kritik der Mitglieder an diesem Ergebnis und die Diskussion, wie es hat kommen können, soll unterbunden werden. Man soll damit zufrieden sein, daß Heinz Wolf auch dagegen ist. Es ist schon richtig, eine Niederlage der ÖTV war es nicht. Die gewerkschaftlich organisierten Mitglieder haben gezeigt, daß sie stark sind. Eine andere Sache ist, daß
daß sie stark sind. Eine andere Sache ist, daß
durch die Manöver von Sozialdemokraten die Kapitalisten und ihr Staatsapparat ihre Interessen durchgesetzt haben. Der Sozi irrt sich, wenn er vielleicht meint, diese Erkenntnis sei auf „Spaltergruppen" beschränkt. Das sind die Mitglieder, die diese Tatsachen erkennen. Die Tage für diese Roßtäuscher sind trübe geworden.

Die Bourgeoisie sieht es klar. Die Arbeiterbewegung im öffentlichen Dienst wird sich nicht nach den Worten des ÖTV-Vorsitzenden Heinz Kluncker richten. Der hat seinem Nachgeben die verhaltene „Drohung" hinzugefügt: „Wir hoffen, daß die wirtschaftliche Entwicklung des Jahres 1976 unser Wagnis rechtfertigt, daß uns nicht die Unternehmer das Fell über die Ohnren ziehen bei der künftigen Preisgestaltung und so den Tarifabschluß gegenstandslos werden lassen." Heinz Kluncker meint, bis nächstes Jahr die Tarife wieder offen sind, soll Ruhe herrschen. Aber das ist gar nicht möglich. Diese Lohnbewegung hat einen solchen Schwung gewonnen. Diese Auseinandersetzungen waren der Nährboden für die Kraft der Lohnbewegung, sie wurden die ganze Zeit über weitergeführt, sie werden auch jetzt fortgesetzt. Der große Kommunist und Arbeiterführer Friedrich Engels hat festgestellt: Der gewerkschaftliche Kampf ist die Schule des Klassenkampfes. In dieser Schule hat diese Lohnbewegung einen Schnellkursus in Sachen Klassengesellschaft, veranstaltet von der herrschenden Klasse für mehrere Hunderttausend Arbeiter, bedeutet. Hütet euch, ihr Bourgeois, wir Arbeiter lernen rasch. Wenn wir oft solche „Niederlagen" einstecken, dann seid *ihr* verloren. Darum wär es wirklich nicht schade.



Frankfurt. Bis die Demonstration auf den Römerberg durchgesetzt werden konnte, mußte das Gewerkschaftshaus zwei Monate lang berannt werden.



Wiesbaden. Politische Forderungen sind ein untrennbarer Bestandteil der Lohnbewegung.



Heidelberg. Die Lehrer unterstützen die Kampfaktionen.



Bielefeld. Entlarvung des staatlichen Dienstherrn.



Bremen. Der Lohnkampf wird mit dem Kampf gegen die kapitalistische Rationalisierung verbunden. Die Gepäckannahme am Hauptbahnhof zur Information über die berechtigte Forderung genutzt.

Nach dem 5,4-Prozent-Tarifabschluß

Das Recht auf Zusatzurlaub wurde eingeschränkt

Nach dem Tarifabschluß gehen die Metallkapitalisten daran, den Preis für die War Arbeitskraft weiter zu senken.

Köln. Am Freitag wurde wieder einmal ein „Roter Punkt" (Informationsblatt der Geschäftsleitung für die Mitarbeiter der Klöckner-Humboldt-Deutz AG) verteilt. Hier wurden den Kollegen die Ergebnisse der Tarifverhandlungen mitgeteilt. Und noch etwas wurde den Kollegen mitgeteilt:

War es früher bei KHD üblich, daß die Kollegen, die die Mehrzahl ihrer Urlaubstage im Winter nahmen, zusätzlich einen Tag Urlaub bekamen, so wurde diese Regelung praktisch außer Kraft gesetzt. Die Geschäftsleitung hat festgelegt, diesen Urlaubstag nur noch zu gewähren, wenn der *volle* Urlaub im Winter genommen wird. Damit wird es in Zukunft diesen zusätzlichen Urlaubstag praktisch nicht mehr geben. Denn fast jeder Kollege nimmt zu seinem Haupturlaub zwischendurch mal einen Tag Urlaub.

Damit haben die KHD-Kapitalisten sofort nachgesetzt und einen Teil der Kosten für den Urlaubstag aus dem neuen Tarifvertrag wieder herausgeholt. Ein Kollege griff diese Machenschaften an: „Direkt betroffen von dieser neuen Regelung ist nur ein Teil der Belegschaft. Dadurch ist eine Kampffront gegen diesen Vorstoß der KHD-Herren schwierig zu organisieren. Aber hier wird allen Kollegen ein zugestandenes Recht abgenommen." – (KHD-Betriebszelle)

Gegen Anrechnung

Erfolgreicher Streik

Essen. Von Freitag elf Uhr bis Montag elf Uhr dauerte der Streik der 34 Arbeiter bei der Firma Hansa Rohstoffverwertung. Nach dem Lohnraubabschluß von 5,4 Prozent wollten die Hansa-Kapitalisten gleich noch einen Schritt weiter gehen. Die außertariflich gezahlten Zulagen sollten mit den 5,4 Prozent verrechnet werden. Das hätte weiteren Lohnabbau für die Belegschaft bedeutet. Die Arbeiter forderten: Keine Verrechnung der außertariflichen Zulagen Montag wurde der Streik beendet. Die Hansa-Kapitalisten hatten zugesichert, daß die außertariflichen Zulagen nicht auf die Lohnerhöhung angerechnet werden.

1. Mai: Weg mit dem § 218!

Darmstadt. Die Leitung des Vertrauensleutekörpers der Firma Merck hat beschlossen, sich am 1. Mai unter folgenden Forderungen an der Demonstration des DGB zu beteiligen: Für die Herabsetzung des Rentenalters, Gegen Personalabbau, Für die Übernahme aller Lehrlinge, Für freie gewerkschaftliche und politische Betätigung im Betrieb, Für mehr Arbeitsplätze, Gegen Arbeitshetze, Absicherung der Vertrauensleute im Betrieb, Weg mit dem § 218.

Kapitalisten notwendig? – Für Steinkühler unbedingt

In der letzten Tarifauseinandersetzung sahen sich die Kapitalisten gezwungen, ihre Verwunderung über die Fähigkeit der Arbeiter mitzuteilen, wo und wann immer sie wollen, den Streik zu organisieren.

Diese Fähigkeit müssen die Kapitalisten fürchten. Sie bleiben also nicht bei der Bewunderung stehen, sondern gehen daran, die Einheit, die in der letzten Lohnbewegung verstärkt hervortrat, wieder zu zersetzen. Darauf ist ihre Propaganda ausgerichtet. Zu diesem Zweck haben sie sich letzte Woche Steinkühler von der IG Metall ins Fernsehen geholt. Steinkühler war maßgeblich beteiligt am „Ludwigsburger Kompromiß" und damit an der Unterbindung der weiteren Entfaltung der Streikbewegung der Metallarbeiter. Er wurde in der Sendung „Bilanz" interviewt.

Steinkühler, der die Versöhnung der Arbeiterklasse mit der Kapitalistenklasse anstrebt, und wenn es dreimal auf Kosten der Arbeiter geht, wird als Sprecher der Arbeiterbewegung vorgeführt, einer, der nicht die Kraft der Arbeiterklasse als produzierende Klasse dokumentiert, sondern die Schwäche und die Abhängigkeit der Arbeiterklasse von der Kapitalistenklasse beschwört, um die gewonnene Selbständigkeit und Einheit wieder zu zerstören.

Damit das fehlerfrei funktioniert, unterstellen die Reporter Steinkühler etwas, was er sowieso nicht will. Er wird gefragt, ob die Gewerkschaft jetzt auf totale Konfrontation gehe und ob es nicht Verketzerung des Tarifpartners sei, was die IG Metall in der Tarifauseinandersetzung gemacht habe. Er antwortet darauf, daß die Arbeitgeber „schamlos und hemmungslos die Tatsache von einer Million Arbeitslosen gegen die Arbeitnehmer verwandt haben". Daraufhin wird ihm vorgehalten, daß diese Stellungnahme wohl bedeute, daß die Gewerkschaft die Unternehmer abschaffen wolle und eine neue Ordnung wünsche. Dagegen muß sich der Sozialdemokrat strikt verwahren. „Kein Mensch will Arbeitgeber abschaffen", rechtfertigt er sich. Nun war es für die Reporter reif, von ihm eine Distanzierung von den Warnstreiks zu erhalten. Rechtsbruch wird der Gewerkschaft vorgeworfen, weil sie die Streiks trotz Friedenspflicht unterstützt habe. „Arbeitnehmer können ja nicht zum Richter laufen, sie können nicht ins Fernsehen gehen, sie können nicht in die Zeitung gehen und sagen, was die Arbeitgeber tun, ist Unrecht. Sie haben nur die Möglichkeit, die einzige Möglichkeit, nämlich ihre Arbeitskraft für 15 Minuten oder 20 Minuten zu verweigern, um dadurch ihren Protest über Dinge, die sie in ihrer Existenzmitte berühren, zum Ausdruck zu bringen." Steinkühler wurde sofort mit der Friedenspflicht gewunken, und sofort war er bereit, die Streiks nicht als wirksames Kampfmittel der Arbeiter zu rechtfertigen, sondern sie als Protest zu entschuldigen. Die Arbeiter dagegen sagen: Diese Streiks waren zu kurz, um die Kapitalisten zu schlagen, und sie waren keineswegs alles, was die Arbeiter an Streikkämpfen organisieren können. Deswegen kommen die Arbeiter auch nicht in das Fernsehen, sondern Steinkühler, zu den Arbeitern kommt bloß die Polizei, die sie bespitzelt.

Für Steinkühler, der Bezirksleiter bei der IG Metall wie auch bei der SPD ist, sind 15 oder 20 Minuten gerade angemessen. Mehr, das würde die Ruhe im Lande stören. Deswegen ist er auch mitten in die Entwicklung der Streikbewegung mit einem Abschluß geplatzt, um die Streikbewegung zu brechen. Daß das gelungen ist, reicht ihm noch nicht. Jetzt versucht er gemeinsam mit bürgerlichen Journalisten vom Bildschirm herunter die Einheit der Arbeiter zu zersetzen, indem er ihnen Schwäche und Unfähigkeit bescheinigt. Steinkühler stellt sich hin und will durch sein Bekenntnis „Kein Mensch will Arbeitgeber abschaffen" wieder verschütten, was in der Streikbewegung deutlich geworden ist:

Daß die Kapitalisten hilflos in der Luft zappeln, wenn die Arbeiter die Produktion einstellen, daß nicht die Arbeiter von den Kapitalisten abhängig sind, sondern umgekehrt, weil die Arbeiter die Produzenten sind und die Kapitalisten sich die Produkte nur aneignen. Das ist deutlich geworden, und die Bourgeoisie muß daran gehen, diese Erkenntnis so schnell wie möglich wieder wegzuschaffen. Steinkühler ist ihr dabei zur Seite gesprungen. – (db)

Streik im Großraumbüro bei Eternit

„Die Gummibäume gedeihen hervorragend – die Menschen gehen ein"

Westberlin. Bei Eternit (Asbestzementerzeugnisse) gibt es in der Westberliner Verwaltungszentrale 400 Angestellte. Eine Folge der Rationalisierungsmaßnahmen im Angestelltenbereich war der Aufbau einer Zentralen Textverarbeitung. Die Geschäftsleitung führte zuvor eine Untersuchung durch, um herauszubekommen, wie dabei ein Teil der Angestellten entlassen werden kann und wie organisiert werden kann, daß zweien die Arbeit aufgeladen werden kann, die vorher drei machten. Das war der Beginn.

Die Abteilung Zentrale Textverarbeitung (ZTV) wurde im Februar 1976 eingerichtet. Im gleichen Raum befindet sich die Locherei.

In der ZTV sind 10 Kollegen, in der Locherei 20 beschäftigt.

Aufgaben der ZTV: sämtlicher Schriftverkehr von verschiedenen Abteilungen, Einsatz von Textspeichergeräten, fast ausschließlich Phonodiktat, Fernschreiben.

Kontrolliert wird das Ganze von einer Aufseherin und Arbeitszetteln, die erkennen lassen, wann, zu welcher Zeit, in wieviel Minuten wer wieviel und welche Zeilen geschrieben hat.

An Geräten gibt es eine IBM 82 mit Magnetband, zwei Infotec-Textspeichergeräte mit Kassetten und eine Datic-Anlage, die das Vier- bis Siebenfache an Anschlägen hat.

Weiter befinden sich in dem 160 qm großen Raum eine Sterndiktatanlage (10 Empfangsgeräte und Abhörgeräte), ein Fernschreiber, zirka 15 Lochmaschinen, zirka 12 Schreibmaschinen und 2 Rechenmaschinen.

Arbeitsbedingungen: Zwei verschiedene, jeweils für sich schon sehr lärmintensive Abteilungen sind in einem Raum zusammengepfercht.

Der Arbeitsplatz der Locherinnen ist sehr beengt. Zwei Kolleginnen haben zusammen einen Schreibtisch für Korrektur, Ablage, Sortierarbeiten, außerdem stehen noch kleinere Geräte auf dem Schreibtisch.

Die Datic-Anlage wird von allen Moped genannt, wegen dem Krach. Die Klimaanlage funktioniert nicht, es ist ständiger Zug im Raum. Die Durchschnittstemperatur beträgt 25 Grad. Die Luftfeuchtigkeit ist ähnlich wie im Tropenhaus.

„Die Gummibäume gedeihen hervorragend, die Menschen gehen ein, außerdem stinkt es nach faulen Eiern."

Die Folge sind Augenbeschwerden, Kopfschmerzen, Atembeschwerden, Heiserkeit und Schlafstörungen. Ständig sind deswegen Kollegen krank.

Seit Einrichtung der Zentralen Textverarbeitung gab es ständige Anklagen gegenüber den Chefs wegen der Arbeitsbedingungen, die aber nicht gemeinsam vorgetragen wurden. Die Reaktion der Chefs: Zur Zugluft – „Ihr müßt euch wärmer anziehen" (bei 25 Grad!). Zum Gestank – „Die Chefs haben nie was gerochen". Zum Lärm – „Ist doch erträglich".

Donnerstag, 8.4., 7 Uhr. Der Gestank hat allen gestunken. „Bevor wir uns dran gewöhnen, gehen wir diesmal raus."

Alle sind rausgegangen.

Eine Kollegin meinte: „Das ist ja ein Streik!" – „So! Na – dann ist es ein Streik."

Einige Angestellte machten die Chefs an. Der Betriebsrat wurde angerufen. Nach drei Stunden reagierte die Geschäftsleitung und gab zu, daß es stinkt und holte Klimafachleute. „Wir arbeiten nicht eher, bis es aufhört, zu stinken."

Während der drei Stunden ist bewußt geworden, daß wir wochenlang durch einzelnes Reden nichts erreicht haben. „Wenn man zusammenhält und aufhört zu arbeiten, entwickeln die Chefs auf einmal ganz irre Aktivitäten und es tut sich was." Mittlerweile hatten mehrere Kolleginnen sich übergeben. Allen war schlecht.

Nach drei Stunden wurde uns gesagt, der Gestank sei weg und wir sollten wieder anfangen zu arbeiten, offensichtlich hätte ein großer Unbekannter Stinkbomben in die Luftschächte geschmissen . . .

Großer Lacherfolg, da scheinbar schon wochenlang der Unbekannte nichts anderes zu tun hatte. Trotzdem gehen alle rein. Es stinkt immer noch. Alle wieder raus. „Wir gehen nicht eher wieder rein, bis die Ursache behoben ist."

Drohung des Abteilungschefs der Locherei: „Meine Damen, ich würde da vorsichtig sein, das könnte Ihnen als Arbeitsverweigerung ausgelegt werden, und Sie wissen ja, was das für Folgen hat." Folge: Keiner geht rein.

11.30 Uhr: Erster Erfolg.

Die notwendigsten Maschinen werden in andere Räume verteilt. Ein Notdienst wird eingerichtet.

Die Geschäftsleitung muß zugestehen, daß die Kollegen nicht mehr in dem Raum arbeiten und muß in die Wege leiten, daß Klimatechniker die Ursache herausfinden.

Freitag, 9.4.

Der Gestank ist weg, aber immer noch Treibhausluft. Kollegen: „Wir gehen nicht eher in diesen Raum, bis die Luft erträglich ist."

Ergebnis der Klimafachleute: Die Klimaanlage ist nicht dafür gebaut, daß so viele Maschinen und Menschen im Raum sind, sondern sie war für das frühere Rechenzentrum der Technischen Universität gedacht, wo weniger Maschinen drin standen und nur zehn Personen arbeiteten.

Im Laufe des Tages stellten die Angestellten fest: „Der Gestank war nur der Anlaß für Streik, der Grund waren die ganzen Arbeitsverhältnisse, insbesondere der Lärm und die Hetze. Diese Arbeitsverhältnisse sind durch den Gestank öffentlich geworden. Der ganze Betrieb weiß jetzt Bescheid, daß wir uns das nicht mehr bieten lassen."

Am Freitag kam dann auch der Betriebsrat und unterstützte die Forderungen der Angestellten. – (e., Westberlin)

Für klassenbewusste, kampfstarke Einheitsgewerkschaften!

Die Arbeit der Kommunisten in den Gewerkschaften

KBW Kommunistischer Bund Westdeutschland

Preis: 1,00 DM

Zu beziehen über:
Buchvertrieb Hager GmbH
Postfach 5129
6800 Mannheim

Interview: Akkord im Reißverschlußwerk Opti Essen

„Als erstes gegen den Akkord auflehnen"

Du bist Arbeiterin bei Opti, was machts du da?

Ich arbeite an der Schneidemaschine im Akkord und muß da die Reißverschlüsse durchschneiden. Ein sehr genaues Augenmaß mußt du dazu haben. An der Maschine ist eine längliche Stange mit zwei quergestellten Stangen dran, und da mußt du mit beiden Beinen draufstehen. Mir tun abends die Beine sehr weh.

Wieviel bekommst du für deine Arbeit bezahlt?

Wenn ich den Akkord schaffe, komme ich über 6 DM, sonst darunter. Um den Akkord zu schaffen, muß ich 24000 Reißverschlüsse am Tag machen.

24000 Reißverschlüsse am Tag, das sind bei 8 Stunden 50 in der Minute. Kann man das überhaupt schaffen?

Nein. Die Frauen schneiden und schneiden und versuchen, den Akkordsatz zu erreichen. Dann merken sie, daß es doch nicht klappt. Und das geht so jeden Tag, nur mit mehr Hetze jeden Tag hinterher. Bei anderen Arbeiten, z.B. der Endkontrolle, arbeiten verschiedentlich die Frauen in den Pausen, um den Akkord zu schaffen.

Wie hat sich die tarifliche Lohnerhöhung auf den Akkord ausgewirkt?

Insofern, daß in einigen Akkordbereichen mehr gearbeitet werden muß.

Wie kommt das?

Ich glaube dadurch, daß in einigen Bereichen die Akkordzahlen sehr niedrig waren, zum Beispiel im Spritzraum. In dem Moment, wie der Lohn gestiegen ist, sind auch die Akkordzahlen gestiegen.

Wie hoch ist den Lohn bei euch?

Grundlohn (ohne Akkordleistung) ist bei 18 Jahren 5,33 DM und bei 20 Jahren 7,50. In meiner Schicht sind viele unter 20.

Wie sind sonst die Arbeitsbedingungen bei Opti?

Miserabel! In der ersten Zeit habe ich nicht empfunden, daß es laut ist. Aber jetzt empfinde ich das von Tag zu Tag immer mehr. Es ist schmutzig, weil die Reißverschlüsse ziemlich staubig sind.

Wie ist es mit den Arbeitsbedingungen in anderen Bereichen?

Im Spritzraum ist es meiner Auffassung nach menschenunwürdig, da es da so furchtbar stinkt. Da werden Reißverschlüsse zusammengeschweißt, dabei wird Dampf abgelassen und der Dampf stinkt. Weil es da unten so furchtbar stinkt, ist eine Kollegin umgekippt. Außerdem muß man im Spritzraum sehr schwer heben als Frau.

Vier Putzfrauen müssen das ganze Gebäude putzen. Jetzt, im Augenblick, nur drei, da die Rosi in Urlaub ist. Jede Putzfrau muß mindestens zwei Abteilungen putzen. Eine Abteilung ist so groß wie ein Fußballfeld, ein bißchen kleiner vielleicht.

Im ganzen Betrieb werden die Arbeiterinnen unterdrückt und ausgenützt.

Was kann man dagegen tun?

Als erstes gegen den Akkord auflehnen, daß der ganz abgeschafft werden müßte . . .

Und zweitens gegen die Einschüchterung. Wenn wir nicht nach denen ihrer Pfeife tanzen, dann heißt es, dann können Sie ja gehen.

Bei Opti arbeiten über 800 Kollegn. Die Opti-Kapitalisten produzieren Reißverschlüsse (Opti-lon). Hauptsächlich arbeiten Frauen im Betrieb, darunter viele ausländische Kolleginnen, vor allem türksiche. Der Akkord ist höllisch.

Viele Frauen sind verheiratet und müssen arbeiten, weil die Familie auf ihr Geld angewiesen ist. Das wissen die Opti-Kapitalisten. Sie halten den Lohn kurz, um die Akkordschraube besser anziehen zu können. Die große Mehrzahl der Frauen ist in die unteren Lohngruppen eingestuft. Die tarifliche Lohnerhöhung (Opti hat Haustarif) lag Anfang des Jahres bei durchschnittlich 4,7 %.

Die Opti-Kapitalisten nutzen den Druck durch das Arbeitslosenheer (Essen: 14283 im Februar), um den Arbeitern den unmenschlichen Akkord und die unmenschliche Arbeitsqual aufzuzwingen.

Durch den Akkord, durch die Überarbeit wird die Arbeitskraft der Arbeiter zerstört. Krankheit und frühe Invalidität sind die Folgen für die Arbeiter. Dagegen ist es das Interesse der Arbeiter, ihre Arbeitskraft und ihre Gesundheit zu erhalten.

Am 1. Mai, dem internationalen Kampftag der Arbeiterklasse, werden die Arbeiter die Forderung nach Verbot der Akkordarbeit auf die Straße tragen.

Urabstimmung für Streik in der Druckindustrie

9 Prozent, mindestens aber 140 DM

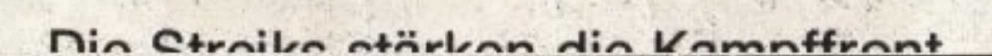
Wiesbaden. Letzte Woche marschierten die Arbeiter der Abteilungen Offset, Filmschnitt und Buchdruck der Wiesbadener Graphischen Betriebe zum Betriebsrat und diskutierten über den Stand der Schlichtung. Ein Telegramm an die Große Tarifkommission wurde abgeschickt, wo die Tarifkommission unterstützt wurde, da sie das Schlichtungsergebnis von 5,4 Prozent ablehnte. Gesagt wurde, daß die Kollegen weiterhin hinter den 9 Prozent, mindestens 140 DM stehen. (Siehe KVZ Nr. 14) Letzten Dienstag, dem Tag, an dem das oberste Schiedsgericht zusammentrat, wurde die Arbeit niedergelegt.

Voraus ging letzte Woche eine Betriebsausschußsitzung der Vertrauensleute und Betriebsräte aus allen Betrieben des Ortsvereins, wo die Kollegen über die Notwendigkeit von Aktionen berieten. Denn klar war, daß die Kapitalisten nicht nachgeben würden und zusammen mit ihrem Schlichter auf ihren 5,4 Prozent beharren würden. Anfang der Woche kam der Lohnraubabschluß im öffentlichen Dienst hinzu. Man konnte also nicht sicher sein, daß die IG-Druck-Tarifkommission standhält, nachdem schon die sozialdemokratische Führung der ÖTV abgeschwenkt war. Die Druck-Kapitalisten konnten also eine härtere Linie fahren. Deswegen war das Festhalten an Aktionen und Streiks genau das Richtige. Gewerkschafter, Kollegen aus verschiedenen Abteilungen der Wiesbadener Graphischen Betriebe trafen sich am Montag, um die Lage zu diskutieren. Dabei tauchten zwei Linien auf im Kampf um den Lohn. Einige Kollegen meinten, daß durch den Lohnraubabschluß im öffentlichen Dienst nun ein Rückschlag eingetreten sei und daß
schluß im öffentlichen Dienst nun ein Rückschlag eingetreten sei und daß
man kaum mehr etwas rausholen könne. Aktionen hätten keinen Zweck mehr, höchstens daß man nach der Schlichtung noch etwas – nach Ostern – unternehmen könnte. Die anderen Kollegen vertraten die Position, daß man gerade jetzt etwas unternehmen müsse. Die Sache wäre sonst gelaufen, wenn man jetzt nicht den Kapitalisten zeigen würde, daß die Druckarbeiter für die Durchsetzung der 9 Prozent, mindestens 140 DM kämpfen. Der Vorschlag wurde bekräftigt mit dem Hinweis auf den Tatbestand, daß aus der Gewerkschaftsführung jemand umfällt, wenn er nicht merkt, daß die Kollegen voll Front stehen. Die Position, die für Kampf war, daß ohne Aktionen und Streiks die Kapitalisten nicht in die Knie zu drücken sind, setzte sich in der Debatte durch.

Am Dienstag, nach der ersten Frühstückspause, stellten die Kollegen der Offset bei den Wiesbadener Graphischen Betrieben ihre Maschinen ab. Dann kamen die Kollegen aus der zweiten Frühstückspause (Buchbinderei, Setzerei) durch die Abteilung. Eine Diskussion entwickelte sich, und die Kollegen schickten nach dem Betriebsrat, der zu dieser Zeit tagte. Zu dieser Zeit standen 50 Kollegen zusammen. Der Betriebsrat kam, die Kollegen trugen ihre Forderungen vor: eine Delegation wählen, die zur Geschäftsleitung geht und verlangt, daß eine Zusage gemacht wird zu der Nichtanrechnung auf die übertariflichen Zulagen und daß sie beim Bundesverband Druck (Kapitalistenverband) anruft, um zu sagen, daß die Kollegen im Betrieb sauer seinen und daß sie der Gewerkschaftsforderung nachgeben sollten. Drei Kollegen wurden in die Delegation gewählt. Es stellte sich aber heraus, daß niemand von der Geschäftsleitung anwesend war. Jetzt wurde ein Telegrammtext an die Große Tarifkommission diskutiert, der besagt, daß sie an den Forderungen festhalten soll. Die Kollegen gingen an ihre Arbeit. Die Delegation traf um 11 Uhr jemand von der Geschäftsleitung an, und zwar den Betriebsleiter, und trug die Forderungen vor, zu der er Stellung nehmen sollte nach der Mittagspause. Er sagte nein. Allerdings gab der Betriebsrat später bekannt, daß er zugesagt habe. Die Kollegen versammelten sich also um 13.10 Uhr in der Kantine und trugen nochmals die Forderungen vor. Der Betriebsleiter sagte, er könne zwar beim Bundesverband Druck anrufen und sagen, daß Unruhe im Betrieb sei, aber sagen, daß den Forderungen der Gewerkschaft nachgegeben werden soll, das könne er nicht tun. Die Zusicherung, daß die Tariferhöhungen nicht auf die übertariflichen Zulagen angerechnet werden, gab er auch nicht. Er sagte nur, sie hätten noch nie angerechnet. Außerdem sei jetzt Friedenspflicht, und die Arbeiter hätten einen Warnstreik durchgeführt. Das würde am Schwarzen Brett stehen. Großes Gelächter. (Am Schwarzen Brett stand der Telegrammtext, in dem am Ende stand, daß die Kollegen die Arbeit niedergelegt hätten.) Aber wir haben doch nur die Arbeit niedergelegt, und wenn man mit dem Betriebsrat reden will, kann man doch nicht die Maschinen hinter sich herziehen, sagten die Kollegen. Er drohte noch, daß diese Zeit der Arbeitsniederlegung nicht bezahlt würde. Was bei Kampfbereitschaft der Kollegen natürlich ins Auge gehen kann

Im Wiesbadener Bezirk haben in sieben Druckereien Aktionen und Streiks stattgefunden: Druckerei Nakken (5-Mann-Betrieb, außerordentliche Betriebsversammlung), Köhler & Henemann (25 Kollegen gingen zum Betriebsrat). Von der Druckerei Ritter wurde ein Telegramm an die Tarifkommission geschickt. Die Arbeit wurde niedergelegt bei Chmielorz, Buchbinderei und Repro, bei Druckerei Rasche und den Wiesbadener Graphischen Betrieben, außerdem bei der Limburger Vereinsdruckerei.

Am Abend wurde bekannt, daß die Schlichtung gescheitert ist. Die Kapitalisten bleiben auf ihren 5,4 Prozent. Das hat die Tarifkommission ablehnen müssen. Der Hauptvorstand der IG Druck hat aufgefordert, die Überstunden und Sonderschichten zu verweigern. Die Kollegen haben sich durchgesetzt. Jetzt gilt es die Urabstimmung für den Streik für 9 Prozent, mindestens 140 DM zu fordern. Noch ist nicht gesichert, daß die Sozialdemokraten sie ohne weiteres durchführen. Die Aktionen und Streiks müssen fortgesetzt werden. Das stärkt die Kampffront. Das bringt die Urabstimmung. – (Zelle Wiesbadener Graphische Betriebe)



Die Streiks stärken die Kampffront

Am Dienstag, dem 13. April, streikten in zahlreichen Städten der Bundesrepublik Druckarbeiter gegen die 5,4 Prozent, denen die Druckkapitalisten in der Schiedskommission zustimmten. Die Tarifkommission hat unter dem Druck der Streiks und Aktionen ablehnen müssen. Gestreikt wurde unter anderem in den Städten:

München. Eine halbe Stunde lang streikte die Tagesschicht im Offset der Franzis-Druck

Eine Streikversammlung hielten 250 Arbeiter der Technik der „Süddeutschen Zeitung" am Dienstag während des Streiks durch Sie bekräftigten in einer Erklärung an die Druckkapitalisten ihre Forderung nach 9 Prozent, mindestens 140 DM. Die Direktion versuchte mehrmals vergeblich, die Kollegen wieder an die Arbeit zu bringen.

Köln. In der Anzeigensetzerei der Kölnischen Verlagsdruckerei („Kölnische Rundschau") hat die Spätschicht am Dienstag nach Bekanntwerden des Schlichtungsvorschlags eine Dreiviertelstunde die Arbeit niedergelegt Am Montag, 12. April, kam es in der Maschinensetzerei und in der Mettage des Kölner Stadt-Anzeigers zu einer spontanen 45-minütigen Arbeitsniederlegung.

Frankfurt. Im Bezirk Frankfurt streikten die Drucker in den Betrieben Noeller in Kriftel, bei Dern-Druck und Vogel, Neu-Isenburg. In Frankfurt: Frankfurter Rundschau, Societätsdruckerei, Lohse, Weißbekker, Kern & Börner, Kirst, Westdeutsche Verlagsanstalt und Druck GmbH.

Bremen. Bei Europa-Carton hat die Frühschicht (100 Arbeiter und Angestellte) nach dem Frühstück 20 Minuten gestreikt.

Köln. Die Belegschaft des Druckhauses Deutz hat am Dienstag Morgen, 13.4., eine Stunde gestreikt

Westberlin. Am letzten Donnerstagabend und Freitagmorgen wurde in der Westberliner Mercator-Druckerei, in der der „Tagesspiegel" und der „Abend" gedruckt werden, gestreikt.

Essen. 1300 Druckarbeiter bei Girardet streikten am 7. April gegen das 5,4-Prozent-Angebot.

Springen/Taunus. 80 in Gewerkschaftsseminaren der IG Druck und Papier zusammengefaßte Kollegen forderten in einer Erklärung an den Hauptvorstand, die Forderung von 9 Prozent und mindestens 140 DM müsse unbedingt durchgesetzt werden.



Die Massen organisieren den Kampf gegen die Stillegung.

Die Massen organisieren den Kampf gegen die Stillegung.

Gegen die Stillegung von VFW Speyer

7 000 auf der Großkundgebung

Speyer. „1300 VFW-Kollegen sind wichtiger als sämtliche Kapitalisten zusammen", so lautete eines der vielen Transparente und Schilder, die auf der VFW-Großkundgebung auf dem Speyerer Marktplatz am 8. April zu sehen waren. Andere Parolen waren: „Die Arbeitnehmer geh'n zum Teufel – die Unternehmer leider nicht", „Arbeiter arbeiten – Politiker reden, reden . . .", „Kampf dem Abbau der Arbeitsplätze – Kampf der Verschärfung der Arbeitshetze". In zwei großen Demonstrationszügen marschierten die Menschen durch die Innenstadt zum Marktplatz, Arbeiter und Angstellte von VFW, Kollegen aus anderen Betrieben, Hunderte aus den Umlandgemeinden.

Auf der Großkundgebung sprachen Mundt und Pleitgen von der IG Metall, Pfarrer von der Speyerer Bürgerinitiative zur Erhaltung der Arbeitsplätze, der Speyerer Oberbürgermeister Roßkopf und der Vorsitzende des Speyerer VFW-Betriebsrats Weber.

Als bekanntgegeben wurde, daß sich die beiden Speyerer Bundestagsabgeordneten Büchner (SPD) und Gölter (CDU) entschuldigen ließen, ging ein gellendes Pfeifkonzert los. Viele Menschen meinten, die wollten sich verdrücken, weil man ihren Reden schon keinen Glauben mehr schenkt.

Wie weit die Solidarität mit den Kollegen von VFW inzwischen geht, konnte man an den vielen Solidaritätsadressen ablesen. Es kamen Solidaritätsadressen u.a. von den Kollegen bei Dornier München und Opel Rüsselsheim.

Die Großkundgebung war ein weiterer Schritt, um die Entschlossenheit im Kampf gegen die von den VFW-Kapitalisten geplanten Massenentlassungen zu festigen.

Wie notwendig dies ist, zeigt eine Presseerklärung, mit der die VFW-Konzernleitung einen Tag danach auf die Großkundgebung antwortete. In dieser Presseerklärung gab sie bekannt: Nach wie vor ist nicht vom Tisch, daß die Arbeitsplätze auf etwa 450 abgebaut werden sollen. Nachdem die Solidarität mit dem Kampf gegen die geplante Stillegung immer breiter geworden war, hatte die Konzernleitung zunächst einmal die geplante Massenentlassung von 900 beim Arbeitsamt zurückgezogen und inoffiziell verlauten lassen, daß jetzt ein Abbau auf „nur 800" vorgesehen sei.

Chemie

Was oben und unten verdient wird

Auf 190 Millionen DM hat der Kapitalistenverband Arbeitsring Chemie die Kosten für jedes Prozent Erhöhung der Bruttolohn- und -gehaltssumme in der Chemieindustrie beziffert. Die Gesamtsumme der in der Chemieindustrie gezahlten Löhne und Gehälter wird mit 19 Milliarden jährlich angegeben (Blick durch die Wirtschaft, 10.4.76). Der Durchschnitswochenlohn der 328 508 Chemiearbeiter wird von der amtlichen Statistik für Juli 1975 mit 432 DM angegeben. Das macht jährlich 432 mal 52 mal 328 508, eine Bruttolohnsumme von 7,38 Milliarden DM. Für die 250091 Angestellten wird ein monatliches Durchschnittsbruttogehalt von 2454 DM angegeben, was 2454 mal 12 mal 250091 eine jährliche Bruttogehaltssumme von 7,36 Milliarden DM ausmacht. Angenommen, Urlaubsgeld, Weihnachtsgelder, einmalige Prämien machen im Durchschnitt nochmal ein volles 13. Monatsgehalt aus, so kommen noch einmal insgesamt 1,23 Milliarden DM dazu. Es bleibt zwischen der Summe der Arbeiterlöhne und Angestelltengehälter, insgesamt 16 Milliarden, und der vom Chemiekapitalistenverband angegebenen Summe von 19 Milliarden ein nicht aufzufindender Rest von gut 3 Milliarden oder fast einem Sechstel der Gesamtsumme. Man kann davon ausgehen, daß sich dahinter die Summe verbirgt, mit der die Chemiekapitalisten die außertariflich bezahlte Managerschicht schmieren, vom leitenden Angestellten aufwärts. In keiner offiziellen Statistik sind deren Gehälter erfaßt. Nach Angaben der Chemiekapitalisten von 1969 machten die leitenden Angestellten 6,8 Prozent der Belegschaften aus. Setzt man den Anteil als unverändert, wären das im September 1975 etwa 39500 gewesen. Im Durchschnitt entfallen auf jeden von ihnen aus diesem Schmierfonds etwa 76000 DM jährlich, wobei der Unterschied zwischen den Spitzen und den unteren Rängen hierbei noch mal beträchtlich sein dürfte. Da wir in der Berechnung die 39500 Leitenden schon mit 2454 DM monatlichem Durchschnittsgehalt bei den Angestellten einkalkuliert hatten, kommt man auf das monatliche Durchschnittsgehalt eines Leitenden von 2454 DM plus 76000 DM geteilt durch 12 oder 6333 DM ist gleich 8787 DM. Das muß man sich vor Augen halten, wenn die Herren aus der Geschäftsleitung das hohe Lied von der notwendigen Zurückhaltung bei der Lohnrunde singen.

Tatsächlich würde allein die Kürzung ihrer über den Durchschnitt der Angestelltengehälter hinausgehenden Bezüge um die Hälfte für jeden Arbeiter und Angestellten der Chemieindustrie eine monatliche Bruttolohnerhöhung von 231 DM bedeuten. Diejenigen Bestandteile des Profits, womit die Aktionäre für ihr Nichtstun entschädigt werden und die, wovon neue Betriebe gekauft oder errichtet werden, sind dabei überhaupt nicht mitberechnet.

Vom Sozialamt zur Zwangsarbeit gezwungen

Frankfurt/M. Mein Nachbar ist Vater von vier Kindern und schon lange arbeitslos. Er hat eine schwere Rückgratverkrümmung und ist stark gehbehindert. Die Gesundheit seiner Frau ist ebenfalls nicht mehr zum besten. Sie versorgt die Kinder – ein Säugling, ein Kind im Kindergartenalter und zwei Schulkinder.

Das Sozialamt hat die Mietzahlung übernommen und zahlt zum Unterhalt dieses sechsköpfigen Haushalts wöchentlich um die 165 bis 170 DM. Nicht genug zum Leben – zuviel zum Sterben, und oft im Monat klingelt ein Kind an der Tür und fragt, ob man mit Milchgeld oder fürs Brot aushelfen kann.

Nicht genug damit, daß die Familie zu diesem Elendsgeld auch nur kommt durch den dauernden Bittstellergang zum Sozialamt. Kam dem Vater doch neulich eine Vorladung des Sozialamts ins Haus geflattert. Darin hieß es, er sei zum Erscheinen verpflichtet bezüglich der Erhaltung des Sozialhilfebezugs. Der Mann war dieser Aufforderung nachgekommen und erfuhr vom Sozialarbeiter, daß er umgehend zur Zwangsarbeit verpflichtet worden ist. Für 1 DM pro Stunde soll er büßen, daß er Sozialhilfeempfänger ist. Sollte er die Arbeitsleistung nicht erbringen, so erfuhr der Mann, müsse er umgehend mit dem Entzug der Sozialhilfe rechnen. Man hat ihn zum Gartenbau geschickt, und was mit seinem Rücken ist, das wird dann wohl später dem Gesundheitsamt überlassen. Der Mann hat gesagt, daß ihm jetzt schon alles egal ist – wenn man ihm die Sozialhilfe entzieht, dann wird er seine vier Kinder nehmen und mit ihnen solange im Sozialamt bleiben, bis sich was rührt. Ob die verhungern, hat er gesagt, das war denen völlig egal.

Die Stadt erpreßt auf diese Weise von den Sozialhilfeempfängern Billigstarbeit – mit dem Effekt, daß sie Beschäftigte des öffentlichen Dienstes einspart und ihren Lohn herabdrückt. Die Arbeitslosen und Sozialhilfeempfänger der kleinlichsten, gehässigsten Schikane und Bevormundung durch den bürgerlichen Staatsapparat. – (e., Frankfurt)

Neuerliches Gelöbnis im Krankenhaus verlangt:

Widerstand statt Treue

Hamburg. Die Dienstherren verschärfen die Arbeitsbedingungen im öffentlichen Dienst durch Lohnabbau und Rationalisierungen. Der Widerstand dagegen ist da und entwickelt sich weiter. Die Bourgeoisie muß mit verstärkter Entrechtung antworten.

Im Universitätskrankenhaus Eppendorf (UKE) wollte sie die Belegschaft durch ein neuerliches Gelöbnis einschüchtern. Erneut gelobt werden sollte, was schon bei der Einstellung getan werden mußte: „Ich werde meine Dienstobliegenheiten gewissenhaft erfüllen und das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland sowie die Gesetze wahren." Außerdem soll man das Inkrafttreten neuer Gesetze zur Kenntnis nehmen und „genehmigen", womit auch das neuerliche Gelöbnis begründet wird.

Dies stieß, soweit bekannt, vor allem in der Krankenpflegeschule des UKE auf breiten Protest. Man sah es als Einschüchterung und Schikane an, was da verlangt wurde. Es entwickelte sich eine Debatte um das besondere Dienstrecht, was Verschwiegenheit und Treue zur freiheitlich demokratischen Grundordnung vorschreibt. Der Zweck der Schweigepflicht wurde enthüllt, und es bestand Einigkeit, daß das Vertuschen der Zustände im öffentlichen Dienst nicht im Interesse des Volkes ist und man daher dagegen auftreten muß. Auch die freiheitlich demokratische Grundordnung wollten etliche nicht ohne weiteres ein zweites Mal gelobigen. Drei Kurse beschlossen, der Aufforderung nicht ohne weiteres nachzukommen.

Die Herren der Verwaltung kamen nun in die Schule und wollten die Unterschriften eintreiben. In einem Kurs versuchten sie's schon, mußten aber erst einmal mit leeren Händen wieder davonziehen. Begrüßt wurden sie am 1. April mit der Frage, ob dies ein April-Scherz sein solle oder nicht. Diese Frage zeigt wahrlich nicht viel Achtung vor einem Akt, den die Herren so würdevoll durchziehen wollten. Ihnen wurde dann noch mitgeteilt, daß das Gelöbnis heute sowieso nicht über die Bühne geht, da man darüber noch alleine diskutieren wolle. „Darüber zu diskutieren, ist nicht statthaft", war die Antwort der Herren.

ren so würdevoll durchziehen wollten. Ihnen wurde dann noch mitgeteilt, daß das Gelöbnis heute sowieso nicht über

Selbstverständlich hielten es die Schüler weiterhin für statthaft, alleine darüber zu diskutieren. Daraufhin stellte der Besuch fest, daß für den, der das Gelöbnis nicht erfülle, der öffentliche Dienst nicht der richtige Platz sei. Trotz dieser massiven Drohungen mußte er unverrichteter Dinge wieder gehen und seinen Begleiter bitten, ihm die ausgefüllten Formulare drei Tage später vorbeizubringen.

Auf der Klassensprecherversammlung konnte eine einheitliche Stellungnahme gegen die „freiheitlich demokratische Grundordnung" nicht erzielt werden, doch wurde die Debatte über die „freiheitlich demokratische Grundordnung" und ihre höchstrichterliche Interpretation durch das KPD-Verbotsurteil begonnen, was sicher nicht den Zweck erfüllt, den die Verwaltung mit dem neuerlichen Gelöbnis erzielen wollte. Weitgehende Einheit betand in dem Punkt der Verschwiegenheit, die gefordert wurde, weil dies offensichtlich nichts Gutes, sondern eine Fessel für uns ist. Von daher wurde beschlossen, auch nicht an dem nächstmöglichen Termin zu gelobigen, sondern sich erst einmal ein Personalratsmitglied einzuladen, um über die Schweigepflicht und was sie umfaßt zu diskutieren. Es besteht oftmals noch die Auffassung, sie beziehe sich nur auf persönliche Dinge des Patienten, was gutgeheißen wird, aber nicht auf betriebliche Tatbestände, die enthüllt werden müssen.

An einem schwarzen Brett wurde von einem Kurs eine Stellungnahme ausgehängt, in der es sinngemäß heißt: Wir lehnen die Schweigepflicht über betriebliche Zustände ab, weil es dem Volk nicht nützt, wenn die Zustände im öffentlichen Dienst vertuscht werden. Der Widerstand wuchs. Jetzt haben die Herren der Verwaltung erklärt: Das Ganze sei ein Fehler gewesen. Sie zogen das Verlangen nach einem neuerlichen Gelöbnis zurück. - (j., Hamburg)

Ganze sei ein Fehler gewesen. Sie zogen das Verlangen nach einem neuerlichen Gelöbnis zurück. - (j., Hamburg)

Der ÖTV-Abschluß wird verurteilt

Die Spalter abwählen!

Offenbach. Die ÖTV-Kreisverwaltung Offenbach/Main lud die Vertrauensleute der Stadtverwaltung und der Stadtwerke Offenbach am 12.4.76 kurzfristig zu einem Gespräch über den Ausgang der Tarifrunde im öffentlichen Dienst ein. Hinzu kamen die Mitglieder der Fachgruppe Sozialarbeit und einige Vertreter des Personalrates, anwesend waren insgesamt zirka 70 Mitglieder. Die Vertrauensleute der Stadtwerke brachten eine Protestresolution ein. Darin wurde verurteilt, daß vom Festgeldbetrag abgegangen wurde und der Großen Tarifkommission wurde vorgeworfen, daß sie ihre Entscheidungsbefugnis übertrat, als sie den Abschluß tätigte, während draußen die Mitglieder für 15 DM noch auf die Straße gingen. Weiterhin wurden in dieser Resolution die Funktionäre, die dem Abschluß nicht zugestimmt hatten, aufgefordert, auf dem nächsten Gewerkschaftstag diejenigen, nicht mehr in Positionen zu wählen, die mit dem Abschluß in den Tarifauseinandersetzungen den Willen der Mehrzahl der Mitglieder mißachtet haben. Die Resolution wurde einstimmig angenommen.

Erklärung an den Hauptvorstand der ÖTV

Bremen. Die Mitglieder des ÖTV-Kreisjugendausschusses Bremen stellen fest:

Das Ergebnis der Tarifrunde von 5 Prozent, mindestens 85 DM ist zustandegekommen durch die Entschlossenheit der Kollegen im öffentlichen Dienst, die 135 DM durchzusetzen. Die Demonstrationen in Darmstadt und Frankfurt, der Streik in den Kölner Verkehrsbetrieben zeigen, daß die Möglichkeit, die 135 DM ohne Abstriche durchzusetzen, da war. Daß bei uns trotzdem noch mehr als z.B. in der Metallindustrie herausgekommen ist (dort für die unteren Lohngruppen etwa 50 DM), liegt daran, daß die ÖTV eine Festgeldforderung aufgestellt hat. Das Angebot der Arbeitgeber und der Schlichtungsspruch waren auf Spaltung angelegt. Eine Ablehnung wäre richtig gewesen. Ins Auge sticht: Der ausgehandelte Kompromiß belastet die Staatskassen um etwa 1 Milliarde mehr als die 135-DM-Forderung. Im Gegensatz zur 135-DM-Forderung hat der Kompromiß aber den „Vorteil", das Lohnniveau der Masse der Beschäftigten stärker zu senken (nach „Weser Kurier" vom 12. April bekommen 90 Prozent der Arbeiter und 30 Prozent der Angestellten die 85 DM). Was die Kollegen weniger bekommen, wird dafür auf die Gehälter der höheren Beamten aufgeschlagen. Statt 135 DM bekommt ein Senatsdirektor jetzt 400 bis 500 DM mehr Gehalt. Klar war: Die öffentlichen Arbeitgeber wollten das Lohnniveau im öffentlichen Dienst drastisch senken. Gegen diese Absicht hätten alle Mittel des gewerkschaftlichen Kampfes ins Feld geführt werden müssen. Sich in dieser Situation auf Verhandlungsgeschick zu verlassen mit dem Ziel, „sich zusammenzuraufen", um einen „fairen Kompromiß zu erhandeln", ist falsch und geht von falschen Voraussetzungen aus. Eine solche Politik führt, wie die jetzigen Tarifauseinandersetzungen beweisen, unweigerlich in eine Niederlage. Die Lage im öffentlichen Dienst (Rationalisierungen auf Kosten der Beschäftigten, Angriff auf unsere Rechte) hat sich mit dem Abschluß der Tarifverhandlungen nicht verändert. Auch in diesen Fragen wird es zwischen den Beschäftigten und den öffentlichen Arbeitgebern keinen Interessenausgleich geben können. Die ÖTV muß dagegen umgehend wirksame Maßnahmen ergreifen.

Die Erklärung wurde einstimmig beschlossen von sieben anwesenden Mitgliedern des Kreisjugendausschusses.

Die Streikbereitschaft war groß

Frankfurt/M. Rund 150 Bedienstete der Universität (Kernbereich) nutzten den Aufruf zur Kundgebung von ÖTV, DPG, GdED am 8.4.76, um in einer Vordemonstration zum Frankfurter Römerberg ihrem Willen nach 135 DM nochmals Nachdruck zu verleihen. In vielen Sekretariaten und Bibliotheken der Universität blieben die Türen an diesem Nachmittag geschlossen. Daran änderte auch der am Vormittag in Umlauf gebrachte Einschüchterungs-Rundbrief des Universitätspräsidenten nichts Wesentliches. In dem Rundbrief stand zu lesen, daß die Arbeiter, Angestellten und Beamten trotz Demonstration und Kundgebung ihre Arbeitszeit einhalten sollten und daß entsprechende Dienstbefreiungsanträge zwecklos seien. Dabei berief sich der Präsident auf das besondere Dienstrecht und das Beamtenrecht. Die 150 Kollegen der Universität gaben hierauf die richtige Antwort. Sie stellten in der Tat keine Dienstbefreiungsanträge. Es wäre ja auch grotesk gewesen, die Betriebsleitung um Erlaubnis zu bitten, gegen sie kämpfen zu dürfen: Sie nahmen sich ganz einfach ihr Recht und demonstrierten.

Streiks und Kundgebungen im öffentlichen Dienst

Oberhausen. 3000 Arbeiter, Angestellte und Beamte fast aller Ämter der Stadtverwaltung streikten am Freitag eine halbe Stunde. 300 demonstrierten eine Stunde vor dem Rathaus. Etwa 40 städtische Fahrzeuge blockierten zwischen 11.30 und 12.30 Uhr den Verkehr. Eine Gruppe eines ÖTV-Seminars in Hattingen spielte das „135 DM-Lied".

Mülheim/Ruhr. Zwischen 10 und 10.25 Uhr traten die Fahrer der Busse und Straßenbahnen (50 Fahrzeuge) in einen Warnstreik. Die Fahrer in Essen und Duisburg streikten ebenfalls.

Köln. 4 Stunden streikten die Lohnabhängigen der Verkehrsbetriebe am letzten Samstag.

Dortmund. Am 7. April führten die Straßenbahn- und Busfahrer der Dortmunder Stadtwerke um 12 Uhr einen zehnminütigen Warnstreik für die 135-DM-Forderung durch.

ÖTV-Demonstrationen und Kundgebungen in Hessen in der letzten Woche

Darmstadt: 2 500 am Dienstag
Kassel: 1 500 am Mittwoch
Frankfurt: 8 000 am Donnerstag auf dem Römer
Wiesbaden: 2 500 am Freitag
Gießen: 1 500 auf der Kundgebung am Freitag, danach demonstrierten 500.

Die Kundgebungen und Demonstrationen fanden alle während der Arbeitszeit statt.

GEW-Beschlüsse

Der GEW Bezirksverband Wiesbaden übersandte an die KVZ mit der Bitte um Abdruck eine Presseerklärung zur Vertreterversammlung des Bezirksverbandes Wiesbaden in Weilburg am 2./3. April 1976. In der Erklärung heißt es unter anderem:

„Die Versammlung wandte sich gegen die Verschlechterung der Ausbildung der Schüler an den hessischen Schulen (20 % Unterrichtsausfall). Sie trat ein für die Einstellung aller ausgebildeten Lehrer auf Planstellen und die Einstellung aller Referendare zum 1.8.76. (...)

Die Versammlung wandte sich gegen die Kürzung der Anrechnungsstunden (20 000) für verwaltungstechnische Arbeiten. (...)

Die Kampfbereitschaft der Versammlung kam besonders in einem Beschluß zum Ausdruck, der den Landesvorstand auffordert – sollte die Landesregierung die Forderungen der Gewerkschaft nach Einstellung aller Lehrer zum 1.8.76 nicht erfüllen – im Laufe des Monats August Kampfmaßnahmen einzuleiten. Zur Vorbereitung von Protestmaßnahmen, Urabstimmung und Warnstreiks bildete die Versammlung einen Arbeitsausschuß. (...)

Die Versammlung richtete außerdem eine Solidaritätsadresse an den Hauptvorstand der ÖTV, in der sie die Forderung der ÖTV nach einem Festbetrag von 135 DM entschieden unterstützt."

1. Mai – GEW Essen: Gegen die politische Entrechtung im öffentlichen Dienst

Essen. Die Fachgruppe Gymnasien der GEW Essen hat bezüglich des 1. Mai folgende Forderungen beschlossen:

Einstellung aller arbeitslosen Lehrer und Lehramtsanwärter! Keine Verlängerung der Arbeitszeit! Weg mit dem Radikalenerlaß! Solidarität mit dem Kampf des spanischen und chilenischen Volkes!

Forderung zum 1. Mai: Weg mit dem KPD-Verbot!

Göttingen. Die ÖTV-Abteilung Wissenschaft und Forschung beschloß, daß folgend e Forderungen am 1. Mai getragen werden sollen: Volle Zahlung eines höheren Arbeitslosengeldes während der gesamten Dauer der Arbeitslosigkeit! Weg mit dem Haushaltsstrukturgesetz! Für volle Durchsetzung der 40-Stunden-Woche! Für die 35-Stunden-Woche! Arbeitslosengeld für arbeitslose Jugendliche! Weg mit dem besonderen Dienstrecht! Weg mit dem Beamtenrecht! Weg mit dem KPD-Verbot! Für freie politische und gewerkschaftliche Betätigung in Ausbildung und Beruf! Weg mit dem § 218!

1. Mai-Forderungen

1. Mai-Forderungen

Beschluß der ÖTV-Betriebsjugendgruppe BEWAG zum 1. Mai

Westberlin. Der 1. Mai ist traditionell der internationale Kampftag der Arbeiterklasse. Er ist der Tag, wo die Erfahrungen der Auseinandersetzungen der letzten Jahre zusammengefaßt werden und an dem weitere Kampfschritte zu dem Ziel einer Gesellschaft frei von Ausbeutung und Unterdrückung angegeben werden. Es ist der Tag, an dem wir alle zusammenstehen, gleichgültig ob Mann oder Frau, ob deutscher oder ausländischer Kollege, ob jung oder alt. Uns eint, daß wir für unsere Rechte und für unseren Lohn eintreten müssen, weil uns niemand etwas schenkt.

Nur gemeinsam sind wir stark. Das gilt nicht nur für den Tarifkampf, das gilt ebenso für den Kampf für unsere Rechte am Arbeitsplatz und für den Kampf um demokratische Rechte des ganzen Volkes. Die Stufenausbildung bedeutet eine Spaltung der Auszubildenden. Mit ihr wird die Konkurrenz unter den Auszubildenden um die Übernahme in die zweite Stufe geschürt. Am späteren Arbeitsplatz werden die Facharbeiter aufgrund ihrer unterschiedlichen Ausbildung gegeneinander ausgespielt. Wir können unsere Interessen gegen die Kapitalisten aber nur einheitlich vertreten und durchsetzen. Jede Spaltung in unseren Reihen muß bekämpft werden. Deshalb:

Weg mit der Stufenausbildung! Zweiter Berufsschultag! Einheitliche Ausbildungsvergütung!

Die schwerwiegendste Spaltung in den Reihen der Arbeiterklasse und aller Lohnabhängigen ist die Spaltung in beschäftigte und arbeitslose Kollegen. Die arbeitslosen Kollegen werden von den Unternehmern hemmungslos als Druckmittel eingesetzt, um z..B. den Lohn zu senken oder die Arbeitshetze zu steigern. Die jugendlichen Arbeitslosen können sich diesem Druck kaum widersetzen. Die Schulabgänger, die keine Ausbildungsplätze oder Arbeit finden konnten, erhalten nicht einmal Arbeitslosenunterstützung. Deshalb:

Arbeitslosengeld für jugendliche Arbeitslose!

Der Kampf um den Lohn gegen die Verschärfung der Arbeitshetze, gegen die staatliche Ausplünderung, schlechten Schulverhältnisse, gegen Jugendarbeitslosigkeit und den Paragrafen 218 sind nur einige Beispiele für den Kampf um die Rechte und Interessen der Lohnabhängigen. Um schon jeden Gedanken an Widerstand gegen diese Verhältnisse zu unterdrücken, hat dieser Staat mit den Paragrafen 88 a und 130 a ein Maulkorbgesetz erlassen. Dies ist ein massiver Angriff auf die Meinungs-, Streik- und Organisationsfreiheit, den wir zurückschlagen müssen, um zu unserem Ziel, einer Gesellschaft frei von Ausbeutung und Unterdrükkung, zu kommen.

Für vollständige Meinungs-, Streik- und Organisationsfreiheit!

Unsere Forderungen als Lohnabhängige können wir nur durchsetzen, wenn wir uns organisieren in einer starken Einheitsgewerkschaft. Sie muß sich in allen Auseinandersetzungen und Kämpfen ausschließlich leiten lassen von den Interessen der Kollegen. Sie muß sich leiten lassen davon, daß wir unsere Ziele nur im Kampf gegen Kapital und Staat durchsetzen können.

Für klassenbewußte kampfstarke Einheitsgewerkschaften!

Der 1. Mai ist der internationale Kampftag der Arbeiterklasse. Die Lohnabhängigen haben kein Interesse an Ausbeutung und Unterdrükkung national und international. Deshalb gilt für uns:

Solidarität mit dem Befreiungskampf der unterdrückten Völker!

Zur Mai-Erklärung der Gruppe Roter Morgen (KPD/ML)

Durch Täuschung läßt sich die Einheit der Marxisten-Leninisten nicht erreichen

In Braunschweig, Kiel sowie Freiburg verbreiten Mitglieder der Gruppe Roter Morgen eine „Gemeinsame Erklärung„, in der es heißt: „Das ZK der KPD/ML, das ZK der KPD, das ZK des KBW und das ZK des KABD haben zum diesjährigen 1. Mai eine Aktionseinheit beschlossen. Sie werden am internationalen Kampftag der Arbeiterklasse in verschiedenen Städten Westdeutschlands und in Westberlin gemeinsame revolutionäre 1. Mai-Demonstrationen durchführen."

Der Wahrheit zuliebe muß man festhalten, daß bisher dem ZK des KBW von seiten der Gruppe Roter Morgen weder eine schriftliche Einladung zu Gesprächen zugegangen ist noch dem ZK des KBW diese Gemeinsame Erklärung als Entwurf zugestellt worden ist noch daß Gespräche über diese Gemeinsame Erklärung stattgefunden haben. Deshalb ist es keine gute Methode, an verschiedenen Orten als beschlossen und gültig zu verteilen, was gar nicht existiert.

Außerdem ist gut bekannt, daß der Kommunistische Bund Westdeutschland bereits einen Aufruf zum 1. Mai veröffentlicht hat. Er ist in der Kommunistischen Volkszeitung vom 25. März 1976 nachzulesen. Bekannt ist auch, daß der Kommunisische Bund Westdeutschland an seiner bewährten Taktik festhält, für gewerkschaftliche Maidemonstrationen einzutreten, für diese Demonstrationen unter den Forderungen des Klassenkampfes und den Losungen der proletarischen Revolution zu mobilisieren, die Massen unter diesen Forderungen zusammenzuschließen und so Reformismus und Revisionismus zu bekämpfen. Daß er dort, wo keine gewerkschaftlichen Demonstrationen stattfinden bzw. sie noch verhindert werden können, nach Maßgabe der Kräfte zu eigenen Demonstrationen und Kundgebungen aufruft. An solchen Orten finden verschiedentlich Gespräche mit den genannten Organisationen statt, in denen geprüft wird, ob in der marxistisch-leninisischen Bewegung eine Einheit erzielt werden kann für eine gemeinsame Mai-Demonstration. Die Bedingungen zur Herstellung dieser Einheit haben wir begründet, sie sind festgelegt in dem Brief des ZK des KBW an KABD, Gruppe Rote Fahne (KPD), Gruppe Roter Morgen (KPD/ML) vom 27.1.1976. Sie sind veröffentlicht in der Broschüre „Materialien zur Auseinandersetzung in der marxistisch-leninistischen Bewegung Westdeutschlands".

Deshalb hat auch das Verteilen dieser angeblichen „Gemeinsamen Erklärung" entweder an Mitglieder unserer Organisation wie in Braunschweig und Kiel oder an Mitglieder des Palästina-Komitees Freiburg unter ausdrücklicher Ausklammerung der KBW-Mitglieder in diesem Komitee weder Verwirrung stiften noch (die erhoffte) Wirkung erzielen können.

Allerdings muß man sich wundern, mit welchen Methoden die Gruppe Roter Morgen diese „Aktionseinheit" „als einen notwendigen Schritt in dem sich verschärfenden Kampf um die Einheit der Marxisten-Leninisten in der einen bolschewistischen Partei" („Gemeinsame Erklärung") betreibt. Der „sich verschärfende Kampf" schmeckt hier schon mehr nach Intrige.

Der „notwendige Schritt" ist hier offensichtlich ein Fehltritt. Man muß dem Zentralen Komitee der Gruppe Roter Morgen unbedingt erklären, daß hier die „Einheit der Marxisten-Leninisten" falsch verstanden wird, denn man kann die Einheit der Marxisten-Leninisten nicht auf dem Papier herstellen und schon gar nicht auf einem, das man ganz allein beschrieben hat. – (hjh)

Koalitionsfreiheit !

Gegenwärtig versuchen die Kapitalisten im ganzen Bundesgebiet, Jugendvertreter und jugendliche Gewerkschafter nach Abschluß der Lehre durch Nichtübernahme in das Arbeitsverhältnis aus den Betrieben zu säubern. Dabei gehen die Kapitalisten nicht immer offen vor, sie haben es lieber, wenn sie es unter der Hand machen können. Die Gegenwehr wird dann schwieriger. Am Beispiel des Krankenpflegeschülers T.Elkeles an der Medizinischen Hochschule in Hannover wird das deutlich. Er hat am 31.3.2976 seine Ausbildung an der Medizinischen Hochschule Hannover beendet und soll als einziger nicht eingestellt werden. T.Elkeles gehört zu den aktiven Gewerkschaftern an der MHH. Auf vielen Flugblättern der ÖTV war sein Name als Verantwortlicher angegeben, auf Personalversammlungen griff er die Maßnahmen des Dienstherrn an und trat für die Interessen der Belegschaft ein. Er ist ÖTV-Kreisdelegierter und Mitglied des Schülerrates der Krankenpflegerschule.

Auf Anfrage bei der Dienststelle, aus welchen Gründen keine Einstellung erfolgt, wurde zunächst geantwortet, daß eine Begründung „nicht üblich" sei. Daß es sich um fachliche Gründe nicht handelt, liegt auf der Hand, da T.Elkeles in seinen Noten zwischen „gut" und „sehr gut" liegt und die MHH freie Planstellen hat.

Das hat die Belegschaft schnell erkannt, daß der Grund für die Nichtübernahme in der Tätigkeit als Gewerkschafter liegt. Die ÖTV-Vertrauensleute, die Schwestern mehrerer Stationen, auch Ausbilder sowie der Krankenpflegerschülerrat haben sich deswegen in Briefen und Resolutionen für die Einstellung ausgesprochen.

Über diesen Protest kam heraus, daß Klinikleitung und Oberschwestern in einer Besprechung dazu gekommen sind, T.Elkeles nicht einzustellen, weil „er doch schon immer gegen den Kurs der MHH" gewesen sei. Dieser „Kurs" bedeutet an der Klinik Rationalisierungen, Lohnkürzungen, Streichung von Zulagen und Umbesetzungen. Diesen „Kurs" sollen die Belegschaft und auch die Krankenpflegeschüler schlucken. Jeder, der gegen diesen „Kurs" die Belegschaft zusammenschließt, muß deshalb raus.

Bei den Nichtübernahmen von jugendlichen Gewerkschaftern und Jugendvertretern geht es für die Kapitalisten und den öffentlichen Dienstherrn darum, die Tatsache der verschärften Konkurrenz unter der Jugend durch die große Zahl der arbeitslosen Jugendlichen zu nutzen, die Ausbeutung der jugendlichen Arbeitskraft zu verschärfen und dabei gegen das Recht auf Zusammenschluß der Arbeiterjugend in den Gewerkschaften und die gewerkschaftliche und politische Betätigung vorzugehen und sie zu unterbinden. Die Nichtübernahme von Jugendvertretern und jungen Gewerkschaftern ist eine Methode der Kapitalisten, die Koalitionsfreiheit der Arbeiterklasse und ihrer Jugend anzugreifen.

Die Kapitalisten und die öffentlichen Dienstherrn nutzen bei diesen Machenschaften die bürgerliche Propaganda aus. Bei den Lehrlingen, die jetzt vor der Übernahme stehen, gehen sie mit dem Argument hausieren, draußen stehen ja so viele, die auf eine Ausbildung oder einen Arbeitsplatz warten. So soll der gewerkschaftliche Zusammenschluß untergraben werden. Verhältnisse wie zum Beispiel an der Klinik Hannover zwingen aber die Arbeiter und gerade die jungen zum Zusammenschluß. Deswegen findet der Kampf gegen diese Willkürmaßnahmen auch eine breite Unterstützung. – (j.k.)

IG-Metall-Vertreterversammlung Kiel:

Schulleiter Kaschner muß gehen!

Kiel. Die IGM-Vertreterversammlung hat sich der Forderung der Arbeiter der Kieler Howaldtwerft angeschlossen, daß der Schulleiter der Toni-Jensen-Realschule Ortwin Kaschner suspendiert werden muß.

Wie wir schon in der KVZ Nr. 12 berichtet haben, hatte der Vertrauensleutekörper der Werft die Suspendierung Kaschners gefordert, weil Kaschner durch die „Verunglimpfung arbeitender Menschen" „sowohl als Pädagoge als auch als Schulleiter untragbar geworden" ist.

Anlaß war eine Äußerung Kaschners gegenüber dem Kind eines Werftarbeiters, das sich zur Chorprobe verspätet hatte, von Kindern „von Howaldts dritter Schicht" sei „ja ohnehin keine Zuverlässigkeit zu erwarten".

CDU-Mitglied Kaschner, guter Freund von Leuten wie Stoltenberg und Kultusminister Braun, war für die Arbeiter der Werft kein unbeschriebenes Blatt. Die meisten Kinder an der Toni-Jensen-Schule sind Kinder von Arbeitern und Angestellten der Werft. Schon einmal war es auf einem Schulfest wegen ähnlicher Äußerungen fast zum Abbruch des Festes gekommen. Kaschner mußte sich entschuldigen.

Wes Geistes Kind der Mann ist, läßt sich auch an einem Vorwort ablesen, das er als Leiter der AG Kieler Chöre im letzten Jahr in einem Programmheft verfaßt hat. Darin läßt er folgende „gesellschaftspolitische Betrachtung" los:

„Es hatte in der Bundesrepublik entsprechende Signalwirkung, als studentische Gruppen und ideologisch verklemmte Fortschrittspolitiker dazu übergingen, kaum noch ihren Kopf, dafür aber um so mehr ihren Kehlkopf zu benutzen, und im Vollrausch ihrer anthropologischen und politischen Ahnungslosigkeit glaubten, alle Werte unserer gewachsenen Kultur in Frage stellen zu müssen, die letztlich die Grundlagen unserer menschlichen Existenz und unserer demokratischen Ordnung darstellen."

Um diese Ordnung zu verteidigen, fordert er, daß „wieder Ordnung, Fleiß, Leistung, Lernwille und anerzogene Arbeitshaltung als Leitlinien (der) Erziehungsarbeit wirken" müssen.

Die Beschimpfung des Kindes bei der Chorprobe hatte für die Arbeiter das Faß zum Überlaufen gebracht. Der Vater des Kindes forderte sofort den Elternbeirat auf, Maßnahmen gegen Kaschner einzuleiten und erstattete außerdem Anzeige wegen Beleidigung. Als er im Betrieb von der Sache berichtete, forderten die Arbeiter den Vertrauensmann in der Abteilung auf, im Vertrauensleutekörper für die Entlassung Kaschners einzutreten. Diese Forderung fand im ganzen Betrieb sofort Unterstützung und die IGM-Obleute verabschiedeten in einer außerordentlichen Sitzung auf Antrag der Vertrauenskörperleitung die genannte Resolution, in der vom Kultusministerium die Suspendierung Kaschners verlangt wird. Die Resolution wurde an die Presse und an den Ministerpräsidenten Stoltenberg weitergeleitet.

Die Antwort, die vor einigen Tagen schließlich aus der Staatskanzlei eintraf, lautete lapidar: „Sie werden Verständnis dafür haben, daß es dem Ministerpräsidenten nicht möglich ist, ohne Prüfung eine Stellungnahme zu dem von Ihnen geschilderten Sachverhalt abzugeben." Daraufhin brachte die Vertrauenskörperleitung der Howaldt-Werft in der letzten Woche auf der Kieler IG Metall-Vertreterversammlung eine Resolution ein, in der die Forderung der Vertrauensleute bekräftigt und die Antwort der Staatskanzlei als „völlig unbefriedigend" zurückgewiesen wurde. In der Resolution, die einstimmig angenommen wurde, heißt es unter anderem: „Die Vertreterversammlung hätte erwartet, daß der Herr Ministerpräsident unverzüglich den Dienstvorgesetzten veranlassen würde, Vorermittlungen für ein Disziplinarverfahren ... durchzuführen. Die Vertreterversammlung der IG Metall wird nicht zulassen, daß Herr Kaschner als Schulleiter unbeschadet Arbeiter beleidigen kann." Der IG-Metall-Hauptvorstand wurde aufgefordert, sich der Forderung anzunehmen, denn, so wurde gesagt: Dies ist kein Einzelfall an den Schulen.

Gegenüber der Presse erklärte der Vorsitzende des Vertrauensleutekörpers Seidel, es sei inzwischen soviel Zeit vergangen und die Verärgerung der Howaldt-Arbeiter so groß geworden, daß disziplinarisch sofort etwas geschehen müsse. Andernfalls könne es unter den Arbeitern „zu erheblichen Unruhen kommen".

Daß sich die Werftarbeiter derart in die Schulangelegenheiten einmischen, hat die Kapitalisten und die bürgerlichen Politiker aufgeschreckt. Der Vorstand der Werft schrieb Kaschner einen Brief, in dem er die „Diskriminierung der Mitarbeiter der HDW mißbilligt". Der SPD-Landtagsabgeordnete Marschner forderte vom Kultusministerium eine Stellungnahme. Die Wogen sollen geglättet werden, damit die Arbeiter die Forderung nach der Absetzung Kaschners fallen lassen.

Der Vorsitzende des Elternbeirates der Schule, ein Parteifreund von Kaschner, gab sich dazu her, Kaschner durch eine Erklärung beizustehen, in der er den Werftarbeitern das Recht absprach, die Forderung nach Suspendierung aufzustellen, das sei ausschließlich eine Sache der staatlichen Schulaufsicht.

Die Forderung der Arbeiter nach der Absetzung Kaschners ist gerecht. Deshalb findet sie auch breite Unterstützung. Auch andere Gewerkschaftsgremien, so z.B. die AjLE in der GEW Kiel, wollen sich mit den Vorgängen befassen. Auf einer Veranstaltung des KBW zum Volksbildungswesen verabschiedeten die Teilnehmer eine Resolution, die sie an den Vertrauensleutekörper der Werft schickten. Darin heißt es zum Schluß: „Die Teilnehmer der Veranstaltung sind ... der Meinung, daß man das Vorgehen der HDW-Vertrauensleute sich zum Beispiel nehmen sollte und daß es nötig ist, zu erreichen, daß die Lehrer grundsätzlich durch das Volk gewählt und jederzeit abgerufen werden können". – (HDW-Zelle, Kiel)

„Hilfsprogramm gegen Jugendarbeitslosigkeit"

„Hilfsprogramm gegen Jugendarbeitslosigkeit"

Abrichtung für Akkordarbeit

Köln. In der KVZ Nr. 8 haben wir über die „Hilfsprogramme" der nordrhein-westfälischen Landesregierung gegen die Jugendarbeitslosigkeit berichtet. Daß dieses „Hilfsprogramm" nichts weiter als ein Mittel ist, für einen beträchtlichen Teil der Jugendlichen die Berufsschulpflicht bis zum 18. Lebensjahr aufzuheben und die jungen Arbeitskräfte den Kapitalisten als billigste Reserve paratzustellen, hat das Kultusministerium in einem Rundschreiben an die Lehrer jüngst ganz ungeschminkt bestätigt.

In dem Erlaß heißt es: „Die Landesregierung hat ... festgelegt, daß Schüler, die nach Beendigung der allgemeinen Schulpflicht nicht in eine weiterführende Vollzeitschule, Berufsausbildung, Fördermaßnahme der Arbeitsverwaltung oder ein längerfristiges Arbeitsverhältnis eintreten, den Berufsschulunterricht in Form eines einjährigen Blockunterrichts erfüllen müssen." Die Schüler würden dort einen Unterricht erhalten, „den sie in dieser Form noch nicht kennengelernt haben". Von 30 Stunden pro Woche würden 20 „unmittelbar berufsorientiert" gehalten. Was damit gemeint ist, wird in folgendem erläutert:

„Um für diese Schüler den Eintritt in das Beschäftigungssystem zu verbessern, werden einfache Fertigkeiten der verschiedenen Berufsfelder, die Arbeitsverrichtungen entsprechen, die im Beschäftigungssystem von anglernten Arbeitern ausgeübt werden, soweit geübt, daß sie beim Eintritt in einen Betrieb unmittelbar genutzt werden können." Auf gut deutsch, die Jugendlichen werden für die stumpfsinnigste Akkordarbeit soweit abgerichtet, daß den Kapitalisten keinerlei Verluste durch Anlernzeiten mehr entstehen. Und die jungen Arbeiter ihnen voll zur Auspressung von Mehrwert zur Verfügung stehen.

Die Landesregierung hat den Kapitalisten wahrlich ihre Wünsche von den Augen abgelesen. Etwas weiter heißt es in dem Erlaß: „Die wirtschaftliche Situation zwingt häufig die Betriebe dazu, die Produktion noch stärker als bisher zu rationalisieren. In vielen Fällen wirkt sich dann die Erfüllung der Berufsschulpflicht auf die beruflichen Verhältnisse so störend aus, daß man nur Arbeitnehmer einstellt, die nicht mehr berufsschulpflichtig sind. Damit die Schüler, die das Vollzeitschuljahr besucht haben, am Ende des Schuljahres leichter einen Arbeitsplatz finden können, werden sie vom weiteren Besuch der Berufsschule befreit."

Und damit sich der Appetit der Kapitalisten so richtig entwickelt, hat die Landesregierung gleich noch ein „Kopfgeld" ausgesetzt. Für rund 17000 Jugendliche will sie den Kapitalisten in einem Jahr jeweils 3600 DM zustecken, die neue Lehr- und Arbeitsplätze zur Verfügung stellen.

Statt Lehrstellen Sonderkurse – Geschäft mit der Jugendarbeitslosigkeit

Kassel. Anfang des Jahres waren im Bereich des Arbeitsamtes Kassel 876 Jugendliche unter 20 Jahren arbeitslos. Hinzu kommen noch diejenigen, die sich erst gar nicht beim Arbeitsamt gemeldet haben. Insgesamt waren über 1200 Jugendliche arbeitslos gemeldet.

Bekannt geworden ist, daß drei Kasseler Großbetriebe, vermutlich AEG, Rheinstahl-Henschel und VW, ihre Ausbildungsstellen um bis zu 40 % kürzen wollen, sich aber gleichzeitig verstärkt bei der Arbeitsverwaltung um sogenannte Ausbildungsförderungsmaßnahmen für arbeitslose Jugendliche beworben haben.

Rheinstahl will zum Beispiel nur noch 49 von 400 Bewerbern für eine Lehrstelle einstellen. Gleichzeitig sollen aber 8-WochenSchweißerlehrgänge für je zehn Teilnehmer durchgeführt werden. Diese Jugendlichen werden nach dem 8-Wochen-Lehrgang in die Produktion gesteckt. Auch werden hier verstärkt 1-Jahres-Lehrverträge abgeschlossen. Erst letzten Montag wurden wieder 17, meist Hauptschüler, zum Teil ohne Abschluß eingestellt.

Bei VW laufen zur Zeit drei Sonderlehrgänge für arbeitslose Jugendliche. Fünf neue sollen dazukommen. Sie dauern ein Jahr und werden zum Schluß mit Zeugnis abgeschlossen, so daß die späteren Ausbeuter die Besten aussieben können, der Rest steht wieder auf der Straße.

Über 1000 Jugendliche werden so für VW kostenlos die Dreckarbeit leisten. Bezahlen brauchen die Kapitalisten diese Jugendlichen nicht. Der gesamte Lehrgang, vom Meister bis zum Strom, wird vom Arbeitsamt bezahlt. 500 DM pro Mann und Monat an VW, 300 an die Jugendlichen.

Die Despotie des Lehrherrn öffentlich angeprangert

Von der Ausbeutung von Lehrlingen hängt die Existenz von kleineren Betrieben oft vollständig ab. Die Kleinkapitalisten können sich gegen die Konkurrenz häufig überhaupt nicht anders halten als dadurch, daß sie die widerwärtigsten Ausbeutungsmethoden betreiben und sich auch um die völlig unzureichenden gesetzlichen Vorschriften nicht kümmern. In der kleinen Stadt Verden bei Bremen hat die Aufdeckung der Despotie eines Fleischermeisters viel dazu beigetragen, daß die Notwendigkeit der gewerkschaftlichen Organisierung von vielen Jugendlichen erkannt worden ist.

Verden. 150 DM ausgezahltes Geld, 54 Stunden Arbeit und 6 Stunden Berufsschulunterricht in der Woche, Knochenarbeit, völlige Rechtlosigkeit, solche Zustände herrschen in einem Schlachterbetrieb in Verden. So etwas ist in der kleinen Stadt kein Einzelfall. In Kraftfahrzeugbetrieben arbeiten die Lehrlinge täglich 9 Stunden und länger, in den Hotels 7 Tage in der Woche bis zu 10 Stunden. Verschiedentlich haben die Kapitalisten die Ratlosigkeit von Eltern über die Zukunft ihrer Kinder jetzt bei der hohen Arbeitslosigkeit dazu ausgenutzt, um Absicherungen über eine Verlängerung des Arbeitstages zu erhalten.

In der Schlachterei müssen die Lehrlinge dreimal in der Woche um 5 Uhr antreten, ein Lehrling mußte vorher noch immer eine halbe Stunde mit dem Rad fahren. Inzwischen hat der Lehrherr ihn in seinem Haus einquartiert und ihm dafür ein Drittel von seinem Bruttolohn abgezogen.

Das Wort Ausbildung ist bei diesem Betrieb ein reiner Hohn. Sämtliche Dreckarbeiten, Knochenputzen, schwere Fleischteile schleppen, stundenlang in Kühlräumen arbeiten, das ist das Übliche. Frühstück wird meist während der Arbeit gemacht, die Mittagspause dauert 15 Minuten. In einem halben Jahr haben die Lehrlinge gerade gelernt, Eisbeine, Schultern und Schinken auszulösen.

Kein Wunder, daß die Lehrlinge an Gesundheitsschäden leiden, über Rücken- und Magenschmerzen usw. klagen. Während ihre Arbeitskraft schon früh verschlissen wird, fühlt sich der Schlachtermeister recht wohl, wie eine Made im Speck, wenn er die Arbeitskraft der Lehrlinge und Gesellen bis aufs Mark auszehren kann. Inzwischen hat er einen Zweitbetrieb errichtet, ihm gehört ein luxuriöses Eigenheim und mehrere weitere Häuser. Seine Kinder haben alle eigene Zimmer, Fernsehgeräte, Pferde. In der Öffentlichkeit präsentiert sich der Geschäftsmann gerne als Jagdbesitzer.

Vor etwa einem halben Jahr ist es dann einem Lehrling zuviel geworden. Er hat in einer Korrespondenz an die Berufsschulzeitung der Ortsgruppe des KBW über die Verhältnisse im Betrieb berichtet. Dieser Artikel wurde von den Schülern an der Berufsschule breit diskutiert und in mehreren Klassen zum Anlaß genommen, über die Ausbildungsverhältnisse insgesamt zu diskutieren.

Prompt meldete sich darauf der Landesverband der Schlachterinnung zu Wort und forderte eine Gegendarstellung in derselben Zeitung. Daß die Ausbildungsverhältnisse, für die die Kapitalisten verantwortlich sind, öffentlich angeklagt werden, das ließ ihnen keine Ruhe. Der Schlachtermeister, durch die Enthüllung in Bedrängnis gebracht, setzte den Lehrling massiv unter Druck, drohte ihm mit Rausschmiß und zwang ihn schließlich, selbst die folgende Gegenerklärung abzufassen.

Erklärung

Die Bekanntmachung in der Zeitung des (KBW) Kommunistischer Bund Westdeutschland „Rote Oberschülerzeitung" Nr. 15 auf der ersten Seite, wo ich meinen Lehrbetrieb (Schlachterei Breves) als einen Betrieb der Ausbeutung und dergleichen mehr bezichtigte, beruhen auf Unwahrheit. Begründung: Im Herbst d.v.J. machte ich auf der Straße die Bekanntschaft mit Angehörigen des KBW. Seitdem sympathisiere ich für diese Partei und machte des öfteren Besuche bei den Genannten. Als ich im April meine oben genannte Lehrstelle antrat, war ich wieder Gast bei diesen Parteiangehörigen. Diese befragten mich über kurz oder lang betreffs meines Arbeitsverhältnisses. Ich habe angegeben, daß ich zwischen 9 bis 13 Stunden arbeiten müsse und Sonnabend bis 18 Uhr arbeite, und 80 kg schwere Rinderteile alleine tragen muß und schon alleine schlachten muß und daß mir am Tag 10 Stunden für Freizeit und Schlafen. Diese Angaben entsprechen nicht der Wahrheit. Weil diese Parteimenschen mich auf den 7 Stundentag aufmerksam gemacht haben, wurde ich durch meine Sympathie an diese Partei gestärkt und machte falsche Aussagen. Durch die verleumderischen Aussagen diffamierte ich meinen Lehrmeister. Ich bereue die falschen Aussagen und möchte es nicht wiederholen. Diese Diffamierung hat mein Meister nicht verdient.

(Name der Redaktion bekannt)

Der Schlachtermeister hat mit seinen despotischen Unterdrückungsmaßnahmen zunächst Erfolg gehabt. Im Betrieb nahmen die Schikanen noch zu. Eine Schüssel, die der Lehrling angeblich ungewaschen ins Regal gestellt haben soll, nahm die Schlachtersfrau zum Anlaß, dem Lehrling das Fett aus der Schüssel ins Gesicht zu schmieren.

Konnte es dem Kapitalisten zunächst gelingen, den Widerstand gegen die Verhältnisse im Betrieb zu unterdrücken, so haben die Lehrlinge gelernt, daß Unterwerfung unter die Interessen des Kapitalisten nur dazu führt, daß die Verhältnisse noch schlimmer werden. Sie haben gelernt, daß man gegen diese Verhältnisse kämpfen muß und mit dem Eintritt in die Gewerkschaft haben sie den ersten Schritt dazu getan.

Durch die Enthüllung über die Verhältnisse in der Schlachterei hat sich unter den Lehrlingen in Verden die Einsicht in die Notwendigkeit, sich gegen die Kapitalistenklasse zusammenzuschließen, schwunghaft verbreitet. Die DGB Jugendgruppe hat sich fast verdoppelt.

Die Vorfälle haben vielen gezeigt, daß es notwendig ist, den Kapitalisten die private Verfügung über die Ausbildung der Jugend zu entreißen.

Es ist notwendig, daß die Arbeiterklasse und das Volk für ihre Jugend das Recht auf eine „unentgeltliche und obligatorische, allgemeine, theoretisch und praktisch die Grundlagen aller Hauptzweige der Produktion vermittelnde Bildung für alle Kinder beiderlei Geschlechts bis zum 18. Lebensjahr" in einer Einheitsschule unter der Kontrolle des Volkes durchsetzen. Unter dieser Forderung können sich die Massen zusammenschließen auf dem Weg zum Sturz der Ausbeuterherrschaft, von der auch das Bildungswesen völlig bestimmt ist. – (Ortsgruppe Verden)

Programm für die Jugendvertreterwahl verabschiedet

Köln. Die Lehrlinge und Jungarbeiter der Maschinenfabrik Quester haben auf der letzten Jugendversammlung mit großer Mehrheit ein Programm für die Jugendvertreterwahlen verabschiedet. Sie haben festgelegt, daß nur Jugendvertreter gewählt werden sollen.

Die wichtigsten Programmpunkte: Keine Serienproduktion während der gesamten Ausbildung! Alle drei Monate legen die Jugendvertreter auf einer Jugendversammlung Rechenschaft über ihre Arbeit ab. Teilnahme der Jugendvertreter an jeder Betriebsratssitzung. 50 DM übertarifliche Zulage für alle, als ersten Schritt zu einem Existenzlohn, 12 Stunden Berufsschulunterricht an zwei arbeitsfreien Tagen.

Die Beschlüsse der Jugendversammlung sind ein großer Schritt vorwärts im Zusammenschluß gegen den Kapitalisten. Der Betrieb hat in den letzten Jahren systematisch Facharbeiter entlassen und dafür innerhalb von eineinhalb Jahren die Zahl der Jungarbeiter und Lehrlingen von einem auf 27 gesteigert. Die Lehrlinge verbringen die meiste Zeit direkt in der Produktion, wo sie als billige Hilfsarbeiter ausgebeutet werden.

Wyhl:

Die Trennung von den Freunden der Landesregierung ist dringend

Wyhl. Am letzten Donnerstag haben die badisch-elsässischen Bürgerinitiativen dem „Offenburger Papier" zugestimmt. 23 Bürgerinitiativen stimmten dafür, sieben dagegen, acht haben sich enthalten, zwei lehnten es ab, erneut abzustimmen, und drei Bürgerinitiativen sind nicht erschienen.

Damit ist die Abstimmung von vor sechs Wochen, wo das „Offenburger Papier" abgelehnt wurde, revidiert worden. Gleichzeitig wurde eine neue Erklärung an die badisch-elsässische Bevölkerung beschlossen. In dieser Erklärung wird festgehalten, daß nur durch den Widerstand der Bevölkerung das Kernkraftwerk verhindert wurde; daß der Bau eines Kernkraftwerks die Bauern am Kaiserstuhl ruinieren würde; daß klar erwiesen ist, daß die Landesregierung lügt, wenn sie behauptet, durch den Bau des Kernkraftwerks würden Arbeitsplätze geschaffen; daß die Bevölkerung weiterhin Widerstand leisten wird und geeignete Maßnahmen ergreifen wird, um den Bau zu verhindern. Weiter wird festgestellt: „Wir selbst, mit allen, die guten Willens sind, werden dieses Atomkraftwerk verhindern." Die Erklärung endet mit der Forderung: Kein Kernkraftwerk in Wyhl!

Das heißt: Die Zugeständnisse, die mit der Zustimmung zum „Offenburger Papier" gemacht wurden, werden in der Erklärung an die badisch-elsässische Bevölkerung wieder zurückgenommen. Die Verabschiedung der Offenburger Vereinbarung und die Verabschiedung der Erklärung an die badisch-elsässische Bevölkerung zeigen:

Die Führung der Bürgerinitiativen will den Kampf gegen das Kernkraftwerk aufgeben. Sie hat vorgeschlagen, auf dem Platz alle Spuren des Widerstands zu beseitigen. Stattdessen sollen junge Bäumchen gepflanzt werden. Die Führer der Bürgerinitiativen, zumeist die Mitglieder der ehemaligen Verhandlungskommission, sind ausgemachte Intriganten. Vor der Abstimmung vor sechs Wochen hielten sie Lobeshymnen auf die Einheit. Nach-
meist die Mitglieder der ehemaligen Verhandlungskommission, sind ausgemachte Intriganten. Vor der Abstimmung vor sechs Wochen hielten sie Lobeshymnen auf die Einheit. Nach-
dem nur drei Bürgerinitiativen der Vereinbarung zugestimmt haben, kamen von ihnen ständig Veröffentlichungen in der „Badische Zeitung" zu dem Zweck, den Beschluß umzustoßen. Auf einer Wahlveranstaltung in Freiamp war Filbinger exakt über den Stand der Intrigen informiert. Er rühmte die Entscheidung des Oberrheinischen Komitees, das nachträglich seine Entscheidung zugunsten des Offenburger Papiers revidierte, er lobte Männer wie Göpper, Schött und Richter (Mitglieder der ehemaligen Verhandlungskommission).

Eberle, der Wirtschaftsminister, berichtet in einem Schreiben vom 15. März von der „Vorsprache des Pfarrer Richter im Wirtschaftsministerium". Geredet werden sollte über eine mögliche Einigung. Die Pfarrer des Kreises gaben eine Erklärung heraus, wo sie zur Zustimmung zum Offenburger Papier aufforderten. Man wird nicht falsch liegen, wenn man behauptet, daß das nur die Spitze des Eisberges ist.

Das ist die Seite der Zustimmung zum Offenburger Papier. Finster sind die Mittel und Methoden, weil der Zweck, der verfolgt wird, finster ist. Durchgesetzt werden soll der Bau des Kernkraftwerkes, so will es das Finanzkapital. Die Bauern müssen ruiniert werden, Landstriche sollen veröden, Mensch und Natur ruiniert werden, alles für den Profit des Kapitals. Die Energie aus dem Kernkraftwerk brauchen die Kapitalisten, um zu rationalisieren. Die Ausbeutung der Arbeiter erhöhen ist ihr Schlachtruf. Unabhängig wollen sie werden von den Rohstoffen der Länder der Dritten Welt, um diese Länder besser unter Druck setzen zu können. Weil sie wissen, daß diese Ziele auf den Widerstand der ausgebeuteten Klassen stoßen, brauchen sie einen Gewaltapparat, um ihr Eigentum zu schützen und zu verteidigen.

Mit der Zustimmung zum Offenburger Papier wollen sie erreichen, daß der Widerstand aufgegeben wird, die Landesregierung über den Baubeginn entscheide und nie mehr der Bauplatz besetzt wird. (Ziffer 6 und 7 der Vereinbarung.)

Entsprechend groß ist ihre Freude über die Zustimmung, und Filbinger erklärt: Jetzt zügig den Bauplatz räumen, damit es endlich Ruhe gibt. Mit Freude sah man die Freunde der Landesregierung vor einigen Tagen auf dem Bauplatz die Spuren des Widerstands beseitigen.

All das ist bei der letzten Bürgerinitiativsitzung auf Widerstand gestoßen. Sieben Nein-Stimmen, acht Enthaltungen, zwei Stimmverweigerungen, und drei Bürgerinitiativen waren nicht gekommen. Die meisten Enthaltungen bedeuten eine Ablehnung, gegenwär-
Sieben Nein-Stimmen, acht Enthaltungen, zwei Stimmverweigerungen, und drei Bürgerinitiativen waren nicht gekommen. Die meisten Enthaltungen bedeuten eine Ablehnung, gegenwär-
tig erneut abzustimmen.

Verabschiedet wurde eine neue Erklärung an die badisch-elsässische Bevölkerung, in der zum Ausdruck kommt, daß man sich an das „Papier von Offenburg" nicht halten und daß man ihm auch nicht unterwerfen wird.

In der Presseerklärung, so enthüllt die „Stuttgarter Zeitung" vom 10. April, wurde handschriftlich aufgrund des Verlaufs der Sitzung am Schluß hinzugefügt: „Sollten die Bürgerinitiativen in diesem Vertrauen (daß die Bedenken der Bevölkerung ausgeräumt werden) enttäuscht werden, werden sie sich geeignete Schutzmaßnahmen vorbehalten."

In Trübsal verfällt die bürgerliche Presse, wenn sie über die Zukunft schreibt. So ist die Überschrift in der „Stuttgarter Zeitung": „Bis November herrscht Ruhe", und die „Badische Zeitung" schreibt, daß wenn es nach Ablauf des Baustopps zu Unstimmigkeiten kommen sollte, eine erneute Platzbesetzung nicht ausgeschlossen ist, und weiter: „Es ist heute ungewisser denn je, was nach dem 1. November in Wyhl geschehen wird."

Es ist noch nicht gelungen, die Einigkeit herzustellen gegen diejenigen, die immer von ihrer Unentbehrlichkeit ausgehen und dem Kampf großen Schaden zugefügt haben. Daß das notwendig ist, um das Ziel: Kein Kernkraftwerk in Wyhl! zu erreichen, wird die weitere Entwicklung noch deutlicher machen. Die Kernkraftwerk Süd und die Landesregierung wollen nach dem 1. November bauen, und die Bevölkerung will, daß nicht gebaut wird.

Während die bürgerliche Presse in Trübsal verfällt, wenn sie an die Zukunft denkt, an die Zukunft der herrschenden klasse, sind wir optimistisch, was die Zukunft anbetrifft. Die Arbeiter und Bauern produzieren den gesellschaftlichen Reichtum, sie können die Herrschaft der Kapitalistenklasse beseitigen, die reichen Parasiten abschütteln und die Produktion nach ihrem Willen und entsprechend ihren Bedürfnissen in die Hand nehmen. Diese Erkenntnis wird sich ausbreiten. – (r., Emmendingen)

Berichtigung

Durch einen Satzfehler ist in der Meldung zu Wyhl in der letzten KVZ der Sinn des vorletzten Satzes entstellt worden. Richtig muß der Satz heißen: „Immer deutlicher wird, daß man mit den Freunden der Landesregierung in den Bürgerinitiativen brechen muß . . .

Volksversammlung gegen BASF-Reaktor

Frankenthal. Gegen den Bau eines

Volksversammlung gegen BASF-Reaktor

Frankenthal. Gegen den Bau eines Atomreaktors für die BASF mitten im dicht besiedelten Rhein-Neckar-Raum fand in Frankenthal eine erste Informationsveranstaltung statt. Rund 250 Menschen kamen, es war die größte Volksversammlung in der kleinen Stadt seit Jahren. Eingeladen hatte die Initiative gegen den Bau des BASF-Kernkraftwerks. In Ludwigshafen-Oppau und in Bogenheim-Roxheim hatten schon mehrere Bürgerversammlungen gegen das Kernkraftwerksprojekt stattgefunden.

Es wurde gefordert, daß die Gutachten durch die Landesregierung offengelegt werden. Einstimmig wurde beschlossen, daß das BASF-Kernkraftwerk nicht gebaut werden darf.

DGB Mörfelden fordert zum 1. Mai „Ersatzlose Streichung des § 218!"

Mörfelden. Das DGB-Ortskartell Mörfelden tritt zum 1. Mai 1976 für die ersatzlose Streichung des § 218 ein. Dies wurde auf den Vorbereitungssitzungen des Ortskartells auf Vorschlag von zwei Vertreterinnen der Initiative gegen den § 218 Mörfelden/Walldorf beschlossen. Für den 30.4. lädt der DGB zu einer Podiumsdiskussion zum § 218 ein, an der Vertreter der örtlichen Parteien, der Gewerkschaften, der Ärzteschaft und der Kirche teilnehmen sollen. Sprechen wird ein Vertreter des DGB und ein Vertreter der Initiative gegen den § 218. In der alljährlich vom Ortskartell kostenlos verteilten 1. Mai-Zeitung wird ein Artikel der Initiative abgedruckt, der auf der letzten Vorbereitungssitzung debattiert und inhaltlich gebilligt worden ist. Der Einwurf einer DKP-Vertreterin, in der Mörfeldener Mai-Zeitung dürfe kein Artikel erscheinen, der die ersatzlose Streichung des § 218 und einen Volksentscheid gegen den § 218 fordere, da ja doch der DGB für die Fristenlösung sei, wurde zurückgewiesen. Ein Sozialdemokrat, der auch Stadtverordneter ist, meinte: „Wieso, hat hier jemand etwas gegen den Volksentscheid? Wir können ja darüber abstimmen.", worauf es die DKP-Vertreterin lieber nicht ankommen ließ. Sie hatte jetzt selbst nichts mehr dagegen einzuwenden. Ihr Entwurf für einen Artikel, der die Fristenlösung forderte, wurde abgelehnt.



Schwetzingen. Bazar des Komitees gegen den § 218 zur Vorbereitung des 1. Mai.

Schwetzingen. Bazar des Komitees gegen den § 218 zur Vorbereitung des 1. Mai.

Kapitalistischer Kindermord

Vom „Schutz des ungeborenen Lebens" hören die Arbeiter von den Kapitalisten nur, wo ihnen das Recht auf Abtreibung abgesprochen wird. Bei der Ausbeutung in den Fabriken ist davon nicht die Rede. Die Mutterschutzgesetzgebung ist völlig unzureichend. Und häufig genug setzen sich die Kapitalisten darüber hinweg. Die Folgen kann man aus einer Untersuchung ablesen, die vor einiger Zeit in Westberlin über die Säuglingssterblichkeit in Vierteln gemacht worden ist, die hauptsächlich von Arbeitern bewohnt sind. Eshat sich dabei herausgestellt, daß die Säuglingssterblichkeit in allen Stadtvierteln mit einem über fünfzigprozentigen Anteil von Arbeitern deutlich höher ist als in den anderen Vierteln. Von 1 000 Lebendgeborenen starben zwischen 1970 und 1972 im Durchschnitt in Kreuzberg, Wedding und Neukölln über 30 Säuglinge, während in Zehlendorf, wo die Reichen ihre Villen haben, 18 Säuglinge gestorben sind. Zwar ist die Säuglingssterblichkeit seit 1948 in allen Vierteln zurückgegangen, doch haben sich die Unterschiede zwischen den Vierteln nicht nur beständig durchgehalten, sie sind in den letzten Jahren sogar krasser geworden.

Starben zwischen 1948 und 1964 in den ausgesprochenen Arbeitervierteln etwa 13 Prozent menr Säuglinge als in den anderen Bezirken, so waren es zwischen 1965 und 1972 sogar 45 Prozent mehr.

Die Bischöfe und der „Schutz des Lebens"

Gemeint ist der Schutz des Privateigentums

Nachdem der Vermittlungsausschuß von Bundestag und Bundesrat die Änderungsanträge des Bundesrates zur Neufassung des § 218 abgelehnt hatte, legte die CDU-Mehrheit im Bundesrat in der letzten Woche Einspruch gegen die Verabschiedung des neuen § 218 ein. Der Einspruch kann vom Bundestag mit absoluter Mehrheit überstimmt werden. Eine „Formalität", schrieb die „Frankfurter Allgemeine" am 6.4. unter der Überschrift: „Nur ein paar Wochen zum neuen Abtreibungsrecht."

Im Gesetzbuch haben die Parlamentarier, nachdem sie durch das Bundesverfassungsgericht an die kurze Leine genommen wurden, den wieder scharf gemachten Polizeiparagrafen 218 also in Kürze untergebracht.

Aber das Papier allein wird der bürgerlichen Klasse nicht viel nutzen. Die „Frankfurter Allgemeine" sorgt sich, ob eine „rigorose Anwendung der Strafvorschriften" durchgesetzt werden kann. Die Ablehnung der CDU im Bundesrat hatte denn auch weniger den Zweck, an dem Gesetzeswerk hier und da noch zu schärfen. Die „Frankfurter Allgemeine" weist selbst darauf hin, daß die beiden Entwürfe „offen oder verdeckt" „nahe" beieinanderliegen. Es geht der CDU hauptsächlich darum, auf dem Feld der Ideologie Raumverluste wettzumachen, die die herrschende Klasse in der Frage des § 218 hat einstecken müssen. Der Vertreter von Rheinland-Pfalz, Theisen, hat schon in der Bundesratsdebatte vom 12. März folgendes ausgeführt:

„Es geht . . . um ein besonders wichtiges Teilstück der Rechtspolitik, die sich – das ist doch wohl die allgemeine Auffassung hier – darin zu erfüllen hat, die **unverfügbaren** Inhalte unserer Verfassung zur Geltung zu bringen . . ."

Unverfügbar meint, dem Willen des Volkes entzogen. Für das Volk geht es beim § 218 keineswegs um etwas „Unverfügbares", seine Forderung ist: ersatzlose Streichung des § 218. Bei keinem Paragrafen des Strafgesetzbuches ist die Autorität des Gesetzes so verschlissen und die Ideologie, die diesen Paragrafen stützt, deutlicher der Heuchelei überführt worden. Tatsächlich ein „besonders wichtiges Teilstück der Rechtspolitik" für die herrschende Klasse, hier das aufgerissene Gemäuer schleunigst zuzuschmieren.

Für die Predigt vom „Unverfügbaren" verfügt die herrschende Klasse über gutausgebildete Kräfte. Davon stellen die Kirchen ein Hauptkontingent. Je unterwürfiger sich schließlich alle bürgerlichen Parteien der Marschrichtung der Reaktion eingegliedert haben, um so lauter haben die Kirchenfürsten gedröhnt und gewütet. Kurz vor der letzten Bundestagsdebatte brachte die katholische Bischofskonferenz erneut eine Erklärung „zum Schutze des ungeborenen Lebens" heraus, in der wiederum jede Regelung, die über eine enge medizinische Indikation hinausgeht, verdammt wird: „Gott befiehlt . . ., Du sollst nicht töten." „Der Verzicht auf den staatlichen Strafanspruch kann . . . nur für außergewöhnliche Notsituationen anerkannt werden", heißt es in der Erklärung der Bischöfe.

Für die Kirche hat der bürgerliche Staat einen „Anspruch" zu strafen und zu unterdrücken, und der ist „unverfügbar", denn der ist direkt von „Gottes Gnaden". Mit der Staatsgewalt müsse verhindert werden, daß die Mütter „willkürlich darüber entscheiden, ob das ‚werdende Leben' weiterleben darf." In der Auffassung der Kirche können „die Menschen" nur durch Unterdrückung davor bewahrt werden, sich auszurotten. Die Entscheidung der Mutter, ob sie ein Kind unter erträglichen Umständen aufziehen kann, ist von vornherein „willkürlich", ihr kann die Entscheidung nicht überlassen bleiben Der Garant der Sittlichkeit und der Menschenrechte ist für die reaktionäre Ideologie der Staat.

In dieser Ideologie ist die Wirklichkeit auf den Kopf gestellt. Für den bürgerlichen Staat und die herrschende Klasse ist das menschliche Leben überhaupt nicht „unantastbar". Mit dem Leben der Arbeiter und der Volksmassen gehen die Kapitalisten und ihr Staat höchst verschwenderisch um. In den Weltkriegen haben sie Millionen verheizt (mit dem Segen der Kirche). In ihren Fabriken hinterläßt die Ausbeutung Jahr für Jahr eine gewaltige Blutspur, 2,2 Millionen Verletzte, 5219 Tote für das Jahr 1974.

Höchst „willkürlich" wird von der Kapitalistenklasse und ihrem Staat über Leben und Gesundheit von Millionen verfügt.

Die arbeitenden Massen zählen für die bürgerliche Klasse nur etwas, wo sich ihre Arbeitskraft ausbeuten läßt. Von Würde und Schutz des Lebens ist da nicht die Rede.

In der reaktionären Ideologie wird die Würde des Menschen nur als etwas Abstraktes anerkannt und nur, wo es darum geht, die Arbeiter und das Volk damit zu fesseln. Der Zweck dieser reaktionären Ideologie ist, die Abhängigkeit des Arbeiters von den Kapitalisten aufrechtzuerhalten und die Abhängigkeit der Volksmassen vom bürgerlichen Staat. Um diese Abhängigkeit zu zementieren, wird verbreitet, daß die Massen sowieso zu nichts anderem fähig sind als zu einem Dasein als Knechte und daß man sie vor sich selbst schützen muß.

Ihre Plausibilität zieht diese Vorstellung allein aus den Verhältnissen, wie sie innerhalb der herrschenden Klasse selber herrschen, wo sie sich wie die Wölfe um das Eigentum an den Produktionsmitteln reißen und durch gesetzlichen Zwang gehindert werden müssen, sich gegenseitig zu erwürgen.

Dafür hat die Kirche ein fein ausgebildetes Verständnis. In einer Broschüre des Zentralkomitees der Katholiken wird als Argument gegen die Fristenlösung eingeflochten, daß sich dieses Gesetz nicht in die herrschende Rechtsordnung einfügen lasse, „ohne daß erhebliche Widersprüche auftreten. Oder soll z.B. das zwar gezeugte, aber noch nicht geborene menschliche Leben (nasciturus) in Zukunft nicht mehr erbberechtigt sein? Wenn aber der nasciturus erbberechtigt bleibt, dann werden in nicht wenigen Fällen schwangere Frauen, die ihr erstes Kind erwarten, um der Erbschaft willen von Verwandten erheblichem Druck ausgesetzt werden."

Das bringt das Problem auf seinen Kern. Daß die Rechtsordnung zum Schutze des Privateigentums ausgebildet und alles andere dem untergeordnet ist, das ist der „unverfügbare" Inhalt von Verfassung und Recht, um den es geht. Gott entpuppt sich als eine Larve, mit der sich das Kapital maskiert hat. Und die religiöse Vorstellung als Mittel, die Herrschaft der Ausbeuterklasse zu schützen.

Daß die Volksmassen in der Frage des § 218 selbständig gegen den bürgerlichen Staat die Forderung nach Streichung des § 218 vertreten, davor graut den schwarzen Reaktionären so sehr, daß sie die Sache gleich vollständig in ihr Gegenteil verkehren. Sie behandeln die Sache so, als habe der Staat für sich das Recht verlangt, „soziale Mißstände und Notlagen durch Tötung menschlichen Lebens zu beseitigen". Dabei rechnen sie mit dem Abscheu, den die Massen gegen staatlich angeordnete Zwangsabtreibungen haben.

Dies in eins zu setzen mit der Forderung, dem Staat das Recht aus der Hand zu schlagen, eine arme Frau, die in ihrer Verzweiflung zum Kurpfuscher getrieben worden ist, auch noch ins Gefängnis zu stecken , ist eine niederträchtige Verhöhnung der gerechten Forderungen des Volkes.

Dazu greifen die Reaktionäre, weil ihre Sorge groß ist, daß die Bereitschaft, „Opfer zu bringen" „nicht mehr genügend lebendig" ist und daß die „Maßstäbe für die Entscheidung in Konfliktsituationen" „überhaupt ins Wanken kommen". Sie fürchten „die gefährliche Entwicklung", daß die Massen nicht nur im Falle des § 218 auf die „Erlaubnis" des Staates nicht mehr warten und daß sie mit der Unterdrückung durch den bürgerlichen Staat Schluß machen. Deshalb lassen sie ihre Pfaffen Woche für Woche von den Kanzeln ihre Knechtsmoral predigen.

Die Arbeiter werden am 1. Mai der Reaktion öffentlich entgegentreten und sie werden die Forderung bekräftigen: Weg mit dem § 218! – (hv)

Uni Hamburg: Vollversammlung und Warnstreik

Die Zeichen stehen auf Sturm

Hamburg. Am Montag, den 12. April, fand an der Universität eine Studentenvollversammlung statt. Trotzdem erst seit einer Woche der Vorlesungsbetrieb begonne hatte und viele Seminare auch erst in dieser Woche beginnen, kamen über 2 500 Studenten. Beschlossen wurde auf Vorschlag des Allgemeinen Studentenausschusses ein zweitägiger Warnstreik.

Was stand an? Bereits im letzten Semester hatte die Behörde den AStA aufgefordert, bei zwei ehemaligen AStA-Vorsitzenden die Gelder für fünf Zeitungen und Flugblätter mit allgemeinpolitischem Inhalt einzutreiben. Darauf wurde wegen dieser Drohung für zwei Tage der ganze Lehrbetrieb bestreikt. 6 000 Studenten demonstrierten für das Recht auf Vertretungskörperschaften mit Politischem Mandat.

Jetzt versuchte es die Behörde erneut, mit Zahlungsbefehlen will sie das Geld wegen Wahrnehmung des politischen Mandats bei den ehemaligen AStA-Vorsitzenden direkt einziehen. In vielen Seminaren wurde gleich über die Sache diskutiert und Kampfmaßnahmen wurden besprochen. In einem Germanistik-Seminar mit 100 Mann waren 95 für Streik. Die Germanistikstudenten zwangen den Fachbereichsrat auch zu einer Erklärung, daß keinem Studenten aus einem Streik Nachteile erwachsen würden. Das war ein großer und wichtiger Erfolg, denn die Professorenmafia läßt nichts unversucht, die Studenten mit Leistungsnachweisen zu erpressen.

1 056 Stimmen erhielt der Vorschlag des Allgemeinen Studentenausschusses auf der Vollversammlung, der sofort zwei Tage Warnstreik mit einer Demonstration am zweiten Tag und eine Vollversammlung am Mittwoch nach Ostern vorsieht.

Die Sozialistische Studentengruppe
Die Sozialistische Studentengruppe
(SSG) brachte dagegen folgenden Vorschlag ein: Aktionstage bis Ostern, um die Front zu erweitern und um in allen Seminaren, die teilweise auch erst jetzt anfangen, Beschlüsse zu fassen. Ultimatum an die Behörde bis Ostern, die Zahlungsaufforderung zurückzunehmen, wenn das nicht der Fall ist, dann voller Streik. 1 026 hatten für diesen Vorschlag auf der Vollversammlung gestimmt.

Zu Beginn der Vollversammlung wurde fast einstimmig eine Solidaritätsadresse an die kämpfenden Arbeiter von Heidenreich & Harbeck geschickt.

In der Resolution werden alle Studenten aufgerufen, am 1. Mai an der DGB-Demonstration teilzunehmen.

Die Auseinandersetzung auf der Vollversammlung ging darum, mit welchem Ziel der Streik geführt werden soll und wie der Streik entwickelt werden muß. Die politische Spaltung innerhalb der Studentenschaft hindert den Kampf. Einzig die Geschlossenheit der Studenten garantiert den Sieg.

Die Reaktion will den RCDS aufbauen als Trupp innerhalb der Studentenbewegung. Das soll zersetzend wirken. Bisher hat der RCDS auf den Kampfversammlungen der Studenten nichts zu suchen gehabt. Jeder weiß, daß er reaktionär ist und den Kampf zerschlagen will. Jetzt tritt ein Juso auf, um zu helfen. Die demokratischen Rechte seien unteilbar, deshalb müsse der RCDS auch mitreden dürfen. An der Universität haben aber überhaupt nicht alle die gleichen Rechte. Die Reaktionäre und Kapitalistensöhne sind nicht vom Staat abhängig. Mit Geld im Rücken läßt sich gut studieren. Bisher hat man noch nicht gehört, daß ein Reaktionär in der Prüfung bespitzelt wurde. Gegen die staatliche Unterdrükkung nehmen die Studenten den Kampf auf. Dabei müssen die Reaktionäre bekämpft werden. Man kann sie überhaupt nicht dulden. Die Jusos aber predigen Versöhnung mit dem RCDS.

Die DKP-Studenten wollen den Kampf führen als Rechtsstreit. Zu Biallas sagen sie: „Uns wirft er vor, Rechtsbrecher zu sein, doch er selber ist es, der das Recht bricht." Und weiter: „Demgegenüber verlangen wir vom Hochschulamt und Unipräsidium in Wort und Tat ein klares Bekenntnis zu diesem Grundrecht." (MSB-Flugblätter)

Die Studenten sollen ins Feld geführt werden, um die Staatsvertreter zu Bekenntnissen zu ihren Gesetzen zu zwingen. Bei solch Vorhaben muß der Kampf gefesselt werden. Vor der Vollversammlung haben sie vorgeschlagen, sofort zwei Tage Warnstreik, dann erst mal Luft holen. Die Streiktage waren geplant als bessere Aktionstage. Die Erfahrungen mit den DKP-Studenten aus dem letzten Streik beweisen es. Gegen Streikposten haben sie damals gehetzt.

Auf der Vollversammlung mußten sie Farbe bekennen. Sie haben geblufft. Man wolle sofort Streikposten aufstel-
Man wolle sofort Streikposten aufstel-
len, alles abriegeln. Nach Ostern könne man sehen, ob man weiter streikt. Es haben viele dies noch geglaubt. Die DKP-Studenten wollen die Kampffront aber nicht aufbauen. Denn klar ist jedem, mit zwei Tagen Streik ist nichts zu erreichen. Die Behörde will die Kraftprobe. Die kann nur bestanden werden, wenn sich die Kampffront stärkt und ausdehnt auf mehr Studenten als noch auf der Vollversammlung waren.

Heute, am ersten Streiktag, haben die Revisionisten dann auch keinerlei Anstalten gemacht, die Studenten in der Universität zu halten und sie für die aktive Unterstützung des Streiks zu gewinnen. Teilweise sind ganze Seminare wieder nach Hause gegangen, wo dies nicht verhindert wurde. Die Taktik ist klar, nach Ostern sich hinstellen und rumtönen: Jetzt ist genug und mehr ist auch nicht drin.

Unter dieser Überschrift hatten die Studenten des Kommunistischen Bundes (Nord) nach einer Woche, am letzten Donnerstag, endlich ein Flugblatt herausgegeben. Sie wußten nicht, was zu tun sei. Der Angriff sei ja gar nicht gegen den AStA, sondern gegen Einzelne. Die Vollversammlung sei zu früh einberufen worden. Man müsse erst noch zwei Wochen mobilisieren und könne dann entscheiden, ob man eventuell einen Streik macht. Auf der Vollversammlung haben sie den Studenten zwar Kampfbereitschaft bescheinigt. Aber das reiche nicht. Das war eine Ohrfeige vom Oberschulmeister, der die ganze Woche über die Klappe gehalten hatte und die Taktik der Behörde beschönigt hatte als Schlag gegen Einzelne und nicht gegen den AStA. Immerhin konnten sie gezwungen werden, auf der Univollversammlung für einen Streik nach Ostern einzutreten, wenngleich sie dabei auch darauf gehofft haben mögen, daß der erst am Sankt Nimmerleinstag stattfindet. Den Streiks organisieren sie mit, was gut ist. Aber auch nicht mit dem Ziel, die Kampffront nach Ostern aufzubauen, und zwar so aufzubauen, daß der Streik weitergeführt wird, wenn die Behörde ihre Drohung nicht zurückzieht. Sie schreiben in einem Flugblatt heute, man müßte diskutieren „um die Möglichkeit gemeinsamer Aktion über verschiedene Ausbildungsbereiche hinweg ins Auge zu fassen, um damit den politischen Druck gegen den Abbau der demokratischen Rechte insgesamt zu verstärken". Das lenkt von dem konkreten Kampfziel ab, die Behörde zur Zurücknahme der Zahlungsbefehle zu zwingen. Dazu muß an der Universität die Kampffront für die nächste Woche aufgebaut werden. Dazu gibt es gute Ansätze, wie die 1 026 Stimmen auf der Vollversammlung für den Vorschlag der SSG gezeigt haben und auch die Ereignisse am heutigen Streiktag. Eine Aktionsberatung von Studenten ist heute zum Universitätspräsidenten gezogen, um die Rücknahme der Strafanzeige gegen vierzig Studenten zu fordern, die der reaktionäre Dozent Petersen gestellt hatte.

Der Kampf ist unausweichlich, wollen die Studenten nicht das politische Mandat und den AStA preisgeben. – (s., Hamburg)



Streikplakat der Sozialistischen Studentengruppe für die Vollversammlung der Hamburger Studenten. Zur Erläuterung: Bei den im Vordergrund abgebildeten Spürhunden Petersen und Huber handelt es sich um bekannte Denunzianten bzw. Überwacher der Gedanken in den Köpfen der Studenten, soweit diese in den öffentlichen Dienst eingestellt werden wollen.
soweit diese in den öffentlichen Dienst eingestellt werden wollen.

Erpressungsmanöver der Jusos verhindert AStA-Bildung

Heidelberg. Am Donnerstag, dem 5. April, fand die konstituierende Sitzung des Studentenparlaments statt, um den neuen AStA zu wählen. Es lag vor eine „AStA-Konzeption" der spontaneistischen Linken Liste und ein Vorschlag für ein Programm der Aktionseinheit gegen die Reaktion der Roten Liste der Institutsgruppen. Gegen die Stimmen der Jusos und der Rechten beschloß das Studentenparlament als ersten Schritt die Anerkennung zweier von den Studenten gewählter und vom Rektor von Studium und Parlament ausgeschlossener Mitglieder der Kommunistischen Hochschulgruppe als Parlamentarier. Als wenig später der CDU-Pressesprecher und Chefredakteur des Rektoratshetzblattes Schrode erschien, ein bewährter Polizeispitzel und Reaktionär, wurde er von Studenten kurzerhand vor die Tür gesetzt. Die Jusos mochten gar nicht mit zusehen und nahmen dies als Vorwand, den Sitzungssaal zu verlassen, indem sie vom Studentenparlament verlangten, es solle den Rausschmiß verurteilen, wozu das Studentenparlament selbstverständlich nicht bereit war. Offensichtlich scheuen die Jusos die Debatte um ein Aktionsprogramm gegen die Reaktion, und hierfür war ihnen kein Vorwand zu schmutzig. In der Studentenschaft wird die Debatte weiter geführt werden.

Teilnahme an 1. Mai-Demonstration beschlossen

Braunschweig. Die Fachbereichsgruppe Chemie der Technischen Universität Braunschweig hat beschlossen, am 1. Mai an der DGB-Kundgebung teilzunehmen unter der Forderung „Weg mit dem niedersächsischen Verfassungsschutzgesetz!".

Dreitägiger Streik

Hamburg. Vom 7. bis 9. April führten die Sozialpädagogikstudenten an der Fachhochschule einen Streik für die Übernahme aller Studenten in das Berufspraktikum durch. Diesem aktiven Streik schlossen sich die Fachoberschüler und Schüler einer Berufsaufbauschule, d.h. der gesamte sozialpädagogische Ausbildungsbereich an.



Studentenwerk Braunschweig:

Bankdirektor fünfter Mann

Braunschweig. „Das Studentenwerk ist gut beraten, wenn es von einem Fachmann im Vorstand geführt wird", erklärte Prorektor Kampf der Technischen Universität Braunschweig.

Daraufhin wählten am 9.4.1976 die Professoren im Verwaltungsrat des Studentenwerkes Braunschweig – darunter die gesamte Universitätsspitze – gegen die acht Stimmen der Studentenvertreter den Bankdirektor Schmitz der Norddeutschen Landesbank als fünften Mann in den Vorstand

Die bisherige Zusammensetzung des Vorstandes (zwei Studenten / zwei Professoren) hatte der niedersächsischen Landesregierung nicht mehr gefallen, weil sich die beiden Studentenvertreter geweigert hatten, der Ausplünderungspolitik der Landesregierung durch Wohnheimmiet- und Mensapreiserhöhungen zuzustimmen. Die niedersächsische Landesregierung hatte deshalb mit Erlaß vom 3..2.1976 eine Änderung der Satzung verfügt: „Bei Stimmengleichheit muß der Vorstand innerhalb von 10 Tagen eine Entscheidung treffen. Kommt innerhalb dieser Frist eine Entscheidung nicht zustande, so tritt für die zu treffende Entscheidung ein vom Verwaltungsrat zu bestellendes Mitglied des Verwaltungsrats hinzu." (aus dem Erlaß) Bestellt wurde der Bankdirektor Schmitz, der folgendes mit dem Studentenwerk zu schaffen hat:

Fast 4 Millionen DM hat die Norddeutsche Landesbank als Darlehen (aus Bundes- und Landesmitteln) und als Hypotheken in Wohnheimen und Häusern des Studentenwerks investiert. Dafür kassiert die Bank jährlich über 60 000 DM an Gebühren und Zinsen.

Man sieht, was ein Bankdirektor als „Fachmann" für die Ausplünderung des Volkes mit dem Studentenwerk zu schaffen hat. Und die Wahl des Bankdirektors Schmitz in den Vorstand, was bedeutet das anderes, als daß die verstärkte Staatsaufsicht in verstärkter Unterwerfung des Studentenwerks unter die Politik des Finanzkapitals besteht?

In der nächsten Vorstandssitzung soll der Bankdirektor über die Mensapeiserhöhung von 1,40 DM auf 1,80 DM entscheiden. Schon haben die Instituts- und Basisgruppen, der Kommunistische Studentenbund und Teile der Jusos beschlossen, daß sie diese Entscheidung nicht abwarten werden, indem sie die Vorstandssitzung verhindern werden! – (p.r., KSB Braunschweig)

Das Motto lautet: Freiheit durch Eigentum

Wo die Reaktion mit der Hochschule längs will, das hat die 175. Plenarsitzung der Kultusministerkonferenz Freitag letzter Woche gezeigt.

Einmütig beschlossen da die Kultusminister der Länder, daß nur noch 25 Prozent aller Studienplätze als „Vorabquote" an Studienbewerber vergeben werden, die sich nicht dem Numerus Clausus unterwerfen müssen. Möglich nach dem Hochschulrahmengesetz ist eine „Vorabquote" von 30 Prozent. Im Rahmen dieser Quote werden Studenten zur Hochschule zugelassen, für welche die Nichtzulassung infolge des Numerus Clausus eine unzumutbare „soziale Härte" bedeuten würde, ausländische Studenten, Studenten von Fachhochschulen und aus dem Zweiten Bildungsweg.

Die Sozialdemokraten haben bisher diese sogenannte „soziale Härtequote" als ihren wesentlichen Beitrag dazu genannt, die Abhängigkeit des Hochschulzugangs von Besitz und Eigentum zu lockern. Freilich hat es damit nicht viel auf sich gehabt, wie man aus Bayern weiß. Dort hat sich herausgestellt, daß die Studienplätze für „soziale Härtefälle" im überwiegenden Ausmaß benutzt wurden, um „prominenter Eltern" Kinder, welche am Numerus Clausus gescheitert waren, doch noch an der Hochschule einzuschleusen. (Süddeutsche Zeitung, 10. März)

Aber selbst auf den propagandistischen Zweck dieser „Härtequote" verzichten die Sozialdemokraten jetzt weitgehend. Mit der Einschränkung der „Vorabquote" für die Zulassung zur Hochschule wird der Kreis der Studienbewerber, der sich dem Numerus Clausus unterwerfen muß, vergrößert. Das schafft die Konkurrenz der Studienbewerber untereinander und erweitert gleichzeitig ihre Abhängigkeit vom bürgerlichen Staat. Anpassung an die Anforderungen und Ideale der bürgerlichen Klassenerziehung, wie sie in den Schulnoten gemessen wird, soll wieder zum absolut vorherrschenden Auswahlkriterium werden.

Aber was steckt hinter diesem Auswahlkriterium und aus welchem Holz ist es geschnitzt? Es bedeutet freien Hochschulzugang für jeden, dessen Eltern genügend Geld haben, um im staatlichen Schulwesen, auf einer Privatschule, durch Nachhilfeunterricht oder sonstwie ein Numerus-Clausus-würdiges Abitur zu erkaufen. Der Beschluß läuft so darauf hinaus, die von der CDU/CSU gepriesene Einheit von Freiheit und Eigentum, womit gemeint ist Freiheit durch Eigentum, an der Hochschule wieder voll zur Geltung zu bringen.

Die Kehrseite davon ist verstärkte Unterdrückung für die Jugend der besitzlosen Klassen, wo sie über die lange quälende Ochsentour auf den Schulen und an den Hochschulen darauf setzen, besser bezahlte Posten z.B. als Lehrer zu erhalten.

Die Einmütigkeit, mit welcher die Kultusminister diesen Beschluß faßten, macht auch deutlich, daß die Sozialdemokraten nicht einfach bewegungslos vor dem Scherbenhaufen ihrer Bildungspolitik stehen. Vielmehr machen sie sich die reaktionären Positionen der CDU/CSU zu eigen. Feststellen muß man, wie sich der SPD-Nachwuchs an den Hochschulen, die Jusos, zu diesem Beschluß ihrer Parteioberen verhält. – (e.r.)

„Zivile Verteidigung" – zur Unterdrückung des Volkes

Kassel. Nach über einjähriger Pause hatte die Sektion Kassel der „Gesellschaft für Wehrkunde" wieder zu einer öffentlichen Vortragsveranstaltung eingeladen. Thema: Die zivile Verteidigung. Referent: Regierungsdirektor Beßlich von der „Akademie für zivile Verteidigung" beim Bundesinnenministerium.

Ein bemerkenswertes Thema zu einem bemerkenswerten Zeitpunkt mit einer bemerkenswerten Teilnehmerzusammensetzung. Insbesondere eingeladen waren nämlich, wie der Sprecher der Sektion erklärte, Vertreter der Behörden. (Die Gesellschaft für Wehrkunde selbst setzt sich aus ehemaligen Reserve- und aktiven Offizieren zusammen). Es war dann auch eine illustre Gesellschaft, die sich da versammelte. Neben 8 Offizieren und einem Hauptfeldwebel in Uniform rund 70 Herren meist reiferen Jahrgangs. Es roch nach Kapital, Eichenlaub und Bürokratie.

Nun zu den wichtigsten Punkten im Vortrag des Regierungsdirektors. Die zivile Verteidigung im nationalen Bereich umfaßt vier Bereiche:

1. Die Aufrechterhaltung der Staats- und Regierungsgewalt

Hier stellte der Referent insbesondere zwei Punkte heraus. Nämlich die Sicherstellung der Tätigkeit der Sicherheitsorgane (Polizei, Verfassungsschutz, Grenzschutz), die ja gerade in Krisen- und Spannungszeiten an Bedeutung gewinnen würden. Und die Sicherstellung des Rundfunk- und Fernsehnetzes auch unter Bedingungen militärischer Konflikte. Dies deshalb, damit die Regierung den in solchen Zeiten auftretenden Zersetzungserscheinungen in der Bevölkerung propagandistisch entgegentreten könne.

2. Der Zivilschutz

Der Zivilschutz schließt ein die Maßnahmen des Selbstschutzes (etwa 1. Hilfe-Ausbildung), das Warnungs- und Alarmierungssystem, das Gesundheitswesen, die „zivilen Einsatzverbände" Technisches Hilfswerk, Deutsches Rotes Kreuz, Arbeiter-Samariterbund, Malteser Hilfsdienst sowie die Johanniter-Unfallhilfe, den Schutz von Kulturgut, die Aufenthaltsregelung.

Diese „zivilen Einsatzverbände" haben es in sich, ca. 20 % des gesamten Etats für zivile Verteidigung wird hier reingesteckt. Dies nicht wegen der Personalkosten, sondern wegen des Einbaus von Fernmeldeeinrichtungen. Tatsächlich verbirgt sich hinter den „zivilen Einsatzverbänden" ein Netz von Fernmeldeeinrichtungen, das die ganze Bundesrepublik überzieht. Die Bedeutung eines solchen Netzes, unabhängig von den Nachrichtenverbindungen der Post, für den Staatsapparat in Zeiten der inneren Unruhe liegt auf der Hand. Mit gutem Grund waren beispielsweise in der russischen Revolution die Telegraphenämter eine der ersten Ziele der Volksmassen.

Aber auch der Punkt „Aufenthaltsregelung" verdient Beachtung. Was sich dahinter verbirgt, ist die Tatsache, daß im Spannungs- und Kriegsfall angeordnet werden kann, daß die Volksmassen ihren Wohnort nur mit Erlaubnis der Behörden verlassen oder wechseln dürfen. Daß diese Maßnahme ein erhebliches Hindernis für den Zusammenschluß der Volksmassen sein kann, bedarf nicht der Erläuterung.

3. Die Versorgung

Kern der in diesem Bereich vorgesehenen Maßnahmen für Krisen-, Spannungs- und Kriegszeiten sind die auf dem Boden der Notstandsgesetze entstandenen „Sicherstellungsgesetze".

Die Sicherstellungsgesetze für Wirtschaft, Wasser und Verkehr sowie das Arbeitssicherstellungsgesetz. Insbesondere das Arbeitssicherstellungsgesetz, das die Anordnung der Arbeitsverpflichtung vorsieht, geht dabei ganz eindeutig von der Vorstellung aus, daß der Staat in solchen Krisenzeiten nicht auf die Unterstützung des Volkes hoffen kann, sondern diese erzwingen muß.

4. Die Unterstützung der Streitkräfte

Die Unterstützung der Streitkräfte umfaßt Maßnahmen, um im Spannungs- und insbesondere Kriegsfall die Versorgung der Armee mit Mensch und Material zu gewährleisten. So ist z.B. die Zwangsverpflichtung von - auch weiblichem - Sanitätspersonal für die Truppen vorgesehen, die zwangsweise Einziehung von Zivilfahrzeugen für die Streitkräfte, die zwangsweise Verpflichtung etwa von Reparaturwerkstätten, für die Streitkräfte zu arbeiten usw. Auch hier wird also die Vorstellung deutlich, daß die Unterstützung der Truppen im Volk erzwungen werden muß.

Dies ist nur ein sehr knapper Ausschnitt aus dem Komplex der zivilen Verteidigung, es wird nötig sein, an anderer Stelle umfassender darauf einzugehen. Soviel läßt sich aber sagen: Die zivile Verteidigung ist die notwendige Ergänzung der militärischen Vorbereitung der westdeutschen Imperialisten. Sie zeigt, daß die westdeutschen Imperialisten umfassende Vorbereitungen treffen, ihre Herrschaft im Falle bewaffneter Auseinandersetzungen gegen „äußere" Gegner wie gegen das eigene Volk sicherzustellen.

Die Veranstaltung der Gesellschaft für Wehrkunde in Kassel war in diesem Zusammenhang ein deutlicher Wink an die hiesigen „Würdenträger", sich ihrer Aufgaben im Bereich der zivilen Verteidigung bewußt zu werden. Die betreffenden Herren haben den Wink verstanden. So wurde in der Diskussion z.B. beraten, ob nicht die „zivile Verteidigung" in die Ausbildung der Beamten aufzunehmen sei, oder ob es nicht nötig sei, diesen Komplex in den Schulunterricht aufzunehmen.

Man muß die Pläne der Imperialisten vereiteln, und der erste Schritt dazu ist, daß man sie offenlegt. Man wird die Vorbereitungen der westdeutschen Imperialisten sorgfältig beobachten und untersuchen müssen. – (hd, Soldaten- und Reservistenkomitee Kassel)



Bundesgrenzschutzsoldaten. Der Bundesgrenzschutz ist ein Instrument, das im Rahmen der „zivilen Verteidigung" gegen das Volk zum Einsatz kommt. Auf diese Tätigkeit wird er derzeit intensiv vorbereitet.

An die Arbeiter von Heidenreich

Hamburger Soldaten solidarisieren sich mit den Arbeitern von Heidenreich & Harbeck im Kampf gegen Entlassungen

Hamburg. In Hamburg-Rahlstedt haben bisher etwa 15 Soldaten eine Solidaritätsadresse unterzeichnet, die ihre Unterstützung mit dem Kampf der Arbeiter der Maschinenfabrik Heidenreich & Harbeck ausdrückt.

Die Einheit der Arbeiter in den Kasernen mit ihren Kollegen draußen ist genau das, was der Bundeswehr enorm schadet und was die Offiziere deshalb verhindern wollen. Es ist nicht verwunderlich, daß die Kollegen die Unterschriften unter zum Teil erheblichen Schwierigkeiten sammeln mußten. Bei ihrem Verbot haben sich die Offiziere auf die Soldatengesetze berufen, die den Soldaten das Recht auf freie politische und gewerkschaftliche Betätigung nehmen. Einem Kollegen ist bereits mit einer Versetzung und zusätzlichem Dienst gedroht worden, da er „offensichtlich nicht ausgelastet sei, wenn er auf derartige Gedanken komme".

Resolution

Soldaten im Standort Hamburg-Rahlstedt

An den Vertrauensleutekörper der Firma Heidenreich & Harbeck, Hamburg

„Kollegen,
mit großem Interesse haben wir den Kampf Eurer Belegschaft gegen die geplante Stillegung der Fabrik und die drohende Entlassung von 800 Kollegen verfolgt. Mit dieser Resolution wollen wir unsere volle Solidarität mit Eurem Kampf zum Ausdruck bringen und dokumentieren, daß wir als Soldaten hinter den Kasernenmauern uns als Arbeiter in Uniform begreifen, die für 15 Monate aus ihrer alten Umgebung gerissen werden.

Der größte Teil der Kollegen in den Kasernen hat als Arbeiter vor dem Wehrdienst an den betrieblichen Auseinandersetzungen teilgenommen und wird nach dem Wehrdienst wieder in den alten Betrieb gehen. Durch die Krise wird unsere Existenz draußen immer unsicherer und bedroht durch Arbeitslosigkeit, Kurzarbeit, Massenentlassungen, Betriebsstillegungen, Bankrotte und durch den Abbau des Reallohns. Diese Entwicklung und die Existenzangst geht nicht an den Soldaten vorbei. So entzünden sich während der Tarifkämpfe immer wieder Diskussionen über die Abschlüsse, für die wir nach dem Wehrdienst arbeiten müssen. Auch in bezug auf die geplante Schließung der Maschinenfabrik Heidenreich & Harbeck gab es viele Diskussionen.

Wir begrüßen Eure entschlossenen Kampfmaßnahmen und wünschen Euch vollen Erfolg!

Kollegen, am 1. Mai demonstrieren wir an Eurer Seite!"

(Bisher etwa 15 Soldaten im Standort Hamburg-Rahlstedt) – (Aus: Ortsbeilage Hamburg der KVZ Nr. 14)

1. Mai: Uniformverbot im Sanitätsbataillon 8

Murnau/Ravensburg. Um die Teilnahme von uniformierten Soldaten an „politischen Aktionen" zum 1. Mai zu verhindern, wurde ein Verbot ausgesprochen, zum 1. Mai die Kaserne in Uniform zu verlassen. Viele Soldaten hatten am 1. Mai 1975 zusammen mit ihren Kollegen aus den Betrieben an Kundgebungen und Demonstrationen teilgenommen. Sie haben gezeigt, daß sie sich nicht vom Volk trennen lassen, auch wenn sie in Kasernen gesperrt werden und es verboten ist, mit Zivilisten über das Kasernendasein zu reden.

Hauptfeldwebel Arndt, ein Versicherungsagent

Munster. In der Nachschublehrkompanie 90 in der Schultz-Lutz-Kaserne macht der Spieß, Hauptfeldwebel Arndt, sein Geschäft mit der unsicheren Lage der Rekruten. Dort spielt sich jedes Quartal das Gleiche ab. Wenn die Neuen kommen, hält der Spieß erst einmal ein paar Stunden ab, wo er mit irgend so einem Versicherungsagenten versucht den Neuen eine Versicherung aufzuschwatzen.

Einem Soldaten schwatzte er so viel auf, daß diesem von seinem Wehrsold nur noch 30 DM monatlich übrig blieben. Werden einem schon im Zivilen die Gelder durch überhöhte Preise aus der Tasche gezogen, so kommen die Profitgeier auch schon in die Kaserne und machen aus der unversicherten Lage der Soldaten ihr Geschäft. Und von den Offizieren und Unteroffizieren wird das gebilligt, sie machen offenbar ein Geschäft mit Vermittlungsprämien.

Neue Fachhochschulrichtung

Polizeiausbildung – wissenschaftlich

Bielefeld. Der hiesigen Fachhochschule wurde jetzt ein neuer Bereich angegliedert: der Fachhochschulbereich Kriminalpolizei! Damit ist Bielefeld die erste Fachhochschule, die obere Kripo-Beamte „wissenschaftlich" schult für die „Technik" der Volksunterdrückung. Beschlossen hatte dieses Projekt die Innenministerkonferenz, und so sieht es das Programm für die „Innere Sicherheit" vor. Zur Sicherung der Ausbeutung, zur Sicherung der politischen Herrschaft der bürgerlichen Klasse gibt es keinen Einstellungsstopp. „Das Land Nordrhein-Westfalen sei vielmehr ermächtigt, für alle geeigneten Bewerber entsprechende Stellen zu schaffen." (Neue Westfälische vom 7. April)

Diese Studenten werden nicht auf das magere BAFöG angewiesen sein: „Folgende Vorteile bringt das Fachhochschulstudium bei der Polizei ...: Anstellung als Beamter auf Widerruf am ersten Studientag; Freistellung vom Wehrdienst; monatlich 1 300 DM brutto und Zulagen bei Einsatz in der Praxis; keine Sozialversicherungskosten; freie Heilfürsorge; sicherer Arbeitsplatz auf Lebenszeit." Aber nicht jeder Bewerber auf einen solchen Studienplatz wird angenommen: Sie werden auf Herz und Nieren auf ihre Unterdrückerqualität geprüft: „Es beginnt mit vierstündigen Psychotests, die von etwa 50 Prozent der Teilnehmer bestanden werden." Es komme „besonders darauf an, die Beweggründe für den Wunsch, bei der Polizei eingestellt zu werden, herauszufinden. Die Bewerber müßten alle Aufgaben der Polizei voll bejahen. 10 Prozent schaffen diese Hürde. Gerade von jungen Damen höre er (der Polizeipräsident Funk) oft, sie wollten zur Polizei, um anderen Menschen zu helfen. Sie stellten sich vor, bei der Kripo Motivforschung statt Strafverfolgung betreiben zu können. Manche verneinen sogar Strafverfolgung und Strafe und glaubten, es sei ihre Aufgabe, festzustellen, warum eine Tat begangen worden sei. Dies alles sei für den gesetzlichen Auftrag der Polizei nur am Rande von Bedeutung. Interessenten mit dieser Einstellung seien fehl am Platz und würden im Polizeiberuf nur unglücklich."

In solch schöner Offenheit ist noch selten die einzige Aufgabe der Polizei herausgearbeitet worden, und es wundert gar nicht, daß für so ein mieses Geschäft nur wenige geeignet sind. Und diese wenigen müssen durch viel Geld auch noch bei der Stange gehalten werden. Durch eine solche Ausbildung zum Unterdrückungskader will die Bourgeoisie Pannen ausschalten, wie sie vorkommen können, wenn die Beamten Verständnis entwickeln für die Ziele der Kämpfe der Arbeiterklasse und des Volkes und es geschieht, daß z.B. bei Kämpfen gegen die Fahrpreiserhöhungen der Unterdrückungseinsatz verweigert oder nur sehr widerwillig durchgeführt wird.

Die Einrichtung des Polizei-Fachhochschulbereichs zeigt, daß es für die bürgerliche Klasse schwieriger geworden ist, mit den herkömmlichen Mitteln den Massenbewegungen beizukommen. Offenbar soll jetzt verstärkt auf Erkenntnisse und Methoden der bürgerlichen Wissenschaft gesetzt werden. Diese aber hält die Volksmassen für dumm und stumpf. Diese Wissenschaft hat keinen Begriff davon, welche Fähigkeiten und welchen Ideenreichtum die Arbeiterklasse und die Volksmassen entwickeln, wenn sie beginnen, dies Ausbeutungssystem, mit dem Marxismus-Leninismus gewappnet, zu bekämpfen. Die Bourgeoisie aber hat blutig erfahren müssen, daß es ihr mit allen wissenschaftlichen Vernichtungsmethoden nicht gelungen ist, den Kampf der indochinesischen Völker niederzuschlagen. (Alle Zitate aus der Neuen Westfälischen vom 7. April) – (r., Bielefeld)

Reaktionen auf Soldatenforderungen

Homberg / Kassel. Anfang dieses Jahres haben die Mannschaftsdienstgrade der Ausbildungskompanie 15/2 in Homberg eine Resolution verabschiedet, die in der KVZ abgedruckt wurde. In 8 anderen Zeitungen, die angeschrieben wurden, erschien nichts. In der Resolution wurde gefordert: Dienstausgleich für Wochenenddienste, Ausgleich für Überstunden. Von 11 Soldaten wurden die Forderungen nach Lohnfortzahlung, Bezahlung von Schülern und Studenten gleich wie Zeitsoldaten, Kündigungsrecht für Zeitsoldaten, unterstützt.

Die Reaktion darauf haben allen Beteiligten den Charakter der Bundeswehr drastisch gezeigt. Zuerst schaltete sich der MAD ein und recherchierte. Die Personalakte eines KBWlers wurde vorgenommen, dann versuchte der stellvertretende Kompaniechef herauszubekommen, wer an der Sache beteiligt war und andere Einzelheiten. Der Batallionskommandeur wollte dem Vertrauensmann einreden, eben jener KBWler hätte die Soldaten ausgenützt für seine Zwecke und hätte seine Befugnisse angemaßt, die dem Vertrauensmann zustehen. Auf der gleichen Welle schwamm auch der MAD bei einer „Unterredung" mit dem Vertrauensmann. Sie kamen damit aber nicht durch. Der KBWler wurde nach Schwarzenborn, einem entlegenen Truppenlager und Übungsplatz „abkommandiert".

Außerdem versuchte der MAD herauszubekommen, wer die 11 Leute waren, die der Lohnfortzahlung usw. zugestimmt haben. Das hat er auch nicht geschafft.

Daß wir relativ schutzlos und ohne Gegenwehr leisten zu können, diesen Angriffen ausgesetzt waren und sind, liegt vor allem daran, daß wir nur sehr wenige sind (ca. 20 Mannschaftsdienstgrade, alles Ausbilder oder Hilfsausbilder, viele Zeitsoldaten). Wir haben es nicht geschafft, die Rekruten der 15/2 und die anderen Kompanien in der Kaserne einzubeziehen, aber wir stehen zu unseren Forderungen und hoffen, daß unser Beispiel anderen Soldaten Mut macht, für berechtigte Forderungen einzutreten und zu kämpfen. Eine breite Bewegung und kämpferische Geschlossenheit sind notwendig, um sie durchzusetzen, das zeigen die wütenden Gegenschläge, die dieser Staat austeilt gegen alles, was sich regt in seiner Armee. – (p., Soldaten- und Reservistenkomitee Kassel)

Militärzeitschrift rechtfertigt das Massaker von Guernica

Die Volksmassen in Spanien bereiten dem Faschismus in zähen, immer erneuten und breiteren Anstürmen schwere Niederlagen. Der Faschismus in Spanien geht seinem Ende entgegen. Fieberhaft bemühen sich die Imperialisten aller Länder um einen „Übergang", der das sichern soll, was das Faschistenregime ihnen gesichert hatte: die Ausbeuterherrschaft der Imperialisten über die Völker Spaniens.

Zusammen mit den Truppen Mussolinis hatte der deutsche Imperialismus Franco in den Sattel gehoben. Nach dem Zweiten Weltkrieg griff der US-Imperialismus dem Franco-Regime unter die Arme und sicherte sich das Land für die Ausbeutung durch die US-Monopole.

Inzwischen ist der westdeutsche Imperialismus wieder mit von der Partie, in den letzten Jahren hat das westdeutsche Kapital die Spitze bei der Ausfuhr von Kapital nach Spanien unter allen imperialistischen Ländern erobert. Eingliederung in EG und NATO ist das Ziel, um Spanien im Ausbeutergriff der Imperialisten zu halten. Heuchlerisch erklärt die Bourgeoisie, daß Spanien dafür die Mindestvoraussetzungen an Demokratie aufweisen müsse und betraut zugleich das herrschende Regime mit dieser Aufgabe, nicht ohne ihm bei jeder Gelegenheit das Markenzeichen liberal zu verpassen, unter dem auch in Westdeutschland die Bourgeoisherrschaft aufzutreten beliebt. Daß nun auch das Eingreifen des deutschen Imperialismus im spanischen Bürgerkrieg in altem Glanz wiedererstehen soll, ist dabei nicht verwunderlich.

Die Zeitschrift „Wehrwissenschaftliche Rundschau" widmet sich dieser Aufgabe durch die Besprechung eines Buches über „Guernica, 26.4.1937 – die deutsche Intervention in Spanien und der Fall Guernica" von K.A. Maier. Gelobt wird das Buch, weil es die „aufgebauschte Legendenbildung" „beleuchtet", die die widerstreitenden „britischen und deutschen Rüstungsinteressen" zum „Hintergrund" habe. „Denn Franco vergalt die deutsche Hilfe mit Kupfer und Schwefelkieslieferungen, die natürlich der englischen Rüstung entgingen."

Die Verbrechen, die der deutsche Imperialismus begangen hat, um an die Reichtümer Spaniens zu kommen, sind also Erfindungen – Legendenbildung – jener Imperialisten, die dabei den kürzeren gezogen haben. Zugleich enthüllt diese Art Rechtfertigung, aus welchen Interessen die deutsche Intervention im spanischen Bürgerkrieg erfolgte. Und was im weiteren folgt an Widerlegung der Legendenbildung, ist die Rechtfertigung der planmäßigen Kriegs- und Völkermordverbrechen zur Gewöhnung an die Möglichkeit neuer.

„Der Angriff, der Guernica zerstörte, wurde – wie bekannt – durch die Legion Condor und italienische Luftstreitkräfte geflogen. Aber: Die geringe Entfernung Renterias und der Brücke vom Stadtzentrum, die Sichtbehinderung durch die Bombenwirkung der zuerst angreifenden Kampfflugzeuge, die unzureichende Zieltechnik und die ungünstigen Windverhältnisse machen Fehlwürfe neben das eigentliche Ziel (Vorort, Brücke) erklärlich."

Die erste völlige Zerstörung einer Stadt aus der Luft, die Ermordung der Hälfte ihrer Bevölkerung war also das Ergebnis von „Fehlwürfen neben das eigentliche Ziel (Vorort, Brücke)". Nun war aber auch das „eigentliche Ziel", der Vorort und die Brücke von Guernica, zu dieser Zeit kein Frontabschnitt der republikanischen Front. Daß dort der Feind nicht stand, aber dennoch der Angriff gemacht wurde, findet bei den „Wehrwissenschaftlern" folgende Rechtfertigung: „Nun war nach der Haager Landkriegsordnung Guernica keine offene Stadt, sondern als Straßenknotenpunkt ein militärisches Ziel." Daß es nicht um diesen Straßenknotenpunkt ging, enthüllt der Schreiber jedoch selbst: „Wie erinnerlich hatten vom 8. bis 19. März 1937 die Italiener bei Guadalajara eine schwere Niederlage erlitten, die Franco zwang, schleunigst einen Erfolg an anderer Stelle zu suchen." Diese Stelle war Guernica, und der Erfolg war ein Terrorangriff auf die Bevölkerung und die totale Zerstörung einer unverteidigten Stadt.

Es ist die gleiche Völkermordpolitik, die hier das erste Mal in dieser Weise durch den deutschen Imperialismus angewandt wurde, wie später vom USA-Imperialismus, der durch Bombardierung der Bevölkerung im Norden eine Entscheidung im Süden Vietnams durchsetzen wollte. Die Imperialisten lernen nichts aus der Geschichte und sinnen immer nur danach, ihre Untaten zu wiederholen. Deshalb rechtfertigen sie sie.

In der Bewertung der Fakten kommt dem Verfasser ein anerkennenswertes Verdienst zu", schreibt die Zeitschrift. Allerdings habe er nicht weiterverfolgt die „These von einer weiteren Zerstörung Guernicas durch rotspanische Basken." Nachdem die Zeitschrift selbst geschrieben hat, daß Guernica von der Legion Condor unter Führung des Geschwaderkommodore von Richthofen zerstört worden ist, soll es also noch etwas zu zerstören gegeben haben für die „rotspanischen Basken". Und weiter: „Da in einem Kriege vieles in unbegreiflicher Widersprüchlichkeit und nicht nach Befehl und logisch geschieht, muß man diesen Aspekt ... als ‚nicht ohne Zerstörungskraft' ansehen."

In der Tat, etwas gab es damals noch, was nicht zerstört worden war, das waren die imperialistischen Aggressoren selbst. Ihre endgültige Vernichtung muß noch erfolgen. – (bb)

Norwegen: Das Streikrecht wird verteidigt

In der norwegischen Stat Stavanger wurden vor einem Jahr neun an einem Streik beteiligte Arbeiter des Norsk Hammerwerks entlassen. Das war das erste Mal seit 20 Jahren, daß in Norwegen streikende Arbeiter entlassen wurden. In ganz Norwegen hat sich seitdem eine breite Solidaritätsbewegung gebildet, die die Arbeiter unterstützt im Kampf um die Wiedereinstellung.

Versuch, das Streikrecht einzuschränken

Der Anlaß für den Streik war die Entlassung des Arbeiters Geir Sundet einen Tag vor Ablauf seiner Probezeit. Sundet war als Kommunist bekannt, so daß es unter den Kollegen keinen Zweifel gab, daß es sich um eine politische Entlassung handelte. Nach dem norwegischen Arbeitsgesetz sind politische Entlassungen, auch während der Probezeit, verboten. Ebenso nach den Arbeitsgesetzen verboten ist, aus Solidarität streikende Arbeiter zu entlassen.

Die Arbeiter haben deshalb vor Gericht geklagt. In erster Instanz wurde ihre Klage abgelehnt, der Betrieb bekam in allen Punkten recht. In einem Bericht aus Norwegen heißt es dazu:

„Das Gericht sprach schließlich den Betrieb in **allen** Punkten frei, wozu es die haarsträubendste ‚Beweisführung' gelten ließ. Die Klassenzusammensetzung der Jury ist nicht unwesentlich. Das Urteil wurde 2 : 1 gefällt. Der Berufsrichter und der Bürochef in der Jury sprachen den Betrieb frei, während der eine Laienrichter, der Holzarbeiter ist, den Arbeitern in allen Punkten recht gab."

Das Urteil, gegen das die Arbeiter Berufung einlegten, die in den kommenden Sommermonaten verhandelt wird, gab der Solidaritätsbewegung einen mächtigen Aufschwung.

Mittlerweile hatten sich in vielen Städten und Orten „Hammerwerk-Komitees" gebildet zur wirtschaftlichen und politischen Unterstützung der Arbeiter. Sie organisierten nach Bekanntwerden des Urteils überall große Demonstrationen, denn dieses Urteil wird angesehen als Versuch der Bourgeoisie, das Recht auf politische Solidaritätsstreiks, das sich die norwegische Arbeiterklasse erkämpft hat, zu beseitigen. Diese politische Bedeutung des Kampfes der Hammerwerk-Arbeiter ist der Grund dafür, warum sie so breit unterstützt werden. Von den rund 500 Komitees wurden z.B. schon über 500 000 norwegische Kronen gesammelt.

Streikunterstützungskomitees werden zu ständigen Einrichtungen

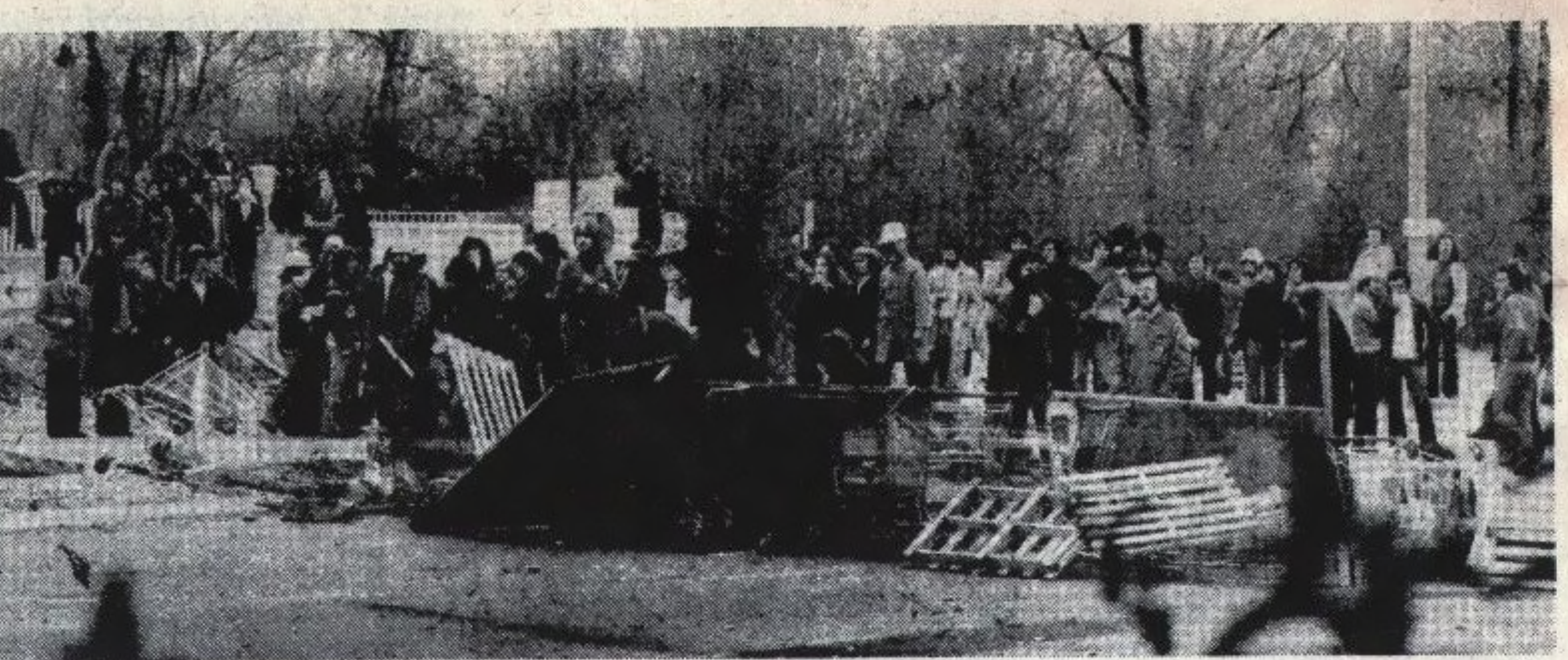
Die Unterstützungskomitees treten bei Streikaktionen immer häufiger in Erscheinung. Zum Teil sind sie zu permanenten Streikunterstützungskomitees geworden. Über ihre Funktion und Aufgaben heißt es in dem Bericht:

„In vielen Städten sind schon lokale Komitees aufgebaut worden, die gut funktionieren und aktuelle Streikkämpfe sofort unterstützen konnten. Neben einzelnen Geldsammlungen werden alle fortschrittlichen Menschen dazu aufgefordert, einen festen monatlichen Betrag in den Kampffonds zu zahlen. Es werden kleine Zeitungen der lokalen Komitees herausgegeben. Die Komitees sind nach Wohnvierteln organisiert und stellen keine Konkurrenzunternehmen zu den Gewerkschaften dar. Die breite Verankerung dieser Komitees kann an einem Beispiel verdeutlicht werden: Allein in Tromsö, einer Stadt in Nordnorwegen mit rund 40 000 Einwohnern, gibt es bereits 15 lokale Komitees. Sie werden auch dementsprechend von den Sozialdemokraten und modernen Revisionisten bekämpft, wobei die Kommunistenhetze in übelsten Formen angewandt und versucht wird, die Komitees als ‚Gegenorganisationen' zu den Gewerkschaften darzustellen. Dabei wird von den Komitees immer wieder unterstrichen, daß es notwendig ist, die Gewerkschaften wieder zu Kampforganisationen der Arbeiterklasse zu machen. Die Komitees sind aber immer notwendig, um die nicht gewerkschaftlich organisierten Teile des Volkes für die Solidaritätsarbeit zu gewinnen und zu organisieren.

Dazu kommt, daß die sozialdemokratisch beherrschten Gewerkschaften bis jetzt aktiv die Kämpfe sabotiert haben. Wo sie auf Druck der Massen hin nicht mehr umhin konnten, haben sie symbolische Beträge gespendet. In Tromsö hat z.B. die Gewerkschaftszentrale 300 Kronen an die Hammerwerk-Arbeiter gespendet, während rund 30 000 Kronen durch die Komitees an die Hammerwerk-Arbeiter überwiesen wurden. Die Hammerwerk-Arbeiter sagen selbst, ohne die Unterstützung der Komitees wären sie schon längst verhungert."

Die Solidaritätsarbeit mit den Hammerwerk-Arbeitern, die von Kommunisten der Marxistisch-Leninistischen Partei Norwegens und Unabhängigen getragen wird, wird auf dieser Basis weiter vorangetrieben und intensiviert.

„Die Arbeiter und alle jene, die sich mit ihnen solidarisieren, sind fest entschlossen, den Kampf nicht aufzugeben, bis daß er gewonnen ist. Tausende von Arbeitern und fortschrittlichen Menschen in Norwegen stehen felsenfest auf diesem Standpunkt. Daher sind wir trotz der massiven Drohungen, Einschüchterungs- und Spaltungsversuche der Bourgeoisie und der Reaktion nicht eingeschüchtert, sondern voller Kampfwillen und Zuversicht." – (Nach einem Bericht von G.S., Norwegen)



Französische Studenten haben Straßenbarrikaden errichtet.

Frankreich: Chemiearbeiter demonstrieren gegen Entlassungen

Paris. Am Donnerstag, dem 8. April, haben Tausende von Chemiearbeitern des Chemiekonzerns Rhone-Poulenc in Paris demonstriert. Diese zentrale Aktion der Arbeiter des Chemiekonzerns, die alle Gewerkschaften unterstützt hatten, war die Reaktion der Arbeiter auf die Ankündigung der Konzernleitung, im Bereich der Textilfaserherstellung 4000 Arbeiter zu entlassen. Einen Tag vorher haben 30 000 Arbeiter der Kartonpapierherstellung gestreikt. Schwerpunkt dieser Streikaktionen, deren Ziel die Verteidigung der Arbeitsplätze und die Unterstützung der Lohnforderungen der 130 000 Beschäftigten in diesem Zweig war, waren die im Südwesten gelegenen Fabriken. Am 10. März dehnten sich die Streiks der Karton-Papier-Arbeiter auch auf den Norden aus. Einen 24-stündigen Streik führten die Beschäftigten der Elektrizitätswerke am Mittwoche letzter Woche durch. Bei der Industrie fiel zeitweise die Stromversorgung aus. Die Metro, die Untergrundbahn in Paris, mußte am Morgen und am Nachmittag zeitweise den Betrieb einstellen. Zahlreiche Vorortzüge von Paris konnten wegen Stromausfall nicht verkehren. Erst Mittwochabend lief die Produktion wieder normal. Die Beschäftigten der Elektrizitätswerke haben diese Aktion zur Verteidigung ihres Lohnniveaus durchgeführt. Für den 15. April wurden daraufhin neue Verhandlungen zwischen der Direktion der Elektrizitätswerksgesellschaft und den Gewerkschaften zugesichert.

Für eine Verbesserung ihrer Einstufung streikten mehrfach verschiedene Abteilungen bei Renault Billancourt in Paris. Im Süden Frankreichs wehren sich die Weinbauern hartnäckig gegen den Versuch der Weinhandelsmonopole, den Preis für den Tafelwein unter die Erzeugerkosten zu drücken: Höchstens einen Franc (55 Pfennig) wollen sie für den Liter zahlen. Die Weinhändler werden dabei von der Regierung vollkommen unterstützt. Sie hat in die Weinanbaugebiete starke Gendarmerie-Einheiten verlegt, um Protestaktionen und Unruhen, wozu es in den letzten Wochen und Monaten immer wieder gekommen war, sofort zu zerschlagen. Zugleich sorgt die Regierung dafür, daß die italienischen Weine weiterhin nach Frankreich frei eingeführt werden können und auf den Preis der französischen Weine drücken. Wegen der Lira-Abwertung liegen sie noch wesentlich niedriger im Preis. Die französischen Weinbauern hatten ein Verbot des Imports der italienischen Weine gefordert und mehrfach aus Italien kommende Weintransporte angehalten und den Wein vernichtet. (Nach: Le Monde, 9. bis 12. April)

Frankreich: Studenten besetzen Hochschulen

In Frankreich befinden sich zur Zeit fast alle Universitäten ganz oder teilweise im Streik. In Lyon wird praktisch die ganze Universität bestreikt, nachdem am Mittwoch auch die Vollversammlung von Lyon den Boykott aller Lehrveranstaltungen und Prüfungen beschlossen hat. Auch in Paris, wo bislang die Bewegung hinter dem übrigen Land herhinkte, ergreift die Streikbewegung die studentischen Massen.

Die Streikbewegung der Studenten richtet sich gegen eine von der Regierung beschlossene Reform der Universität, die für die Studenten eine Verschärfung des Leistungsdrucks, eine allgemeine Einführung des inneren Numerus Clausus und praktisch das Verbot eines Wechsels des Studiums und des Studienorts mit sich bringt.

Darüberhinaus sollen ab Herbst die Vertreter des „lokalen Unternehmertums" ein Drittel der Sitze im jeweiligen Universitätsrat stellen, dem Gremium, das über den Studieninhalt bestimmt. Dadurch erhalten die Kapitalisten die Möglichkeit der direkten Überwachung des Studiums und der Studenten.

Schlecht wirkte sich den Zusammenschluß der Studenten gegen den bürgerlichen Staat anfangs der Einfluß der Revisionisten und Trotzkisten unter den Studenten aus, die Ideen der Versöhnung und Zusammenarbeit mit dem bürgerlichen Staat predigten. Aber ihr Einfluß ist im Verlauf des praktischen Kampfes gesunken, weil für die Studenten immer offensichtlicher wird, daß jedes Vertrauen in den bürgerlichen Staat nur dazu führt, sich dessen Bevormundung zu unterwerfen.

In den Streikkomitees, welche den Streik jetzt anleiten, sind die Revisionisten und Trotzkisten kaum noch vertreten, und teilweise haben sie auch schon offen begonnen, sich gegen den Streik zu stellen.

Entsprechend der tieferen Klarheit haben die Studenten auch ihre Aktionsformen geändert. In Clermont-Ferrand besetzten die Studenten Gebäude der Universität sowie die Büros des Rektors der Medizinischen Fakultät. In Amiens, wo die Studenten die Universität auch während der Ferien besetzt hielten, wurden Gruppen gebildet, die in der Stadt die Bevölkerung über die Studentenbewegung informieren sollten. Die Studenten organisierten eine Diskussion mit den Gewerkschaften CGT, CFDT und FEN. In verschiedenen Städten wurden die Universitätsdruckereien besetzt, um sich die nötigen Mittel zur Verbreitung von Informationen zu verschaffen. In Grenoble besetzten die Studenten am Dienstag ein Universitätsrestaurant. Am Mittwoch leiteten sie den Verkehr einer an der Universität vorbeiführenden Straße durch den Campus und verteilten Flugblätter an die Autofahrer, um so symbolisch gegen den Ghettocharakter der Universität zu protestieren. Den anrückenden Polizeikräften, die mit Tränengas vorgingen, hielten sie solange stand, bis jene abgezogen waren. Eine in Paris verbotene Demonstration wurde trotzdem abgehalten; etwa 400 Studenten wurden dabei zur Identitätskontrolle vorübergehend festgenommen.

Am Samstag, dem 10. April, fand in Amiens auf Einladung der dortigen Studenten eine nationales Delegiertentreffen der streikenden Studenten statt. (s., zur Zeit Grenoble)

„Anachronistischer Charakter der Theorie von Einflußsphären"

Unmittelbar vor Beginn des Parteitags der tschechoslowakischen KP hat unter diesem Titel die rumänische politische Zeitschrift „Lumea" einen Artikel veröffentlicht, der sich gegen das Hegemoniestreben der beiden Supermächte und deren „Theorie von der eingeschränkten Souveränität" der von ihnen abhängigen Länder richtet. Mit der „Theorie der eingeschränkten Souveränität" hatte die Breschnew-Clique 1968 ihren Überfall auf die CSSR zu rechtfertigen versucht. In dem rumänischen Artikel heißt es, in der heutigen Welt sei „die Frage der Selbständigkeit und der Unabhängigkeit jeder Nation, des Rechtes jedes Landes zur souveränen Führung seines Schicksals ein gesellschaftlich-geschichtliches Entwicklungsgesetz geworden". Es sei „unter solchen Umständen natürlich, daß Souveränität als ein universales Prinzip verstanden werden muß, das für alle und in Beziehung zu allen gilt, unabhängig von der Größe und vom gesellschaftlichen System des betreffenden Landes". (zitiert aus: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 12.4.)

Der 17. April 1975 – der größte Sieg in der Geschichte Kambodschas

Am 17. April ist der Jahrestag des vollständigen Sieges des kambodschanischen Volkes über den US-Imperialismus. Vom 15. bis 17. April feiern die Arbeiter, Bauern und die revolutionäre Armee die Errichtung ihrer Herrschaft in Kambodscha. Sie gedenken der Helden des Volkes, die im Kampf für die Befreiung der Nation und des Volkes ihr Leben gelassen haben, sie feiern die Errungenschaften der Revolution und legen die nächsten Aufgaben für den Aufbau des Sozialismus und die Verteidigung des unabhängigne Kambodscha fest.

Deshalb ist die imperialistische Presse gezwungen, erneut ihre Propaganda gegen die großartigen Errungenschaften des kambodschanischen Volkes zu verstärken. Dafür bleiben ihr allerdings nur haltlose Lügen. „Im ältesten Königreich Südostasiens", schreibt die „Welt" am 13.3., „regiert nun ein Regime, über dessen Brutalität im Umgang mit der Bevölkerung täglich neue Horrorgeschichten verlauten." „Der Krieg ist seit einem Jahr vorbei, aber im Land der freundlichen Menschen herrschen immer noch Hunger und Tod." „Von den Soldaten der kommunistischen ‚Roten Khmer' sind ganze Familien und manchmal ganze Dörfer niedergemetzelt worden." Die „Süddeutsche Zeitung" vom gleichen Tag nennt Zahlen, sie redet von 800000 bzw. 500000 Toten.

Haben sie früher den US-Völkermord gedeckt, so sollen dem kambodschanischen Volk jetzt die Opfer angelastet werden. 800000 Menschen sind tatsächlich ermordet worden, aber von den US-Imperialisten. „Fast 400000 Menschen wurden in unserer befreiten Zone ... getötet, ... in den zeitweise vom Feind kontrollierten Gebieten ... fast weitere 400000 Personen. Über 40000 Personen wurden verstümmelt oder verkrüppelt ... Die Gesamtzahl der Opfer beläuft sich auf mehr als eine Million Menschen." (aus der Rede von Hu Nim, Minister des Demokratischen Kambodscha, Radio Phnom Pneh, 30.3.)

Daran, daß der militärische Kampf nach dem 17. April auch nicht beendet war, trägt ebenfalls der US-Imperialismus die Verantwortung. Er hat die Mayaguez-Provokation benutzt, um Kambodscha erneut zu bombardieren und die Stadt Siem Reap erst im Februar 1976 erneut mit Bomben überfallen. Er hatte einen heimtückischen Plan ausgeheckt, wie er die Macht in Kambodscha erneut übernehmen kann. Durch die Zerstörung sämtlicher Produktionsanlagen, der Vorräte und der gesamten Infrastruktur sollte die revolutionäre Führung mit der Versorgung der 3 Millionen in Phnom Penh zusammengetriebenen Menschen vor eine ausweglose Lage gestellt werden. Bis zum September 1975 vorausbezahlte Söldnerbanden sollten den Hunger nutzen, um Chaos zu erzeugen und mit versteckten Waffen Aufstände auszulösen. Der Plan ist gescheitert, die Massen haben die Waffenlager aufgedeckt und die Saboteure entlarvt, die Agenten des US-Imperialismus unschädlich gemacht und sind aus der in Phnom Pneh gestellten Falle aufs Land gezogen, um dort die Reisproduktion voranzutreiben. Sie haben inzwischen nicht nur genügend, um ihren Hunger zu stillen, sondern können sogar exportieren. Sie haben sich eine demokratische Verfassung gegeben, einen Staat des Volkes errichtet und Arbeiter, Bauern und die Befreiungsarmee sind die Herren der Fabriken, Plantagen und der Ländereien.

Deshalb sind auch die Behauptungen der bürgerllichen Presse, Sihanouk sei über die Entwicklung in Kambodscha erschüttert und resigniert zurückgetreten, nichts als Lügen. In der Erklärung, mit der er am 2. April 1976 die Entbindung aus seinen politischen Aufgaben beantragt, stellt er fest:

„Heute ist mein Traum, ein Kambodscha zu sehen in Unabhängigkeit, Souveränität und territorialer Integrität, in seiner Neutralität und Blockfreiheit, die es für uns immer wiedererlangt hat, ausgestattet mit einem Regime, das fähig ist, dem Volk und der Nation wirkliche Souveränität, vollkommene soziale Gerechtigkeit, ein nationales Leben, vollständig rein (ohne Laster, Korruption und andere soziale Plagen) zu geben, dieser Traum ist wunderbar verwirklicht dank unserer Kämpfer und Kämpferinnen, unserer Bauern und Bäuerinnen, unserer Arbeiter und Arbeiterinnen unter der weitblickenden Führung unserer Angkor Revolutionäre."

Er schließt mit der Erklärung, daß „er stets und überall, wo er sich befindet, und unter allen Umständen ein glühender Unterstützer des kambodschanischen Volkes, der Revolution, der Volksversammlung, der Regierung, des Staatsrats der Angkor-Revolutionäre und der Revolutionären Armee des Demokratischen Kambodscha bleibt".

Die KVZ und ein Vertreter des KBW führten am 10. April ein Gespräch mit Chau Teary, Vertreter des Demokratischen Kambodscha bei der Botschaft in Paris. Chau Teary übergab für die KVZ die hier abgedruckte Ansprache, grüßt alle Freunde des kambodschanischen Volkes in der BRD herzlich und dankt ihnen für ihre bisherige und weitere Unterstützung im Kampf. Der KBW erhielt als Geschenk eine Fahne und die Verfassung des Demokratischen Kambodscha sowie Schallplatten mit der Nationalhymne und weiteren revolutionären Liedern aus Kambodscha. Während des herzlichen Gesprächs berichtete Chau Teary von den großartigen Errungenschaften der Revolution in Kambodscha während des vergangenen Jahres und nahm zu einer Reihe von Fragen Stellung.

Ein besonderes Problem stellt noch der Kampf gegen Malaria dar, eine Seuche, die die imperialistische Beherrschung dem Land hinterlassen hat. Durch die Beschaffung von Chlorochine und Chinin-Medikamenten können wir den Kampf dagegen unterstützen. (Außerdem werden Elektrokoagulatoren benötigt.)
Kambodscha-Spendenkonto:
Bezirkssparkasse Heidelberg, Nr. 4375092 (H.Leberl)

Das Volk von Kambodscha hat die Ketten der Sklaverei zerbrochen

Erklärung von Chau Teary, Mitglied der Vertretung der Regierung des Demokratischen Kambodscha in Paris

Der 17. April ist der Tag, an dem unser Volk und seine heldenhaften revolutionären Streitkräfte unter der rechtmäßigen und weitblickenden Führung der revolutionären Organisation von Kambodscha nach heftigem und schwierigem Kampf, in dessen Verlauf große und zahlreiche Opfer gebracht, Hindernisse und Schlingen überwunden wurden, den glorreichen und außergewöhnlichen Sieg errungen haben. An diesem Tag ist die geheiligte Erde Kambodschas völlig befreit worden. Nation und Volk von Kambodscha haben vollkommen und endgültig die Ketten der Sklaverei zerbrochen.

Der 17. April 1975 bedeutet für unser Volk einen ruhmvollen Sieg, der von weit größerer Bedeutung ist als es die wunderbare Epoche von Angkor war. Unser Volk, Volk eines kleinen Landes mit geringer Bevölkerungszahl, aber entschlossen, den Kampf ohne den Geist des Kompromisses oder der Verhandlung, ohne den Geist des Zurückweichens zu führen, entschlossen, unbeirrbar die Linie der Unabhängigkeit und Souveränität zu verfolgen, die darin besteht, Herr seines Schicksals zu sein und auf seine eigenen Kräfte zu vertrauen, hat den Feind besiegt. Es hat den amerikanischen Imperialismus besiegt, den den amerikanischen Imperialismus besiegt, den Anführer aller Imperialisten und von dem man sagt, daß er sehr mächtig ist und über beeindrukkende materielle Hilfsmittel verfügt. Dieser Sieg vom 17. April 1975 war andererseits für die Lage in Kambodscha der Anstoß für einen großen Sprung nach vorn. Unser Volk ist wirklich Herr der Staatsgewalt geworden, über seinen Grund und Boden, sein ganzes Land, und Herr seines Schicksals. Aus all diesen Gründen empfindet unser Volk soviel Freude für diesen ruhmreichen und geschichtlichen Sieg des 17. April 1975. Deshalb ist es so tief bewegt und empfindet es einen erhabenen revolutionären Stolz.

Die Tempel von Angkor sind bekanntlich ein Meisterwerk, das unser Volk und unsere Arbeiter in ihrer Geschichte den folgenden Generationen hinterlassen haben. Die Tempel stellen ein wunderbares kulturelles Zeugnis für die ganze Menschheit dar. Aber das, was uns viele Generationen als Kostbarstes überlassen haben, das sind die lange Kampftradition in ihren verschiedenen Formen und eine heiße Vaterlandsliebe. Jedesmal, wenn Kambodscha angegriffen wurde, wie groß und mächtig auch immer der Feind war, hat unser Volk, besonders die Arbeiter und armen Bauern, den Mut gehabt, alle Opfer auf sich zu nehmen. Stets tapfer, hat unser Volk sich erhoben und heldenhaft den Feind bekämpft.

Angesichts der beklagenswerten Lage, in die uns der amerikanische Imperialismus gebracht hat, der den Staatsstreich vom 18. März 1970 angestiftet und damit das unabhängige, neutrale und blockfreie Kambodscha beseitigt hat, hat deshalb unser armes Volk, dem es an allem fehlte, das aber von der heißesten Vaterlandsliebe beseelt und unter der rechtmäßigen und weitblikkenden Führung seiner revolutionären Organisation stand, sich wie ein Mann erhoben und einen Aufstand im gesamten Land begonnen. Es hat mit mächtigen Schlägen die lebendigen Kräfte des Feindes zum Zusammenbruch gebracht und das Regime der Verräter tief erschüttert. Um sein neokoloniales Instrument zu retten, intervenierte der amerikanische Imperialismus jetzt offen. Am 1. Mai 1970 ließ er seine Streitkräfte nach Kambodscha einmarschieren. Im Verlauf dieser Amerikanisierung des Krieges hat der amerikanische Imperialismus Hunderttausende eigener Soldaten aller Waffengattungen und die Truppen der Marionetten Thieu und Ky geschickt. Damit wollte er versuchen, den Widerstand des Volkes von Kambodscha zu brechen. Für den Feind war das ein großer Fehlschlag: Seine Truppen wurden von unserem Volk und seinen heldenhaften revolutionären Streitkräften aus Kambodscha vertrieben. Aber von Natur aus uneinsichtig, begann der amerikanische Imperialismus dann die Vietnamisierung der Aggression gegen Kambodscha. Er schickte mehrere Zehntausend Soldaten seiner Marionette Thieu. Zur gleichen Zeit versuchte er die Truppen der Bande des Verräters Lon Nol auszubilden, um den Krieg zu khmerisieren. Diese beiden Pläne des Feindes sind nacheinander von unserem Volk und seinen revolutionären Streitkräften durch den Kampf in jeder Form und auf allen Ebenen, politisch, militärisch und wirtschaftlich, zum Scheitern gebracht worden.

Angesichts dieser schmachvollen Niederlagen und um das neokoloniale Regime, das er in Phnom Penh errichtet hatte, zu retten, hat dann der amerikanische Imperialismus erneut direkt in die Aggression gegen Kambodscha eingegriffen. Von Ende Januar 1973 an hat er alle seine Flugzeuge, die er in ganz Südostasien und im Pazifik hatte, einschließlich der B 52 und der F 111 aufgeboten und sie losgeschickt, ausschließlich, um damit Kambodscha zu bombardieren. Dabei war sein finsteres Ziel, den nationalen Volksbefreiungskampf des Volkes von Kambodscha innerhalb von 72 Stunden auszulöschen. Das hat er nicht fertiggebracht. In wilder Raserei hat er dann während 200 Tagen und Nächten ohne Unterbrechung die erhabene Erde Angkors mit den grausamsten und barbarischsten Bombardements überzogen mit dem Ziel des Völkermords. Aber wie groß auch immer die Schwierigkeiten und Entbehrungen waren, wenn es auch an allem fehlte: an Lebensmitteln, an Medikamenten, an Kleidung, an Munition ... unser Volk hat einen heldenhaften Kampf geführt und ohne abzuweichen seine Haltung der Unabhängigkeit und Souveränität behauptet. Es hat festgehalten daran, auf seine eigenen Kräfte zu vertrauen und unter jeder Bedingung Herr der Lage zu bleiben. Beim Kampf im Hinterland ebenso wie beim Kampf an der Front. Unser Volk hat stets heldenhaft den amerikanischen Imperialismus bekämpft. Es hat das Ansehen des Landes und der Nation mit jedem Tag und jedem der aufsehenerregenden Siege, die es nach und nach errungen hat, erhöht. Diese Siege zeigten sogar den Zusammenbruch der Luftstreitkräfte des amerikanischen Imperialismus. Das war für den Feind eine weitere Niederlage. Bereits am 15. August 1973 sind die Stellungen unserer revolutionären Streitkräfte bis an den Rand der Stadt Phnom Penh vorgeschoben.

Nachdem unser Volk und seine revolutionären Streitkräfte unter der Führung der revolutionären Organisation von Kambodscha mehr als 90 Prozent des nationalen Territoriums befreit hatten und alle Bedingungen für einen endgültigen Sieg in günstiger Weise vereinigt hatten, haben sie am 1. Januar 1975 um 0 Uhr im ganzen Land den Generalangriff eingeleitet. Dabei bildete der Mekong die Hauptfront, Phnom Penh war darin eine wichtige Front, und eine bestimmte Anzahl Provinzhauptstädte bildete die Front zweiter Ordnung. Diese Schlußphase, die 107 Tage und Nächte dauerte, wurde mit dem ruhmreichen und geschichtlichen Sieg vom 17. April 1975 abgeschlossen. An jenem Morgen sind die verschiedenen Einheiten unserer revolutionären Streitkräfte mitten im Zentrum von Phnom Penh mit dem feidlichen Generalstab zusammengestoßen. Ganz Kambodscha war völlig und endgültig befreit.

Aus diesem langen und schwierigen Kampf, der voller Windungen und Verwicklungen war, hat unser Volk und seine revolutionären Streitkräfte, sorgfältig ausgebildet und geleitet von der revolutionären Organisation von Kambodscha, außergewöhnlich reiche und kostbare Erfahrungen für die Bewältigung der schweren und ungeheuer großen Aufgaben der Nachkriegszeit gewonnen. Unser Volk ist davon überzeugt, daß es mit Gewißheit nur dann den Sieg über den Gegner davontragen wird – egal, wie groß und mächtig er auch immer ist – wenn es der richtigen Linie von Unabhängigkeit und Souveränität folgt, der Linie des Vertrauens auf seine eigenen Kräfte, Herr seines eigenen Schicksals zu sein, den Mut zu haben, alle Schwierigkeiten auszuhalten, alle Opfer zu bringen für das Volk und die Nation, mit einer breiten und festen Einheit und indem es einen entschlossenen Kampf ohne den Geist des Kompromisses führt.

Kambodscha ist zerstört und verwüstet aus diesem barbarischen und besonders vernichtenden Aggressionskrieg des amerikanischen Imperialismus hervorgegangen. Unzählige Städte, Dörfer und Siedlungen sind dem Erdboden gleichgemacht und für immer von der Landkarte gelöscht worden. Hunderttausende Einwohner haben den Tod gefunden, Hunderttausende sind verwundet und Millionen andere haben das Wenige, das sie besaßen, vollständig verloren.

Angesichts der schweren und ungeheuren Aufgaben der Nachkriegszeit hat unser Volk und seine revolutionären Streitkräfte heldenhaft und beseelt von reinster Vaterlandsliebe unter der rechtmäßigen und weitblickenden Führung der revolutionären Organisation von Kambodscha ein Beispiel an Heldentum und Entschlossenheit gesetzt und die Fahne des Kampfes noch höher geschwungen, damit es seine revolutionären Aufgaben erfüllt: das Land aufzubauen und zu verteidigen.

Als Herr des Landes und seines Schicksals nimmt unser Volk heldenhaft und mutig alle Schwierigkeiten auf sich, es bringt alle Opfer, sowohl materiell als auch in bezug auf seine Empfindungen. Es mobilisiert alle seine physischen und moralischen Kräfte, es achtet weder darauf, ob es Tag oder Nacht ist, wenn es sich machtvoll an allen Fronten in den Kampf stürzt: an der Front des Wideraufbaus der Wirtschaft, der Reparatur der Verbindungswege und an der Front der Produktion.

Schon Ende 1975, 8 Monate nach dem Krieg, war das Problem der Versorgung mit Nahrungsmitteln in befriedigender Weise gelöst. Die Verbindungswege - Straßen, Flußläufe und Eisenbahnen - die kleinen und großen Häfen, sind wieder dem Verkehr freigegeben. Alle für die Erhöhung des Lebensniveaus der Bevölkerung notwendigen Fabriken, einschließlich derjenigen, die durch den Krieg schwer beschädigt worden waren, sind wieder in Betrieb genommen und arbeiten.

Das Land von Kambodscha bietet derzeit einen völlig neuen Anblick. Soweit das Auge reicht: große und kleine Deiche, Kanäle und Stauseen, die ein Gitternetz auf unseren Ebenen und Bergen bilden. Überall Arbeitsstellen, auf denen mit großer Energie Zehntausende von Arbeitern den Kampf aufgenommen haben, um das Wasserproblem vollständig zu lösen. Die große Reisernte, die soeben eingebracht wurde, wirft jetzt schon einen Überschuß ab.

Ruhe und Sicherheit herrschen vollkommen auf dem Territorium von Kambodscha. Die Volksmacht entwickelt sich und festigt sich beständig. Die Kader und die Verantwortlichen auf allen Ebenen, die die besten Söhne und Töchter unserer Arbeiter und Bauern sind, beweisen in allen Lagen Treue gegenüber dem Volk, große Kampfkraft, Verantwortungsbewußtsein bei allen Tätigkeiten beim Wiederaufbau der Wirtschaft, dem Wiederaufbau des Landes, der nationalen Verteidigung und der Verteidigung der Errungenschaften der Revolution. Am 20. März 1976 hat unser Volk zum ersten Mal in seiner Geschichte und in seiner Eigenschaft als Herr seines Landes und seines Schicksals, seine wirklichen Vertreter gewählt, damit sie Sitz und Stimme in der Versammlung der Volksvertreter von Kambodscha haben, dem obersten Organ der Volksmacht, gemäß der Verfassung des Demokratischen Kambodscha, die seit dem 5. Januar 1976 in Kraft ist.

Zugleich sind unser Volk und unsere revolutionären Streitkäfte entschlossen, immer mehr den Geist der revolutionären Wachsamkeit zu verstärken und um jeden Preis die territoriale Einheit des Landes, die Flußläufe, die Ackerflächen, die Meeresgrenzen, die Inseln, den Luftraum gegen jeden Aggressor zu verteidigen, ob klein oder groß, ob von nah oder fern.

Der ruhmreiche Sieg vom 17. April 1975 ebenso wie die aufsehenerregenden Siege, die nach und nach an den Fronten beim Aufbau und der Verteidigung des Landes errungen wurden, finden ihre Erklärung in der weitblickenden und richtigen Führung der revolutionären Organisation von Kambodscha, in der fortdauernden und unveränderlichen Anwendung der Linie der Unabhängigkeit und Souveränität, des Vertrauens auf die eigenen Kräfte und in den größten Opfern, die von unserem Volk gebracht werden, besonders von den Millionen der armen Massen, die für die Sache der nationalen Befreiung des Volkes ohne jedes Zögern ihre Kinder und Ehemänner geschickt haben, damit sie zu Zehntausenden und Hunderttausenden auf dem Schlachtfeld kämpfen.

Aber dieser ruhmreiche Sieg des 17. April 1975 ist untrennbar verbunden mit der unschätzbaren, sehr verschiedenartigen und unvergänglichen Hilfe und Unterstützung, die alle von Frieden, Gerechtigkeit und Freiheit ergriffenen Völker in der Welt beständig dem Volk und der Regierung des demokratischen Kambodscha in seinem schwierigen nationalen Volksbefreiungkampf wie auch in der gegenwärtigen Etappe seiner Geschichte entgegengebracht haben. Es sei uns erlaubt, aufs Neue allen befreundeten Ländern und Völkern unsere tiefe Dankbarkeit auszudrücken. Unser Volk ist überzeugt, daß es bei der Erfüllung seiner schweren Aufgaben der Nachkriegszeit – sie sind so riesig wie das Ausmaß an Zerstörungen der wirtschaftlichen und sozialen Infrastruktur, das von einem der wildesten und grausamsten Kriege verursacht wurde – daß es weiterhin mit aktiver Unterstützung und kostbarer Hilfe von allen Ländern und Völkern, die für Frieden, Freiheit und Gerechtigkeit in der Welt eintreten, wird rechnen können.

Das Volk von Kambodscha ist ein vollkommen friedfertiges Volk. Es hat nur den Wunsch, in Frieden und Freiheit zu leben und sein Land aufzubauen. Es mischt sich auf keine Weise in die inneren Angelegenheiten anderer Länder ein. Es respektiert sorgfältig das Prinzip, dementsprechend jedes Land souverän ist und das Recht hat, in seinen Angelegenheiten selbst zu verfügen und zu bestimmen ohne äußere Einmischung. Aber in keinem Fall erlaubt es ausländischen Ländern, Militärbasen auf seinem Territorium zu errichten. Es widersetzt sich entschlossen jeder fremden Einmischung in seine inneren Angelegenheiten. Es kämpft entschlossen gegen alle Akte der Subversion und der Aggression, die aus dem Ausland kommen, seien sie militärischer, politischer, kultureller, wirtschaftlicher, sozialer, diplomatischer Art oder mögen sie sich auch in irgendeiner Form als angebliche Menschlichkeit präsentieren.

Unser Volk ist fest entschlossen. enge Beziehungen mit allen Ländern, die gemeinsame Grenzen mit ihm haben, sowie mit allen Ländern, nah oder fern, zu unterhalten auf der Basis der strikten Anerkennung der gegenseitigen Souveränität und der territorialen Integrität. Das demokratische Kambodscha hält sich an die Politik der Unabhängigkeit,der Neutralität und der Blockfreiheit.

Kambodscha, das sich entschlossen zur großen Familie der blockfreien Länder zählt, wendet alle seine Kräfte auf und wird es weiterhin tun, um die Solidarität mit der Dritten Welt in Asien, Afrika und Lateinamerika zu entwickeln sowie mit allen Völkern, die für Frieden und Gerechtigkeit in der Welt eintreten, um die Hilfe und gegenseitige Unterstützung im Kampf gegen imperialismus, Kolonialismus und Neokolonialismus für Unabhängigkeit, Frieden, Freundschaft, Demokratie, Gerechtigkeit und den wirklichen Fortschritt in der Welt voranzubringen.

Atomabkommen USA – Sowjetunion

Die Supermächte suchen ihr Monopol zu sichern

Die Sowjetunion und die USA haben ein Abkommen zur gegenseitigen Inspektion von unterirdischen Atomexplosionen ausgehandelt und eine Beschränkung der Stärke dieser Explosionen auf 150 Kilotonnen TNT, was die zehnfache Stärke der Hiroshima-Bombe ist. US Präsident Ford, der gerade einen Wahlkampf gewinnen muß, bezeichnete das Abkommen als einen „großen Fortschritt". Außenminister Kissinger sprach gerade noch von der „symbolisch-politischen Bedeutung der sowjetisch-amerikanischen Einigung". Die sowjetische Seite hielt sich bisher mit Kommentierungen ganz zurück. Das Presseecho auf den Vertrag blieb mager.

Vor einigen Jahren noch wäre anläßlich eines solchen Abkommens ein gehöriger Reklamerummel veranstaltet worden über Festigung des Weltfriedens, Minderung der Gefahr eines neuen Weltkriegs und Sieg der Vernunft. Der Vertrag wäre geradewegs als eine Menschheitshoffnung herausgestrichen worden. 1963, als zwischen den USA, der Sowjetunion und Großbritannien der Atomwaffensperrvertrag geschlossen wurde, fand diese Reklame noch einigen Anklang. Heute begreifen die Völker der Welt immer besser, daß die Abkommen zwischen den beiden Supermächten keineswegs „den Frieden sicherer machen". Beide Seiten rüsten in großem Tempo weiter und haben seitdem in Rivalität gegeneinander immer wieder Aggressionen gegen kleinere und schwächere Völker und Nationen durchgeführt.

1963 wies die Regierung der Volksrepublik China darauf hin, daß der Atomwaffensperrvertrag und ähnliche Abkommen zwischen der Sowjetunion und den USA einzig den Zweck verfolgten, „die Monopolstellung in bezug auf Kernwaffen zu festigen und allen friedliebenden Staaten, die der nuklearen Bedrohung ausgesetzt sind, die Hände zu binden. (...) Dieser Vertrag verstärkt in Wirklichkeit die Position der nuklearen Großmächte für nukleare Erpressungen und vergrößert damit die Gefahr eines von den Imperialisten entfesselten nuklearen Kriegs bzw. Weltkriegs." (Erklärung vom 31. Juli 1963)

Heute ist das Atomwaffenmonopol der beiden Supermächte gebrochen. Vor allem das größte sozialistische Land, die Volksrepublik China, hat seitdem Atomwaffen entwickeln können und damit den Möglichkeiten der nuklearen Erpressung durch die Supermächte eine Schranke gezogen. Aus Anlaß eines erfolgreichen Kerntests am 23. Januar 1976 erklärte die chinesische Regierung: „China führt die notwendigen begrenzten Kernversuche durch, einzig und allein zu dem Zweck, sich zu verteidigen und das Kernmonopol der Supermächte zu brechen. Sein Ziel ist, daß schließlich die Kernwaffen vernichtet werden. Die chinesische Regierung erklärt erneut, daß China zu keiner Zeit und unter keinen Umständen als erstes Kernwaffen einsetzen wird. Die chinesische Regierung und das chinesische Volk werden weiterhin gemeinsam mit den anderen Völkern sowie friedliebenden Ländern der ganzen Welt für das erhabene Ziel eines allseitigen Verbots und einer restlosen Vernichtung der Kernwaffen kämpfen." (Peking Rundschau Nr. 5/1976)

Keine der beiden Supermächte ist bereit, eine ähnliche Zusicherung zu geben, niemals als erste Kernwaffen einsetzen zu wollen, obwohl sie bei jeder Gelegenheit mit ihrer „Fähigkeit zum zweiten und dritten Schlag" prahlen. Eine Politik, die auf Aggression und Weltherrschaft aus ist, kann auf Erpressung nicht verzichten.

rrschaft aus ist, kann auf Erpressung nicht verzichten.

Die Supermächte behaupten, der Frieden würde sicherer, wenn sie sich gegenseitig versuchen in die Karten zu schauen, während sie beide zusammen allen anderen Beschränkungen aufzwingen. Das ist ein Betrug. Nur durch den beharrlichen Kampf der Völker aller Länder können die Imperialisten gezwungen werden, ein Abrüstungsabkommen zu akzeptieren, das tatsächlich ein allgemeines und vollständiges Verbot der Kernwaffen und ihre Vernichtung zum Inhalt hat, genau wie die Anwendung von Giftgasen verboten werden konnte. – (wm)

Wahlkampf in den USA:

Bourgeois-Kandidaten auf dem Prüfstand

Nach einer in „Newsweek" vom 12.4. veröffentlichten Umfrage in den USA wollen 45 Prozent aller US-Bürger am liebsten einen Präsidentschaftskandidaten haben, der „nicht aus der Politik" kommt. Für die bürgerliche Presse in den USA ist dies Anlaß zu Überlegungen, woher diese „politische Apathie" unter dem amerikanischen Volk kommt. Daß es sich aber hierbei nicht um ein wissenschaftlich zu lösendes Rätsel handelt, wie die Presse dies darstellen möchte, erhellt sich, betrachtet man, welche Präsidentschaftskandidaten in den USA gegenwärtig gehandelt werden.

Allesamt sind sie gekaufte Figuren des US-Finanzkapitals, das gegenwärtig verstärkt die Arbeiter und die Massen in den USA ausbeutet und mit Hilfe seines Staates unterdrückt.

Betrachten wir einmal diesen Politikerhaufen, der sich da zur Wahl stellt. Gerald Ford, der seitens der Republikanischen Partei sicher deren Präsidentschaftskandidat werden wird. Von ihm ist bekannt, daß er im wesentlichen die Unterstützung der Chase Manhattan Bank hat, sozusagen die Hausbank des Rockefeller-Imperiums, die gleichzeitig der größte Gläubiger der Stadt New York City ist. Bekannt ist, daß die Regierung Ford auf Intervention des Vizepräsidenten Rockefeller New York City mit Krediten über Wasser hielt, so daß die Chase Manhattan Bank nicht in den Konkurs der Stadt hineingezogen wurde. Im Gegenteil: Der Kredit wurde mit der Auflage erteilt, die Bevölkerung von New York noch weiter zu schröpfen, was heißt: mehr Steuern und weniger Leistungen, um dafür weiterhin aus dem Stadtsäckel Zinsen an die Chase Manhattan Bank bezahlen zu können.

Nicht anders sieht es auf seiten der Demokratischen Partei aus, wo in den Vorwahlen bislang Jimmy Carter, vormals Gouverneur von Georgia, gegenüber Henry Jackson das Rennen gemacht hat.

Jimmy Carter, Millionär, Agrarkapitalist und Großgrundbesitzer ist mit dem Großgrundbesitz im Süden verfilzt und wie man aus einer seiner letzten Reden weiß ein Verfechter der „ethnischen Reinheit", also nichts weiter als ein Großgrundbesitzer und Rassist.

Henry Jackson, der „Senator von Boeing" und das „Sprachrohr des Pentagon" hat die Unterstützung – erhält seinen Wahlapparat finanziert – der First National City Bank, in deren Einflußbereich ITT und z.B. Boeing Airplane gehören. Welche Strömung innerhalb des US-Finanzkapials er vertritt, enthüllte „Wallstreet Journal". Auf einem Treffen mit einem Öl-Lobbyisten sicherte er den Monopolgesellschaften die Unterstützung des Pentagon, des US-Kriegsministeriums, für ihre Pläne in der Welt zu. Seine Antwort auf die Frage des Vertreters der Ölkonzerne lautete: „Ich kann dir die Kriegstreiber geben."

Ist es bei diesem Haufen Präsidentschaftskandidaten noch ein Wunder, daß diese Politiker bei den Massen in den USA nicht angesehen sind?

Enthüllt wurde in den bisherigen Vorwahlen auch, was es mit diesen als „demokratisch" gepriesenen Vorwahlen auf sich hat. Nichts anderes, als daß sie ein Test des US-Finanzkapitals sind, um zu erkunden, welcher seiner Kandidaten als Präsident noch am ehesten in der Lage ist, die Politik des Finanzkapitals gegenüber den Massen durchzusetzen.

Deutlich wurde dies, nachdem jetzt als ziemlich sicher angenommen werden kann, daß der ehemalige Vizepräsident H.Humphrey, der sich bislang noch an keinen Vorwahlen beteiligt hat, letztlich der Präsidentschaftskandidat der Demokratischen Partei werden wird. „Wenn meine Partei mich braucht, weiß sie, wo sie mich findet", hat er jüngst erklärt und damit zum Ausdruck gebracht, daß er eh' weiß, daß nicht in den Vorwahlen, sondern in den Etagen des Finanzimperiums der Morgans, Rockefellers und Mellons der Präsidentschaftskandidat bestimmt wird, und in diesen Etagen hat man mittlerweile den Eindruck, daß Carter und Jackson als Präsidentschaftskandidaten nicht geeignet sind.

Die notwendige Unterstützung für seine Kandidatur hat er jedenfalls im Kreuz. Ihn unterstützt die Morgan Finanzgruppe, zu deren Einflußbereich ebenfalls ITT und z.B. General Electric nebst rund 20 Finanzgesellschaften gehören.

Man sieht, er paßt in den Haufen Präsidentschaftskandidaten, über deren Ablehnung durch die Massen die bürgerliche Presse in den USA sich Sorgen macht. Mit „politischer Apathie" hat dies freilich nichts zu tun. In der gleichen Umfrage haben 28 Prozent erklärt, statt Vertrauen in die Regierung sei es besser, zur Durchsetzung der eigenen Interessen den Protest in Demonstrationen auf die Straße zu tragen. – (c.r.)

Sithole, Präsident der ZANU: „Wir sind unsere eigenen Befreier"

„Unsere Freiheit wird nicht aus der Wahlurne geboren, unsere Freiheit und Unabhängigkeit wird auf dem Schlachtfeld geboren werden müssen", erklärte Sithole gegenüber der sudanesischen Nachrichtenagentur am 3. April anläßlich eines Besuchs bei der sudanesischen Regierung. Er betonte: „Wir sind davon überzeugt, daß das Volk von Zimbabwe in der Lage ist, den Kampf alleine zu führen, ohne daß fremde Truppen dazukommen, und wir sind ebenfalls überzeugt, daß es prinzipiell falsch ist, andere Leute zu bitten, zu uns zu kommen und für uns zu kämpfen." „Unser Leitspruch von Anfang an war: Wir sind unsere eigenen Befreier. Wir glauben, daß das Volk niemals eine wirkliche Unabhängigkeit für sein Land erreichen wird, wenn es sich nicht selber befreit." (Hsinhua, 7. April)

Auf dem Schlachtfeld haben die Befreiungskämpfer von Zimbabwe dem rassistischen Siedlerregime weitere Schläge versetzt. In ihrem ersten Communiqué, das über Radio Maputo in Mozambique ausgestrahlt wurde, heißt es, daß 22 rhodesische Soldaten während der vergangenen drei Monate von Patrioten getötet worden sind. In 13 verschiedenen Angriffen wurden 37 Fahrzeuge der Streitkräfte der Rassisten und 3 Hubschrauber zerstört.

Darüberhinaus wurde kürzlich im Südosten von Zimbabwe ein rhodesisches Flugzeug abgeschossen, beim Dorf Vila Salazar neun Soldaten durch eine Mine getötet und wenige Tage davor drei weitere in einem Überraschungsangriff von Befreiungskämpfern auf eine rhodesische Einheit, die gerade ein Massaker gegen ein unbewaffnetes Afrikaner-Dorf vorbereitete.

ZANU Kleidersammlung

Die nächste Verschiffung von Kleidern und Geräten ab Bremen für die Lager der Befreiungskämpfer in Mozambique erfolgt Ende April. Kleider und Geräte bis 24. April nach Bremen senden, vorher telefonisch ankündigen.
W.Hirscher, Bremen, Friedrich-Klipper-Str. 16, Tel. 0421/652480

Das Demokratische Kambodscha unterstützt den gerechten Kampf des Volkes von Zimbabwe

Am 5. April gab das Außenministerium des Demokratischen Kambodscha eine Erklärung ab, „in der der gerechte Kampf des Volkes von Zimbabwe für den Sturz des rassistischen weißen Regimes von Rhodesien sowie für die Erlangung der nationalen Unabhängigkeit ohne ausländische Einmischung unterstützt wird".

Weiter heißt es:

„Das rassistische Regime der weißen Faschisten hat die Verhaftungen und die barbarischen Massaker an den Afrikanern verstärkt. Es versucht damit den heroischen Kampf des Volkes von Zimbabwe für die Erlangung der Unabhängigkeit und wirkliche nationale Einheit und für demokratische Freiheiten zu zerschlagen. Gleichzeitig hat das Regime gegen die Volksrepublik Mozambique eine Reihe von Provokationen durchgeführt und dieses Land offen angegriffen. Schließlich hat es ein heimtückisches Komplott von betrügerischen Verhandlungen und Versöhnung eingeleitet, um den kraftvollen Kampf des Volkes von Zimbabwe – insbesondere den bewaffneten Kampf – zu schwächen und um zu versuchen, die Einheit der patriotischen Kräfte Zimbabwes zu sabotieren."

In der Erklärung heißt es weiter, „daß die Regierung und das Volk des Demokratischen Kambodscha entschlossen das Volk von Zimbabwe unterstützen, das unter der Führung des ANC seinen gerechten Kampf fortsetzt für das Ziel, das illegale faschistische und rassistische Regime von Rhodesien zu stürzen, um ohne Einmischung von außen die nationale Unabhängigkeit zu erlangen, die Einheit des Landes herzustellen, Souveränität und Demokratie zu erkämpfen und um Herr seines eigenen Schicksals zu werden". (Nach: Hsinhua, 7. April)

Die BRD-Imperialisten versuchen den Würgegriff um Ost-Timor zu verstärken

Das indonesische Suharto-Regime hat bei seinem verbrecherischen Überfall gegen das Volk von Ost-Timor mit dem Transport schwerer Waffen Schwierigkeiten. Deshalb rüsten es jetzt die Bundesregierung entsprechend aus. „Als erste Hilfe erhält Suharto aus der Bundesrepublik im April 20 BO-105-Kurierhubschrauber, denen weitere folgen, die im Lande montiert werden. Ferner ist eine Anzahl von Herkules-Transportflugzeugen vorgesehen, die über Spanien geliefert werden sollen." (Frankfurter Rundschau, 26. März)

Die australische Regierung versucht gleichfalls die Demokratische Republik Timor-Ost von der Außenwelt zu isolieren. So hat sie den Radiosender der FRETILIN in Darwin/Australien, über den Meldungen der FRETILIN über den Befreiungskampf ausgestrahlt wurden, beschlagnahmt. Während sie dem indonesischen Suharto-Regime mehrere Millionen Dollar Kredit für die Invasion in Ost-Timor gab, wurden die in Australien von der FRETILIN eingerichteten Bankkonten gesperrt und 38000 Dollar beschlagnahmt. Die „Aktion für ein unabhängiges Ost-Timor" und die „Australische Ost-Timor Gesellschaft" in Melbourne/Australien haben diese Maßnahmen scharf verurteilt. (Nach: Ost-Timor-Information Gießen, Nr. 1)

Thailändische Arbeiterinnen halten Fabrik besetzt

70 junge thailändische Arbeiterinnen haben seit fünf Monaten eine Blue-Jeans-Fabrik besetzt und produzieren unter eigener Kontrolle weiter. Nachdem sie für höhere Löhne und bessere Arbeitsbedingungen erfolglos gestreikt hatten, sperrten die Arbeiter die Bosse aus. Sie setzten die Produktion wieder in Gang, erhöhten ihre Löhne um 150 Prozent, und nachdem die Profite wegfallen, verkaufen sie die Jeans für ein Drittel ihres alten Preises. Viele Arbeiterinnen leben in der Fabrik, um Maßnahmen der alten Kapitalisten zur erneuten Inbesitznahme der Fabrik zu verhindern. Sie haben gemeinsam Angriffe von gekauften Banden und der Polizei zurückgeschlagen, während sie früher durch Hungerlöhne gezwungen waren, sich unterdrücken zu lassen oder auf die Straße zu gehen, um ihre Arbeit zu streiten, heißt es in einem AP-Bericht.

„Zunächst mußten wir Unkraut als Nahrung aus dreckigen Kanälen sammeln", sagte eine junge Arbeiterin. „Die Manager dachten, wir würden es ohnehin nicht schaffen, daß wir sterben würden. Jetzt essen wir jeden Tag Hühner- oder Schweinefleisch. Wir nehmen alle zu. Ich würde gerne immer so weitermachen."

Die Frauen erklärten, sie seien entschlossen zum Kampf, um die Fabrik zu halten. „Ich bin zum Kampf bereit", sagte eine sechzehnjährige Schneiderin zu einem Journalisten. Sie wolle „so tapfer wie Che Guevara und so klug wie Vorsitzender Mao sein". (Übersetzt aus Guardian, 14. April)

Westsahara: Desertionen in der marokkanischen Armee

Algier. Sieben marokkanische Soldaten sind in der vergangenen Woche aus der marokkanischen Besatzungsarmee in der Westsahara desertiert. Sie haben sich den Befreiungsstreitkräften der FPOLISARIO angeschlossen. Das wurde in einem Communiqué der Befreiungsfront der Westsahara bekanntgegeben. In der Erklärung werden die Namen der sieben Soldaten genannt. Die sieben Soldaten sind in die befreiten Gebiete der Demokratischen Arabischen Republik Sahara gekommen. Sie haben ihre Waffen und ihre Fahrzeuge mitgebracht. In der Erklärung heißt es weiter: „Das ist eine neue Bestätigung für das Unbehagen, das sich unter den Einheiten der königlichen Streitkräfte, die in der Westsahara eingesetzt werden, mehr und mehr ausbreitet. Tatsächlich ist es nicht das erste Mal, daß solche Vorkommnisse in den marokkanischen Einheiten geschehen. Vielmehr kommt es dort immer häufiger zu Empörungen und Meuterei. Ende letzten Monats und in diesen Tagen wieder haben sich ganze Abteilungen der königlichen Streitkräfte, die in mehreren saharauischen Städten erhoben, mehrere Soldaten sind desertiert. Die meisten gehören den Einheiten an, die als „Kanonenfutter" in den vordersten Linien eingesetzt sind bei den Kämpfen zwischen den Einheiten der FPOLISARIO und den Einheiten der FPOLISARIO. Viele dieser Soldaten haben sowohl an dem Umsturzversuch von Skhirat oder an dem Angriff auf die Boeing Hassans II teilgenommen. Sie befinden sich jetzt im Einsatz in der Sahara aus disziplinarischen Gründen. Aber alle gehören mehr oder minder den untersten sozialen Schichten in Marokko an." (El Moudjahid, 9. April)

Zahlreiche palästinensische Kommandoaktionen gegen die zionistischen Besatzer

Beirut, 3. April. Den ganzen März über haben die palästinensischen Befreiungskämpfer Kommandoaktionen gegen die zionistischen Besatzer durchgeführt. Das gab ein palästinensischer Militärsprecher kürzlich bekannt. Einige Beispiele: Am 17. März hat eine Kommandoeinheit in Khalil zwei feindliche Militärfahrzeuge angegriffen. Die Fahrzeuge und ihre Besatzungen hatten einen Einsatzauftrag gegen die demonstrierenden Volksmassen im Westjordanland. Eines der Fahrzeuge wurde zerstört, das andere schwer beschädigt. Mehrere Soldaten wurden getötet, andere verwundet. Am 18. März hat eine andere Kommandoeinheit einen israelischen Militärtransport auf der Straße zwischen Asdoud und Asquelon in die Luft gesprengt. Die Fahrzeuge waren mit militärischem Nachschub beladen. Am 23. März haben palästinensische Befreiungskämpfer auf der Straße zwischen Yiftah und Al Manara im Gebiet von Khalil eine mobile israelische Militärpatrouille in einen Hinterhalt gelockt. Am gleichen Tage haben sie ein weiteres israelisches Militärfahrzeug mit Raketen und Maschinengewehren beschossen. Alle Soldaten wurden getötet. – (Nach: Hsinhua, 4. April)

Demonstration gegen das südafrikanische Rassistenregime

Über 2000 Menschen führten im März eine wütende Demonstration in Johannesburg vor dem Gerichtsgebäude durch, wo sieben Gegner des Rassistenregimes nach dem faschistischen Terrorismus-Erlaß verurteilt wurden.

Eine etwa fünfhundertköpfige Menschenmenge sammelte sich außerhalb des „Rand Supreme Court" (höchstes Gericht), um ihre Solidarität mit den Gefangenen auszudrücken. Als die Gefangenen vorbeigetrieben wurden, grüßten sie mit erhobenen Fäusten, und es begann ein Kampf mit der aufgestellten Polizeieinheit. Steine und Flaschen flogen auf die Polizei, nachdem die Demonstration durch Hunderte schwarzer Arbeiter anschwoll, die auf dem Heimweg von der Arbeit in der Stadt aus einer nahegelegenen Bahnstation kamen. Die Demonstration handelte geschlossen und militant, und in der Menge riefen Gruppen „Parolen für die Herrschaft der Afrikaner", berichtete der „Johannesburg Star". Die Aktion löste sich auf, als die Polizei ihre Schußwaffen entsicherte – „eine Maßnahme, die die gewünschte Wirkung hatte", erklärte ein Polizeisprecher. Es kam zu mehreren Verhaftungen und gab verletzte Demonstranten und Polizisten. (Nach: Guardian, 14. April)

„Offener" Brief der DKP an die Mitglieder des KBW soll die Verbrechen des Sozialimperialismus zudecken

Es ist überhaupt nichts Neues in der Geschichte, daß aufstrebende kolonialistische und imperialistische Mächte unter Behauptung, die natürlichen Verbündeten von Unabhängigkeitsbewegungen zu sein, ihre kolonialistischen und imperialistischen Konkurrenten auszuschalten versuchen, um als neue Ausbeuter und Unterdrücker an ihre Stelle zu treten. So hat England die südamerikanischen Unabhängigkeitsbewegungen gegen Spanien „unterstützt", um sich in Südamerika festzusetzen. So haben die USA Revolten gegen die englische Vorherrschaft „unterstützt", um ihre Vorherrschaft in Südamerika zu errichten. Als die europäischen imperialistischen Mächte China zu kolonialisieren begannen, haben die USA die Politik der „offenen Tür" vertreten, um ihren Konkurrenten den Rang um die Vorherrschaft Chinas abzulaufen. Der deutsche Imperialismus hat während des Zweiten Weltkrieges die Unabhängigkeitsbestrebungen im Iran wie in Irland „unterstützt", um den britischen Imperialismus zu schwächen und sich an seine Stelle zu setzen. Nach dem Zweiten Weltkrieg sind die USA in Asien und Afrika als Helfer für die Unabhängigkeit aufgetreten, um den französischen und britischen Kolonialismus durch ihren Neokolonialismus zu ersetzen. Sie haben unter dem Vorwand der „Unterstützung" versucht, Befreiungsbewegungen zu infiltrieren, um nach der Unabhängigkeit einen Stützpunkt zu haben. Auch gegenüber dem portugiesischen Kolonialismus haben die USA noch zeitweise diese Taktik eingeschlagen, bevor sie in der Hauptsache darauf setzten, über die portugiesische Kolonialmacht und ihre Verteidigung in die portugiesischen Kolonien einzudringen. Das imperialistische Manöver, Unabhängigkeitsbestrebungen zu „unterstützen", um nach Vertreibung des imperialistischen Konkurrenten die eigene Herrschaft zu errichten, ist überhaupt nichts Neues.

Als 1898 das kubanische Volk kurz vor dem Sieg im Kampf gegen den spanischen Kolonialismus stand, haben sich die USA eingemischt und unter dem Vorwand, dem kubanischen Volk gegen den spanischen Kolonialismus zu helfen, dem kubanischen Volk den Sieg geraubt und Kuba in eine amerikanische Neokolonie verwandelt.

Es ist nichts Originelles, wenn der sowjetische Sozialimperialismus zu denselben Tricks greift, um seine Weltherrschaftspläne voranzubringen und in seiner Rivalität mit der anderen Supermacht die Oberhand zu gewinnen. Neu ist bloß, daß die Sowjetunion sich dabei des Sozialismus in Worten bedient, um diese imperialistischen Taten abzudecken. Das ist ein bedeutender Vorteil der sozialimperialistischen Supermacht in ihrer Rivalität mit der anderen Supermacht. Spätestens durch ihren Aggressionskrieg gegen das vietnamesische Volk und ihre schändliche Niederlage ist den USA die Maske der „Friedensmacht" endgültig heruntergerissen worden. Als jüngere imperialistische Macht hat der Sozialimperialismus Vorteile. Trotz seiner Verbrechen, zum Beispiel die Aggression gegen die CSSR, die Aggression gegen Pakistan gestützt auf Indien, die Sabotage des Befreiungskampfes des kambodschanischen Volkes, wird der Sozialimperialismus noch nicht vollständig durchschaut.

Überall in der Welt sind die Revisionisten am Werk, die Einmischungen und Aggressionen des
Werk, die Einmischungen und Aggressionen des
Sozialimperialismus als sozialistische Befreiungstaten preisen. Sie begleiten die Angriffe des Sozialimperialismus auf die Unabhängigkeit der Völker mit dem politischen Angriff auf jeden, der den Sozialimperialismus entlarvt und bekämpft. Wie die Sozialimperialisten behaupten, ihre Aggressionen bedeuteten eine „Unterstützung" des Befreiungskampfes der Völker, so behaupten die Revisionisten aller Welt, die Entlarvung des Sozialimperialismus bedeute eine Unterstützung des Imperialismus.

Da sich die Völker nicht von diesem oder jenem Imperialismus befreien wollen, sondern von jeder imperialistischen Herrschaft, wird der Sozialimperialismus in seinem Streben nach Weltherrschaft zwangsläufig scheitern und werden die Revisionisten immer besser als Handlanger des Sozialimperialismus durchschaut werden. Um so verbissener ihr Kampf gegen die Marxisten-Leninisten, die jeden Imperialismus entlarven, gerade auch die sozialimperialistische Supermacht, die unter dem Deckmantel des Sozialismus ein besonders heimtückischer Feind der Völker ist.

Die DKP hat jetzt durch ihren Studentenbund, MSB Spartakus, einen „Offenen Brief an die Mitglieder und Anhänger des ‚KBW' zu Angola" veröffentlichen lassen. Darin enthüllt sie die „Lügen" des KBW. In Wirklichkeit enthüllt sie ihre Rolle bei der Absicherung der sozialimperialistischen Aggression gegen die Unabhängigkeit Angolas. Der Brief faßt die Argumente des Kommunistischen Bundes (Nord) systematisch zusammen.

Die erste Lüge des KBW bestehe darin, FNLA und Unita als „Befreiungsbewegungen" zu bezeichnen und als solche zu unterstützen.

Tatsache ist, daß wir die Einheit der Befreiungsbewegungen gegen Kolonialismus, Imperialismus und das Hegemoniestreben der Supermächte unterstützen und uns nicht zum willkürlichen Richter darüber aufschwingen, welche Befreiungsbewegung eine Befreiungsbewegung ist und welche nicht. Halten wir uns an die Befreiungsbewegungen selber und an die Organisation Afrikanischer Staaten (OAU), die Organisation, in der sich die afrikanischen Staaten zusammengeschlossen haben, um die Unabhängigkeit des Kontinents zu verwirklichen. Es gibt historische



Die Führer der drei angolanischen Befreiungsbewegungen Holden Roberto (FNLA), Jonas Savimbi (UNITA) und Agostino Neto (MPLA) während der Einigungskonferenz in Nakuru.



Das Land wurde von den Supermächten in den Bürgerkrieg gestürzt. Flüchtlingselend in Luanda.
anda.

Tatsachen, die können die Revisionisten nicht aus der Welt schaffen. Zu diesen Tatsachen gehören die mannigfachen Vereinigungsbestrebungen der angolanischen Befreiungsorganisationen. Unterstützt man diese Einigungsbestrebungen, um den Kampf für die Unabhängigkeit zu unterstützen oder sabotiert man diese Einigungsbestrebungen, um sich selber einzumischen? Das ist die Frage. Die Revisionisten leugnen gleich von vornherein, daß es diese Einigungsbestrebungen überhaupt gegeben hat und daß sich die drei angolanischen Befreiungsbewegungen selber gegenseitig anerkannt haben. Zitieren wir also Agostino Neto, den Präsidenten der MPLA. Nach dem 13. Dezember 1972, als mit Hilfe der OAU ein Abkommen zwischen FNLA und MPLA geschlossen worden war, führte Neto in einem Bericht vor der OAU aus:

„Der Feind hat den Sinn und die Wichtigkeit der Abkommen vom 13. Dezember begriffen. Er, der immer schnell dabei ist, die wichtigsten Vorkommnisse, die sich in Afrika ereignen, zu ironisieren, hat diesmal keinen einzigen Kommentar zu dem entscheidenden Schritt von Kinshasa abgeben können. Unsere Bewegung, unser Volk können sich nur freuen über diesen Sieg. Jene, die in Kinshasa oder Brazzaville, in Sambia oder Tansania sowie in anderen afrikanischen und nicht afrikansichen Ländern gefeiert, getanzt haben und vor Freude in die Luft gesprungen sind, begreifen gut, daß unser Kampf während der jetzt fast zwölf Jahre sich nur deshalb verzögert hat, weil es uns an der Einheit in der Aktion gefehlt hat."

Nach der gemeinsamen Grundsatzerklärung von FNLA, MPLA und UNITA im Januar 1975 in Mombasa, durch die sie sich auf ein gemeinsames Vorgehen gegen die portugiesische Kolonialmacht einigten und damit alle Spaltungsversuche der verschiedensten imperialistischen Mächte zunichte machten, mußte Portugal den drei Befreiungsbewegungen gegenüber im Vertrag von Alvor die Unabhängigkeit Angolas zugestehen und die drei Befreiungsbewegungen als die „einzig legitimen Vertreter des angolanischen Volkes" anerkennen. Dieser Erfolg ist durch die Einheit errungen worden. Neto hat damals die Einheit der Befreiungsbewegungen als Grundlage für den Sieg genannt:

„Das Fundament für den Erfolg des Befreiungskampfes ist schließlich gelegt worden und wir werden niemals mehr zulassen, daß untergeordnete Differenzen von unseren Feinden in ernste Ursachen für Streit umgewandelt werden." (zitiert nach Africa, November 1975)

Bevor die Einmischungen der beiden Supermächte die Spaltung der Befreiungsbewegungen herbeigeführt haben, indem sie und insbesondere der Sozialimperialismus alles daran gesetzt hatten, die „untergeordneten Differenzen in ernste Ursachen für Streit" umzuwandeln, haben die drei Befreiungsbewegungen im Juni 1975 noch einmal eine Einigung zustandegebracht, bei der sich FNLA, MPLA und UNITA gegenseitig als Bestandteil der „Befreiungsbewegung von Angola" anerkannten. (Nakuru-Abkommen)

Warum hätten wir nicht anerkennen sollen, was die Befreiungsbewegungen von Angola selber entschieden haben? Nur Feinde der Unabhängigkeit des Volkes von Angola können so verfahren, daß sie nach jeder Einigung der Befreiungsbewegungen alles daran setzen, sie wieder zunichte zu machen, indem sie zwei der drei Befreiungsbewegungen als konterrevolutionär diffamieren und der dritten als „einzig revolutionären" Bewegung Waffen liefern. So ist die Sowjetunion vorgegangen. Das wird nicht einmal von ihr selber bestritten. Die DKP-Revisionisten behaupten heute sogar, „diese angebliche ‚Einheit' zwischen MPLA und den imperialistischen Marionetten hat nie existiert. Was es gab, war ein Waffenstillstandsabkommen".

Die zweite Lüge des KBW bestehe darin, „daß die KBW-Führer von der ‚Einheit Angolas' faselten – sie meinten die ‚Einheit' von MPLA, FNLA und UNITA –, die durch die Sowjetunion zerstört worden sei."

Kann man deutlicher zum Ausdruck bringen, daß man von Anfang an gegenüber der Einheit der Befreiungsbewegungen auf die Spaltung gesetzt hat? Alle Abkommen der Befreiungsbewegungen wie auch der Vertrag von Alvor werden von den Revisionisten so behandelt, als hätte es sie nie gegeben und wären sie noch nicht einmal Papier gewesen. Daß die Revisionisten diese Abkommen hassen, liegt daran, daß diese Abkommen, wie Neto richtig sagte, gegen die Feinde Angolas gerichtet waren. Die Feinde Angolas mußten versuchen, diese Abkommen zu zerstören und die Revisionisten aller Länder haben das als fortschrittliche Tat gepriesen.

Die dritte Lüge bestehe darin, „daß die KBW-Führer den Eindruck zu erwecken versuchten, der chinesische Standpunkt von den ‚drei Befreiungsbewegungen' und der ‚Einheit Angolas' würde von den antiimperialistischen Kräften in aller Welt geteilt."

Die Revisionisten wollen davon ablenken, daß sie die Befreiungsbewegungen gespalten haben und die antiimperialistische Bewegung teilweise in die Irre führen konnten. Die teilweisen Erfolge ihrer Spaltungstätigkeit wollen sie gegen den prinzipiellen Standpunkt der Marxisten-Leninisten ausspielen, daß Imperialismus und Sozialimperialismus von den unterdrückten Völker nur in einer Ein heitsfront für Unabhängigkeit und nationale Befreiung besiegt werden können.

Zum Standpunkt der Volksrepublik China hat Lucio Lara, Mitglied des Politbüros der MPLA, in einem Interview mit der algerischen Zeitung „Eld Moudjahid" noch am 7. Juni 1975 folgendes gesagt:

„China ist eines der ersten Länder, das den Befreiungskampf unterstützt hat und zwar gerade über die MPLA. Unsere Beziehungen zur Volksrepublik China existieren nicht erst seit einem Jahr, auch nicht seit einigen Jahren, sondern fast seit Anfang unseres bewaffneten Kampfes hat sich China bereit gefunden, einigen unserer militärischen Einheiten bei der militärischen Ausbildung Unterstützung zu gewähren. China hat uns materiell in jeder Hinsicht unterstützt."

Dann sagte Lucio Lara, der gerade von einem Besuch der Volksrepublik China zurückkam: „Wir waren zufrieden zu hören, daß China großes Interesse zeigt an der Aktionseinheit, die sich zwischen den drei Befreiungsbewegungen abzeichnet. China erklärt sogar, daß es alles in seinen Möglichkeiten liegende tun will, damit diese Aktionseinheit wirklich zustandekommen kann. Da die Chinesen mit allen drei Befreiungsbewegungen Beziehungen unterhalten, sind wir der Ansicht, daß das eine sehr positive Haltung ist."

Warum sollten die Volksrepublik China und die Marxisten-Leninisten ihren Standpunkt ändern, nur weil die Spaltungsversuche der Sozialimperialisten vorübergehend zu einem Erfolg geführt haben und der Sozialimperialismus durch einen mörderischen Krieg seine Oberherrschaft auf Angola auszudehnen versucht? Was Lucio Lara seinerzeit gesagt hat, bleibt richtig. Die Revisionisten dagegen versuchen, die Verbrechen des Sozialimperialismus zu decken, indem sie so tun, als hätte es die Einheit der Befreiungsbewegungen nie gegeben und als wäre sie nie von allen fortschrittlichen Kräften der Welt, einschließlich der MPLA, begrüßt worden.

Die vierte Lüge des KBW soll darin bestehen, „der Sowjetunion ‚imperialistische und neokolonialistische Ziele' zu unterschieben."

Was gibt es da zu unterschieben? Die Sowjetunion hat stets behauptet, sie häte Angola gegen die südafrikanische Aggression unterstützt. Warum sind dann die russischen Waffen und
die südafrikanische Aggression unterstützt.
Warum sind dann die russischen Waffen und
„Berater" sowie die vom Sozialimperialismus beigeschafften kubanischen Truppen bereits vor den südafrikanischen Truppen ins Land gekommen, warum haben diese Truppen die beiden anderen Befreiungsorganisationen geschlagen, die südafrikanischen Truppen aber ruhig im Land stehen lassen und warum sind sie heute noch im Land, nachdem die Südafrikaner unter dem Druck der afrikanischen Völker und der Weltöffentlichkeit Angola schleunigst verlassen mußten? Warum hat die Sowjetunion erst dann schwere Waffen und Söldnertruppen ins Land geschickt, nachdem durch den bewaffneten Kampf der Befreiungsbewegungen und ihre Einigung das Schicksal des portugiesischen Kolonialismus bereits besiegelt gewesen ist?

Die Antwort ist leicht: Die Sowjetunion ist nicht nach Angola gekommen, um die Unabhängigkeit Angolas gegen die südafrikanischen Rassisten zu verteidigen, sondern um unter dem Vorwand der Unterstützung der MPLA Angola in ihr Einflußgebiet zu verwandeln. Die Absichten der Sowjetunion unterscheiden sich kein Härchen von den Absichten der südafrikanischen Rassisten und ihrer US-imperialistischen und sonstigen Hintermänner. Die Sowjetunion war lediglich schneller.

Angola ist ein reiches Land und seine strategische Bedeutung ist groß. Man kann gut verstehen, daß die sozialimperialistische Sowjetunion nicht die Unabhängigkeit, sondern die Abhängigkeit Angolas will. Sehr schnell hat die Sowjetunion die Rechnung für ihre „Unterstützung" aufgemacht. Von der MPLA hat sie verlangt, daß russische Truppen die Bewachung des Flughafens von Luanda übernehmen müßten, um die russischen Transporte zu sichern. (Africa, Dezember 1975) Dafür, daß die MPLA die Sowjetunion ins Land gelassen hat, wird die Sowjetunion das angolanische Volk bluten lassen, wie sie das ägyptische Volk hat bluten lassen, bevor Ägypten diese Imperialisten aus dem Land gejagt hat. Ihre Waffenlieferungen wird sich die Sowjetunion bezahlen lassen, wie sie Ägypten und Indien dafür bezahlen läßt. Was es bedeutet, in die Abhängigkeit der Sowjetunion zu kommen, dafür ist ein Bei-

(Fortsetzung Seite 16)

Niedergang eines Kieler Metallbetriebes

Chronik und Kommentar einiger Arbeiter

Der folgende Artikel, Bericht und Kommentar über die Stillegung eines kleinen Industriebetriebes, wurde uns aus Kiel zugeschickt. Er ist entstanden in Zusammenarbeit zwischen einigen Arbeitern des stillgelegten Betriebs und der Stadtteilzelle Kiel-Wik des KBW.

Im Jahre 1975 haben in der BRD insgesamt 9 195 Firmen Konkurs gemeldet. Das ist im Vergleich zum Vorjahr, 1974 waren es 7 722 Konkurse, eine Steigerungsrate von 19 Prozent. (Kieler Nachrichten, 25. Februar)

Einige Arbeiter eines Kieler Metallbetriebes haben den chronologischen Ablauf eines Konkurses – der Vernichtung ihrer Arbeitsplätze – aufgeschrieben.

Die Firma Seifert, eine kleine Spezialmaschinenfabrik in Kiel, existierte seit 27 Jahren. Über die Hälfte der Arbeiter und Angestellten – zuletzt noch 57 – arbeiteten fünfzehn Jahre und länger dort. Vor etwa fünf Jahren wurde der damalige Geschäftsführer entlassen. Der Sohn des Hauptgesellschafters – es war eine GmbH – übernahm die Leitung des Betriebes.

In den letzten Jahren ging es mit der Firma bergab. Vor vier Jahren nahm die Geschäftsleitung ein neues Produkt in das Fertigungsprogramm auf. Diese Maschine funktionierte aber nicht, da erhebliche Fehler in der Konstruktion enthalten waren. Daraufhin wurde eine neue Konstruktionsabteilung eingerichtet, die nach einem Jahr wegen des zu hohen Kostenaufwandes wieder aufgelöst werden mußte.

Außerdem gibt es auf dem Markt der Maschinenherstellung einen Konkurrenten, der eine ähnliche, aber billiger und besser arbeitende Maschine baut. Dadurch gingen Auftragslage und Umsatz zurück, man mußte die Produktion mit Fremdarbeiten auslasten, die nicht so hohe Gewinne brachten.

Dann, als das Geld allmählich ausging, versuchte die Unternehmensleitung die Verluste auf die Arbeiter abzuwälzen: Zum Beispiel kam es immer wieder zu Entlassungen; zum größten Teil angelernte Arbeiter, aber auch Facharbeiter, die dem Leistungsdruck nicht gewachsen waren, wurden entlassen. Für Kollegen, die in Rente gingen, wurden keine neuen eingestellt, Akkordzeiten wurden immer wieder gesenkt, teils heimlich, teils auch ganz offiziell. Auf einen Teil unseres Weihnachtsgeldes vom letzten Jahr warten wir immer noch.

Uns wurde erzählt, wenn wir tüchtig ranklotzen und schneller arbeiten, dann ginge es mit der Firma auch wieder aufwärts.

Kommentar: Die Kollegen klotzten tüchtig ran. Im nachhinein mußten sie die Erfahrung machen, daß ihnen das schnellere Arbeiten nicht den Arbeitsplatz erhielt. Die Firma ging kaputt, weil sie dem Konkurrenzdruck nicht mehr gewachsen war und veraltetete Produktionsmittel vorhanden waren. Der Anstieg von Pleiten zeigt, daß gerade kleine und mittlere Betriebe in der kapitalistischen Krise nur schwer standhalten können.

Durch die Verunsicherung – Entlassungen, stetiges Hetzen an den Maschinen, gibt's am Letzten Geld oder nicht? – traten viele von uns in die IG Metall ein. Zuletzt waren bei uns alle organisiert außer drei Kollegen, die immer sagten: „Wir kommen ohne Gewerkschaft aus, unsere Interessen können wir besser allein durchsetzen."

Im August 1975 wurde dann vom Betriebsrat die Zustimmung zu Kurzarbeit verlangt. Es waren nicht mehr genug Aufträge vorhanden, um alle zu beschäftigen. Ab September sollten 50 Prozent Kurzarbeit gemacht werden, wurde auch. Der Betriebsrat und auch die Kollegen sagten der Geschäftsleitung immer wieder: „Kurzarbeit ist doch keine Lösung, um die Firma zu retten. Wir alle brauchen doch unser Geld. Wenn wir weniger produzieren, haben nicht nur die Kollegen Lohnausfall, sondern auch die Firma hat Gewinnausfall."

Kommentar: Hinter diesen Argumenten der Kollegen verbirgt sich der Wille, ihren Arbeitsplatz zu erhalten, da sie befürchten, diesen zu verlieren und dann keinen neuen Arbeitsplatz zu finden. Diese Unsicherheit trieb die Kollegen immer wieder vordergründig zur Zusammenarbeit mit den Kapitalisten. Dahinter aber verbirgt sich die Sorge um die Erhaltung ihrer Existenzgrundlage.

Als wir dann am 7. Oktober auf einer spontan einberufenen Betriebsversammlung wissen wollten, ob es nun Restlohn gebe oder nicht, wurde die IG Metall vom Betriebsrat informiert. (Bei uns war es üblich, daß am 23. des laufenden Monats eine Abschlagszahlung erfolgte, am 8. des nächsten Monats wurde der Restlohn gezahlt.)

Die IG Metall: „Ja, dann soll er doch Konkurs anmelden!"

Mittwoch, 8. Oktober 1975, Tag der Restlohnzahlung: Morgens um 10 Uhr fand eine Unterredung zwischen dem IG-Metall-Bevollmächtigten Hein Olsson, dem Betriebsrat und dem Geschäftsführer statt. Der IG-Metall-Bevollmächtigte stellte dem Geschäftsführer die Gewissensfrage, ob es nicht für alle Beteiligten in dieser Situation die sauberste Lösung sei, Konkurs zu beantragen; denn nur nach der Konkursbeantragung durch den Geschäftsführer steht den Kollegen Konkursausfallgeld zu. Es wurde ihm eine Frist bis zum nächsten Tag gestellt.

Auf der darauf folgenden Betriebsversammlung herrschte große Unsicherheit bei den Kollegen, und jeder fragte: „Wie geht es denn nun weiter?" IG-Metall-Bevollmächtigter Olsson: „Arbeitet ihr ruhig weiter, auf zwei bis drei Tage kommt es ja nun nicht mehr an. Das Wichtigste ist jetzt, daß ihr alle beisammenbleibt und Solidarität übt." Die Betriebsversammlung wurde geschlossen, die Kollegen gingen wieder an ihre Arbeit.

Nach dieser Betriebsversammlung diskutierten die Kollegen, was man tun könne, sollte der Konkurs am nächsten Tag nicht angemeldet werden. Es wurde der Beschluß gefaßt, in diesem Falle die Arbeit niederzulegen. Da einige Kollegen keinen oder nur einen verminderten Abschlag erhalten hatten, war man auf die Zahlung des Konkursausfallgeldes angewiesen.

Mittags gab der Geschäftsführer den Betriebsrat bekannt, daß er am nächsten Tag, Donnerstag, 9. Oktober 1975, Konkurs beantragen wolle. Aus dem Gespräch mit ihm war zu entnehmen, daß er in der kommenden Woche sowieso Konkurs anmelden wollte. Der Druck der Kollegen hatte bewirkt, daß er den Konkurs früher und für ihn unpassend anmelden mußte.

Drei Betriebsräte von uns fuhren dann sofort zur IG Metall und teilten mit, daß der Geschäftsführer nun bereit sei, Konkurs zu beantragen. Dort wurden die Betriebsräte über so ein Konkursverfahren aufgeklärt: Man solle Ruhe bewahren, da die Lohnforderungen ja nun über das Konkursausfallgeld abgedeckt wären.

Kommentar: War es zu Anfang noch so, daß aufgrund der wachsenden Widersprüche viele in die Gewerkschaft eintraten, da sie meinten, ein Beitritt in die IG Metall könne für sie nützlich sein, mußten mit dem IG-Metall-Beschäftigten Olsson andere Erfahrungen gemacht werden. Die Hoffnungen der Kollegen, die sie durch ihren Beitritt in die Gewerkschaft auf diese gesetzt hatten, wurden durch eine Ansprache von ihm zerredet. Konkrete Antwort auf ihre Frage der Arbeitsplatzsicherung erhielten sie nicht. Auch konkrete Schritte, wie die Arbeiter aus der Situation am besten rauskommen, wurden nicht vorgeschlagen.

Am Donnerstag, 9. Oktober 1975: Um 15 Uhr wurden die Kollegen nach Hause geschickt.

Freitag, 10. Oktober 1975: Auf Anraten der IG Metall kamen alle Kollegen um 7 Uhr in den Betrieb, um ihre Arbeitskraft wieder anzubieten. Der Geschäftsführer lehnte ab. Daraufhin fuhren wir alle gemeinsam zur IG Metall. Dort unterschrieben wir Vollmachten, damit die IG Metall berechtigt ist, unsere Interessen vor dem Arbeitsgericht und dem Konkursverwalter zu vertreten. Wir fuhren zurück in den Betrieb, wo das Arbeitsamt unsere vorläufigen Arbeitslosmeldungen geschlossen entgegennahm.

Montag, 13. Oktober 1975: Es kamen Leute vom Arbeitsamt in die Firma, um gemeinsam mit uns Anträge auf 'Arbeitslosengeld auszufüllen, denn man bekommt das Arbeitslosengeld in den meisten Fällen schneller als das Konkursausfallgeld. Die schriftlichen Kündigungen wurden den Kollegen ausgehändigt.

Dienstag, 14. Oktober 1975: Wir trafen uns wieder im Betrieb, um die Anträge auf Konkursausfallgeld auszufüllen.

Mittwoch, 15. Oktober 1975: Wir fuhren alle zum Arbeitsamt, um beide Anträge dort abzugeben und uns auf der Vermittlungsstelle als Arbeitssuchende eintragen zu lassen.

In den nächsten Wochen tauchten immer wieder Gerüchte auf: „Es geht weiter!" „Für einen Teil der Belegschaft geht es weiter!"

Von der IG Metall erfuhr der Betriebsrat, daß eine Auffanggesellschaft gegründet werden sollte. Einige Angestellte und ein Arbeiter der Firma Seifert und andere Teilhaber wollten durch eine Einlage das Fertigungsprogramm und einen Teil der Belegschaft übernehmen.

Wenn der Betriebsrat diese früheren Kollegen und neuen Gesellschafter fragte, wer denn übernommen würde, bekam er keine Antwort. Vom Arbeitsamt wurden viele nicht weitervermittelt, da diese Auffanggesellschaft versprach, etwa 30 Kollegen wieder einzustellen.

Am 13. November 1975 wurde der Konkurs eröffnet.

Am 17. November wurde vom Betriebsrat dem Konkursverwalter gegenüber die Forderung nach einem Gespräch über einen Sozialplan aufgestellt. Zwischenzeitlich fanden Einstellungsgespräche mit einzelnen Kollegen statt. Die Auffanggesellschaft war bereit, einige Kollegen wieder einzustellen, außer den Betriebsräten, die sich in der Zeit vor dem Konkurs bewußt für die Interessen aller Kollegen eingesetzt hatten. Außerdem wurden viele ältere Kollegen, z.B. auch einige Schwerbeschädigte, nicht übernommen.

Kommentar: Hier wird deutlich, wie die Kapitalisten arbeiten. Es werden diejenigen, die sich für die Interessen der Belegschaft eingesetzt hatten, nicht benötigt, da sie „Unruhe" unter der Belegschaft hervorrufen könnten. Auch Kollegen, die jahrelang ihre Knochen hingehalten hatten und nun nicht mehr voll einsetzbar sind, wurden in der Produktion nicht gebraucht. Kurz – „Schwund" und „Unruhestifter" braucht man nicht.

Einige Kollegen traten zu diesem Zeitpunkt der Gewerkschaft gegenüber mit der Forderung auf: Alle müssen wieder eingestellt werden. Dies war ein Schritt zum solidarischen Handeln – aber der IG-Metall-Bevollmächtigte vertrat diese Meinung nicht. Er wollte lieber für einige Kollegen einen Arbeitsplatz erhalten, um wenigstens für einen Teil der Belegschaft etwas herauszuholen. Die Interessen der Gesamtbelegschaft wurden nicht vertreten.

Die Kollegen, die wieder eingestellt werden sollten, hofften, doch weiter in den vertrauten Räumen arbeiten zu können; sie waren verunsichert, der Preis für ihre Arbeitskraft wurde heruntergehandelt. Sie nahmen erhebliche finanzielle Einbußen hin.

Kommentar: Zu diesem Zeitpunkt wollten 57 Kollegen einen Arbeitsplatz, höchstens 25 sollten einen erhalten. Hier war eine Möglichkeit für die Kapitalisten gegeben, den Preis für die Ware Arbeitskraft zu senken.

Dann hieß es: „Keine Arbeit" am 20. November, die Auffanggesellschaft war nicht in der Lage, den Betrieb weiterzuführen.

Nun wurden einige von uns vom Arbeitsamt vorgeladen, sollten nun vermittelt werden.

Am 21. November nahmen 14 Arbeiter und fünf Lehrlinge die Produktion wieder auf. Firma Walter – eine Schwesterfirma, die zu einem Teil auch dem Hauptgesellschafter der Firma Seifert gehört – hatte sie eingestellt und wollte sie auch zu dem Lohn, der für die Auffanggesellschaft ausgehandelt war, übernehmen. Viel wichtiger aber war das Fertigungsprogramm, das dort weitergeführt wird, denn diese Firma arbeitet fast nur auf Fremdarbeitsbasis.

In der Presse (Kieler Nachrichten und Hamburger Morgenpost) erschienen am 27. und 28. November Artikel, in denen es laut Überschrift hieß: „Firma Walter GmbH übernahm Firma Seifert" und „Hoffnungen für 60 Mann". Diese konnten nicht richtig sein, wenn man bedenkt, daß fast zwei Drittel der Belegschaft nicht übernommen wurden.

In der nächsten Zeit standen die Verhandlungen über den Sozialplan an. Dabei trat das Problem auf, daß dieser Sozialplan die neugeschaffenen Arbeitsplätze bei Firma Walter gefährdet, denn der Sozialplan wäre vorrangige Masseschuld und würde den Preis für die Übernahme des Fertigungsprogramms wahrscheinlich erhöhen oder sogar zur Einstellung des Konkursverfahrens führen. Das würde bedeuten, daß die übernommenen Kollegen auch den Arbeitsplatz verlieren.

Kommentar: Diese Argumente des Konkursverwalters und der neuen Geschäftsleitung wurden von den arbeitenden Kollegen aufgegriffen.

Durch diese Situation wurde die Spaltung der Belegschaft in zwei Lager ermöglicht. Einmal sind da die arbeitenden Kollegen, die auf einen Sozialplan verzichten würden, wenn dieser ihren Arbeitsplatz riskiert.

Im nachhinein zeigt sich heute – zwei Monate danach – eine neue Schwierigkeit: Sie werden wohl erneut um ihren Arbeitsplatz bangen müssen, denn es sind Gerüchte im Umlauf, daß der Hauptgesellschafter der Schwesterfirma seine Anteile herausziehen will, um für sich zu retten, was zu retten ist. Wenn dies tatsächlich eintritt, so wird diese Firma über kurz oder lang auch Konkurs anmelden müssen bzw. den Betrieb kräftig „gesundschrumpfen" müssen, um existieren zu können. Dann werden die neu eingestellten Kollegen als erste gehen müssen.

Die Kollegen aber, die keinen neuen Arbeitsplatz erhalten haben, haben einen berechtigten Anspruch auf eine Abfindung für den Verlust des Arbeitsplatzes.

Die Verhandlungen um den Sozialplan dauern an, von den Betriebsräten wurde eine Gesamtforderung aufgestellt, wobei sie aber mit der Schwierigkeit fertig werden müssen, daß sie nur bei einem Teil der Belegschaft Unterstützung für diese Forderung finden, und dies wissen der Konkursverwalter und die Geschäftsleitung der Kollegen genau.

Schluß-Kommentar: Diese Schilderung zeigt, die Kollegen haben die Klassengegensätze mit allen Konsequenzen am eigenen Leib gespürt. Der IG-Metall-Bevollmächtigte Olsson hat den Kollegen bei der Lösung der Probleme nicht geholfen. Er steht dem Konkurs machtlos gegenüber. Er hat die Rolle des Schlichters eingenommen, der immer wieder abwiegelt, den bewußten Kampf gegen eine solche Vernichtung von Arbeitsplätzen nicht vorangetrieben hat.

Für einen Kapitalisten lohnte es nicht mehr zu investieren, also ging man lieber in den Konkurs, d.h. Maschinen, die einen Marktwert hatten, werden nun um einen mehrfach verminderten Preis verkauft oder sie verrotten. Diese Vernichtung von Werten schafft für überlebende Kapitalisten die Möglichkeit der erneuten Ausbeutung. Am Horizont kann man aber schon die nächste Krise erkennen.

Auch Arbeitsplätze sind vernichtet worden. Wo bleiben die nicht mehr zur Produktion benötigten Arbeiter? Haben sie Pech, werden sie Dauerarbeitslose, die keinen neuen Mehrwert schaffen, sondern vom Staat und damit von der Gesellschaft ernährt werden müssen.

Im Kommunistischen Manifest von K. Marx heißt es: Sie (die Bourgeoisie) ist unfähig zu herrschen, weil sie unfähig ist, ihrem Sklaven die Existenz selbst innerhalb seiner Sklaverei zu sichern, weil sie gezwungen ist, ihn in eine Lage herabsinken zu lassen, wo sie ihn ernähren muß, statt von ihm ernährt zu werden. Die Bourgeoisie produziert vor allem ihre eigenen Totengräber.

„Offener" Brief der DKP ... (Forts.)

spiel die jüngste einseitige Abwertung der indischen Rupie zugunsten des Rubels, um durch diese die Schulden Indiens um mehr als ein Drittel, das heißt über 4 Milliarden Rupien, zu erhöhen. (Blick durch die Wirtschaft, 9.4.1976) Dafür ist Kuba selbst ein Beispiel, dessen Truppen heute für die Sowjetunion in Angola stehen. Unter dem Vorwand der „internationalen Arbeitsteilung" hat die Sowjetunion den monokulturellen Charakter des „Zuckerlandes" Kuba verstärkt, das Land in Schulden getrieben, die es jetzt mit Menschen abtragen soll. Durch und durch neokolonialistisch und imperialistisch hat sich die Sowjetunion gegenüber der OAU aufgeführt, als sie z.B. den Präsidenten Ugandas, Vorsitzenden der OAU, zur Anerkennung der MPLA-Regierung zwingen wollte, so daß Amin schließlich mit dem Hinauswurf der SU-Berater aus Uganda drohte, wenn die Einmischung nicht aufhört. (Süddeutsche Zeitung, 11.11.1975) Die kubanischen Truppen aber will die Sowjetunion als ihre Söldner in Angola halten.

Die „fünfte und schmutzigste Lüge der KBW-Führer liegt in der Gleichsetzung der kubanischen Revolutionäre, die an der Seite der MPLA kämpfen, mit dem vom CIA bezahlten Söldnergesindel von FNLA und UNITA", sagen die Revisionisten.

Aber nicht wir haben irgendetwas gleichgesetzt, sondern die kubanischen Truppen haben sich durch die Sowjetunion und den Einsatz in Angola auf die Stufe von Söldnern setzen lassen, die sich in nichts Wesentlichem von den Söldnern der USA unterscheiden, in allem aber von den angolanischen Kämpfern, die für Unabhängigkeit und Freiheit ihres Landes kämpfen.

Die Revisionisten vergleichen die kubanischen Söldnertruppen mit den Angehörigen der Internationalen Brigaden im Kampf der spanischen Republik gegen die faschistische Aggression.

Das ist ein schamloser Vergleich, der sowohl die spanische Republik als auch die Internationalen Brigaden tief beleidigt. Die kubanischen Truppen sind von der Sowjetunion eingesetzt worden, um die FNLA und die UNITA zu vernichten, die sich mit der MPLA bereits geeinigt hatten, um gemeinsam die Unabhängigkeit Angolas zu erkämpfen. Läßt man den Vergleich gelten, dann kann man die kubanischen Söldnertruppen keineswegs mit den Internationalen Brigaden vergleichen, sondern höchstens mit den italienischen und deutschen faschistischen Interventionstruppen in Spanien. Breschnew aber kann man dann nicht mit Stalin vergleichen, sondern nur mit Hitler. Die Revisionisten sollten sich nicht auf das Feld historischer Vergleiche begeben. Diese Vergleiche schlagen gegen sie aus.

Inzwischen beginnen sich die kubanischen Truppen in Angola als Besatzertruppen einzurichten. Die Zeitschrift „Jeune Afrique" vom April 1976 berichtet:

„Wenn die kubanische Armee sehr gut empfangen worden ist, wo die MPLA gut verankert ist und ein großes Prestige genießt, d.h. in den Städten und in Luanda, so ist die Wirklichkeit auf dem Land ganz verschieden."

Wie das Land in Abhängigkeit zu geraten beginnt, zeigt folgender Bericht derselben Zeitschrift:

„Dank ihrer außerordentlichen Disziplin bildet die kubanische Armee heute das Rückrat der MPLA-Verwaltung."

„Eine Sache scheint sicher: Die Kubaner werden nicht weggehen."

Die Zeitschrift zeigt dafür durchaus Verständnis. Die Frage ist, ob die angolanischen Bauern für diese neuen Siedler Verständnis zeigen werden. Kein Wunder, daß sich auch in der MPLA der Widerstand gegen die Sowjetunion und die kubanischen Berater verstärkt. (Guardian, 3.4.1976)

Die Tatsachen beweisen: Die angeblichen Lügen des KBW bestehen in der schlichten Wahrheit: Die Sowjetunion hat alles daran gesetzt, um die Einheit der angolanischen Befreiungsbewegungen zu zerstören, die eine gegen die beiden anderen aufzurüsten, Angola in einen Bürgerkrieg zu stürzen und im Verlaufe dieses Bürgerkriegs Angola in ihr Einflußgebiet zu verwandeln. Sie hat die MPLA in ein Abenteuer getrieben, das sie gestützt auf die eigene Kraft niemals bestehen konnte und das nicht im Interesse des angolanischen Volkes gewesen ist. Jetzt ist die Sowjetunion im Land und die SU-„Berater" und die kubanischen Truppen haben sich eingerichtet. Die Wahrheit ist: Genauso wie das angolanische Volk die portugiesische Kolonialherrschaft zerschlagen mußte, wird es die Vorherrschaft der Sowjetunion zurückschlagen müssen. Das ist die schlichte Wahrheit, die keinerlei „offene Briefe" der Revisionisten werden verdecken können. Umgekehrt: Je mehr sie „offen" lügen, desto besser. – (js)